

2025/2026 DOKUMENTE · SCHICKSALE · INFORMATIONEN

menschen rechte

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.



Die Jesidin Manal
lebt seit 2014 im Camp Khanke in der
Autonomen Region Kurdistan/ Irak.



Am 10. Juni 2024 stürmte ein zehnköpfiges schwerbewaffnetes Sonderkommando in der Ukraine das Elternhaus von Ekaterina Anatoljewna Korowina und nahm die 27-Jährige fest. Das Militärbezirksgerichts Nr. 1 verurteilte sie am 17. Februar 2025 zu zehn Jahren Haft wegen der finanziellen Unterstützung ukrainischer „Terror- und Extremistengruppen“. Es handelte sich um Spenden im Gegenwert von circa zehn Euro an ukrainische Organisationen. In ihren Schlussworten vor dem Militärgericht im russischen Rostow am Don trug die politische Gefangene das hier abgedruckte Gedicht vor. Über ihr Schicksal berichten wir in dieser Zeitschrift ausführlicher auf Seite 4.

Das Grauen in meinem Haus

„Ich werde mein Zuhause nie wieder spüren,
nicht das Rauschen des Windes, nicht des Vogels Wiegenlied
Ist doch das Grauen, das schlich durch Traumes Türen,
Zu nahegerückt, uns alle jetzt ins Tiefe zieht

Und selbst wenn so manche das Grauen mit Blumen trafen
Die meisten von uns wussten – nicht so sieht der Friede aus
Nun werden wir unter unseren Dächern zu Sklaven
Wenn wir uns wortlos ergeben, es einlassen in unser Haus....

Wir werden leben auf den Ruinen inniger Träume,
unsere einstigen Hoffnungen zu Grabe tragen
auf das ein neues Haus aus Qualen sich erbäume,
aus Illusionen, blanker Angst und Verzagen.

Aber so möchte und so werde ich nicht leben. Eingefroren...
Mit sanfter Hand nur die äschernden Scherben berührt
all des Schönen und Hellsten, das bereits ich verloren,
unmöglich je wie Puzzleteile zusammenzuführen

Den Verrat meines Hauses kann ich niemals verschmerzen
Bin ich doch dort geboren, dort zählt mein Wort,
seine wohlige Wärme trag ich tief in meinem Herzen,
Egal wie fest die Fesseln an meinen Händen gezurrt

Liegt darin doch unsere ukrainische Natur
Die uns seit Jahrhunderten genuine
In unsren Seelen leuchtet der Freiheit Spur,
Und in den Herzen bebt die Liebe für Ukraine

Liebe Freunde der IGFM,

die Einberufung einer „europäischen Sicherheitskonferenz“ – später dann Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – wurde in den 1960er Jahren vor allem von der Sowjetunion gefordert. Sie versprach sich davon eine Anerkennung ihrer in der Folge des Zweiten Weltkrieges gemachten Eroberungen. Unter ihrer Führung haben die osteuropäischen Politbürokratien durch die Teilnahme am KSZE-Prozess ungewollt zur Destabilisierung der eigenen Macht beigetragen. Die „menschliche Dimension“ dieser Entwicklung (Korb III der Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975) wurde zu einem Instrument der Öffnung von bis dahin weitgehend abgeschotteten Systemen.

Zur Abwehr dieser – aus kommunistischer Sicht – höchst unerwünschten Prozesse waren die Staatssicherheitsdienste im sowjetischen Imperium gefordert. Denn die ganze Entwicklung verstieß diametral gegen ihre beiden Grundanliegen: Die Abschirmung vor „subversiven“ westlichen Einflüssen und die Stabilisierung der Parteidiktaturen. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR hat dokumentiert, wie die Geheimdienste den KSZE-Prozess begleitet und Menschenrechtsorganisationen wie die IGFM bekämpft haben. Eine besonders aktive Rolle spielte dabei das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) in Kooperation mit dem KGB.

Genützt hat es den Kommunisten nichts. Wie in einer griechischen Tragödie haben sie ihren Untergang herbeigeführt, indem sie ihn abzuwenden versuchten. Nach der von 35 europäischen und nordamerikanischen Staaten vereinbarten Helsinki-Schlussakte kam ein jahrelanger Prozess von KSZE-Folgekonferenzen und -Sonderkonferenzen in Gang, die unter anderem in Belgrad (1977/78), Madrid (1980 – 1983), Ottawa (1985), Bern (1986), Wien (1986 – 1989) und wiederum in Helsinki (1992) stattfanden. Die IGFM war bei all diesen Konferenzen zugegen. Auf dem Budapester Gipfeltreffen von 1994 wurde die KSZE in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umbenannt.

Im vorliegenden Heft finden Sie eine Würdigung zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 2025. Aber die OSZE konnte nicht verhindern, dass ein russischer Diktator die Ukraine überfällt. Auch zu diesem Angriffskrieg und den Verbrechen in diesem Zusammenhang finden Sie nachfolgend mehrere Beiträge.

Mit dieser Sonderausgabe der Zeitschrift „Menschenrechte“ wollen wir Ihnen einen aktuellen thematischen und geographischen Überblick zur Arbeit der IGFM geben. Ich wünsche Ihnen eine anregende und informative Lektüre.

Edgar Lamm

Vorsitzender, IGFM – Deutsche Sektion e. V.

SCHICKSALE / FALLBETREUUNG

Ukraine – Besetztes Gebiet: Zehn Jahre Haft wegen insgesamt zehn Euro Spenden an ukrainische Organisationen	4
Nach Russland verschleppte ukrainische Zivilisten: „Sie werden misshandelt und täglich gefoltert“	5
Russland: Schicksale, über die wir berichtet haben	6
Iran: Zwei Filme über mutige Frauen	7
Georgien: Symbol des Kampfes für eine demokratische, europäische Zukunft	8
Pakistan: Freispruch für Christen nach angeblicher Blasphemie	9
Belarus: „Mit ruhiger Seele ins Lager“	9
Belarus: Inhaftierte Priester	10
Weltweit: Gefangene des Monats im Jahr 2025	12
Iran: Erschreckende Statistik der Christenverfolgung	13
Nicaragua: Weiter willkürliche Inhaftierungen und Folter	14

INFORMATIONEN

Ukraine: Aide-Mémoire der IGFM über die aktuelle Lage in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine	15
Litauen: „Ungerechtigkeit anprangern und das Leben der Menschen verbessern“	17
Erinnerung: 1. August 1975 – 50 Jahre Schlussakte von Helsinki – eine Erfolgsgeschichte	20
Nigeria: Existentielle Bedrohung für Christen	23
Kuba: Das Martyrium des kubanischen Volkes	24
Ecuador: Perspektiven für allein gelassene Jugendliche	26
Syrien: Angehörige religiöser Minderheiten blicken sorgenvoll in die Zukunft	27
Libanon: Zedernstaat am Scheideweg	29
Türkei: Religions- und Glaubensfreiheit in der Türkei	30
Pakistan: Das Schicksal der modernen Sklaverei von Christen in Pakistan	32
Malediven: Auspeitschen und Steinigung im Urlaubsparadies	34

HUMANITÄRE HILFE / SOLIDARITÄT / PROJEKTARBEIT

Ukraine: Von Cottbus über Sokal und Odessa nach Kyiv	35
Irak: Für gesellschaftlichen Mehrwert: IGFM bildet Flüchtlinge im Handwerk aus	37
AG Wittlich: Humanitäre Hilfe von Mensch zu Mensch	39
AG Fulda: Rumänien – Bildung als Ausweg aus der Armut	40
AG Bergen-Enkheim: Karin Müller-Kinet – Ein Leben für die humanitäre Hilfe	43

UKRAINE – BESETZTES GEBIET

Zehn Jahre Haft wegen insgesamt zehn Euro Spenden an ukrainische Organisationen



Ekaterina Anatoljewna Korowina, geboren 1996

Verhaftet: 10. Juni 2024

Anklage: Finanzierung terroristischer Organisationen gemäß Artikel 91 und 92 des Strafgesetzbuchs (StGB) der Russischen Föderation

Strafmaß: 10 Jahre Haft

Haftort und Haftanschrift nach Auskunft der Organisation „Memorial“:

346408, Region Rostow, Nowotscherkassk, Ukrainskaja-Straße 1, FKU SIZO-3 GUF SIN Russlands für die Region Rostow (Föderaler Strafvollzugsdienst für die Region Rostow) Anschrift in Russisch:

Коровиной Екатерине Анатольевне 1996 г. р., 346408, Ростовская область, г. Новочеркасск, ул. Украинская, д. 1, ФКУ СИЗО-3, ГУФСИН России по Ростовской области

Ekaterina, geboren 1996 und aufgewachsen in dem kleinen Dorf Pischtschane nahe der Kleinstadt Starobilsk in dem von russischen Truppen besetzten ostukrainischen Bezirk Luhansk, wurde am 19. März 2024 auf der Straße von drei Polizisten in Zivil angesprochen, unter falschem Vorwand zur Polizeistation mitgenommen und verhört. Im Anschluss erfolgte eine Durchsuchung des Hauses ihrer Eltern. In den folgenden drei Monaten wurde sie mehrmals aufgesucht, einbestellt und vernommen. Bei diesen Hausdurchsuchungen wurden Belege über Handauslesung gefunden, laut derer Ekaterina im Zeitraum von Januar bis März 2024 Spenden im Gesamtwert von umgerechnet zehn Euro an ukrainische Organisationen schickte, die an der Seite der ukrainischen Armee kämpfen. Am 10. Juni 2024 stürmte ein zehnköpfiges schwerbewaffnetes Son-

derkommando ihr Elternhaus und nahm sie fest. Die Verhaftung wurde aufgezeichnet und im russischen Fernsehen als Propagandafilm gezeigt. Darin ist zu sehen, wie Ekaterina vor einem uniformierten Beamten sitzt, neben dem ein weiterer schwerbewaffneter verummter Uniformierter steht. Zum Beweis ihrer Identität musste sie ihren ukrainischen Pass hochhalten und erklären, dass sie ukrainische Staatsbürgerin ist, ihre Schuld eingesteht und bereut. Auf die Frage, ob ihr klar sei, warum sie festgenommen wurde und was ihr vorgeworfen wird, antwortete Ekaterina mit „Ja“. Nach ihrer Inhaftierung verbrachte sie einen Monat in einem „Filtrationslager“ und wurde am 5. Juli 2024 offiziell in Untersuchungshaft ins russische Rostow am Don verbracht. Dort verurteilte sie Alexander Generalow, zuständiger Richter des südlichen Militärbezirks-



gerichts Nr. 1, am 17. Februar 2025 zu zehn Jahren Haft wegen der finanziellen Unterstützung ukrainischer „Terror- und Extremistengruppen“. Ekaterina Anatoljewna Korowina ist von der Organisation „Memorial“ als politische Gefangene anerkannt worden.



„Es gibt eine alte Regel: Dort, wo ein russischer Soldat seinen Fuß hinsetzt, das gehört uns“, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am 20. Juni 2025 vor laufender Kamera. Unabhängig davon, ob das seiner Vorstellung von einer Weltfriedensordnung unter russischem Diktat entspricht, ist dies eine Drohung gegen jedermann, der als fairste Geste die Frage folgen muss: „Wie sieht es eigentlich dort aus, wo ein russischer Soldat seinen Fuß hingehsetzt hat?“ Ein Blick in die von russischen Soldaten besetzten Gebiete der Ukraine beweist den grausamen Charakter dieser angeblich „alten“ russischen Regel. Auch das Gedicht „Grauen in meinem Haus“ (Seite 2) von Ekaterina Korowina handelt davon.

Den gleichnamigen Titel trägt eine IGFM-Dokumentation, die auf 22 Seiten sowohl die Menschenrechts- und Völkerrechtsverbrechen in den von Russland besetzten und bereits annektierten ukrainischen Gebieten detailliert auflistet als auch den Russifizierungsprozess beschreibt, der die Existenz der Ukraine verleugnet. (Diese Dokumentation ist als Papierkopie für 10 € bestellbar oder digital kostenlos abzurufen).



„Sie werden misshandelt und täglich gefoltert“

Seit 2014 entführen russische Soldaten ukrainische Zivilisten – darunter Hunderte Krimtataren – und bringen sie nach Russland oder in die besetzten Gebiete der Ukraine. Ihre Zahl ist seit dem russischen Überfall in die Höhe geschossen. Inzwischen werden Zehntausende vermisst. Ihre Namen tauchen nur selten in den Listen für Gefangenenaustausch auf, denn Russland leugnet ihre Existenz. Es sind überwiegend ehemalige Mitgefangene, die deren Haftort nennen können und berichten, dass sie misshandelt und täglich gefoltert werden. Seit drei Jahren stellt die IGFM in ihren Publikationen und auf ihrer Webseite – www.igfm.de – Schicksale verschleppter Zivilisten vor, damit die Welt von ihnen erfährt. Für die Ukrainer ist das Schicksal dieser Zivilisten von großer Bedeutung. Russen entführen sowohl Männer als auch Frauen: Junge, Alte, Gesunde, Kranke, sie machen keine Unterschiede.

Viktor Bondarenko ist verheiratet und hat zwei Töchter sowie fünf Enkelkinder. Als die russische Invasion in der Ukraine begann, wurde seine Heimatstadt Berdjansk am 27. Februar 2022 besetzt. Viktor begann, humanitäre Hilfe an Bedürftige zu verteilen und half bei der Evakuierung von Einwohnern der Stadt. Viktors Schwiegersohn und er wurden am 19. April 2022 zum ersten Mal inhaftiert und nach Russland mitgenommen. Nach Verhören und Folter wurden sie zwei Wochen später wieder freigelassen. Nachdem sich Viktor ein wenig erholt hatte, reiste er mehrmals nach Berdjansk und nahm jedes Mal humanitäre Hilfe (Lebensmittel, Medikamente) insbesondere für ältere Bürger mit, die er und seine Frau schon vor der ersten Festnahme betreut hatten. Am 7. Mai 2024 wurde Viktor von russischen Soldaten erneut inhaftiert. Bis zum 29. Mai 2024 gab es keine Informationen – weder über seinen Aufenthaltsort noch seinen Gesundheitszustand. Doch dann war durch russische Medien zu erfahren, dass er in einem Untersuchungsgefängnis in Melitopol fest-



Ukrainische Kinder in der besetzten Region Luhansk singen in sowjetischen Militäruniformen sowjetische Lieder aus dem Zweiten Weltkrieg und salutieren.

FOTOS: PROPAGANDATELEGRAMMI DES SENDERS LUHANMEDIA

gehalten wird. Inzwischen ist bekannt, dass sich Viktor in einem Untersuchungsgefängnis in der Stadt Donezk befindet. Er wurde der Sabotage beschuldigt und zu 22 Jahren Haft verurteilt. Viktor leidet an chronischen Krankheiten: Er hat Hepatitis C und neun Zwischenwirbelhernien sowie Bluthochdruck. Darüber hinaus hatte er eine Chemotherapie überstanden, von der er sich nicht erholen konnte. Während seiner Gefangenschaft hat sich Viktors Gesundheit erheblich verschlechtert. Er klagt über Schmerzen im Unterleib und im Rücken. Es fällt ihm schwer, sich zu bewegen. Er leidet unter häufigen Kopfschmerzen, Seh- und Gedächtnisstörungen sowie ständigen Panikattacken. Die Geschichte von Viktor ist eine von Tausenden. Angehörige ziviler Gefangener warten darauf, dass ihre Familienmitglieder nach Hause zurückkehren. Und zum Glück geschehen manchmal Wunder.

Im Rahmen des 69. Gefangenenaustauschs zwischen der Ukraine und Russland am 2. Oktober 2025 konnten zahlreiche Soldaten und einige Zivilisten aus der Gefangenschaft zurückgebracht werden, darunter **Sergey Akhmetov**, **Volodymyr Androsovich** und **Dmytro Ivanov**: Sergey Akhmetov verlor in Gefangenschaft vier Zähne und nahm 25 Kilogramm ab.

Für das Frühstück wurden ihm nur zwei Minuten Zeit gegeben. Während der dreieinhalb Jahre seiner Gefangenschaft erhielt er lediglich zwei Briefe von seinen Angehörigen. Regelmäßige Schläge und andere Folterungen gehörten zu seinem Alltag. Jetzt steht Sergey nach Jahren russischer Gefangenschaft eine lange Genesungsphase bevor. Auch für Volodymyr Androsovich, einen Schulbusfahrer, hatte die Gefangenschaft schwerwiegende Folgen. Er hat ebenso stark an Gewicht verloren und ist gesundheitlich angeschlagen. Auch seine gesundheitliche Rehabilitation wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Dmytro Ivanovs Mutter ist sehr glücklich, ihren Sohn wiederzusehen. Gleichzeitig empfindet sie jedoch auch Trauer, denn Dmytros Zwillingbruder Serhii befindet sich noch immer in russischer Gefangenschaft. Auf der IGFM-Webseite – www.igfm.de – berichten wir ausführlich über ihre Schicksale.

Eine Bitte an unsere Leserinnen und Leser: Senden Sie einen Weihnachtsgruß für Viktor Bondarenko an die IGFM. Wir leiten alle Grüße über die ukrainische NGO „Zivilisten in Gefangenschaft“ an das Büro des ukrainischen Ombudsmanns oder das Rote Kreuz weiter. Diese können die Briefe zu den Gefangenen in die besetzten Gebiete befördern.

RUSSLAND

Schicksale, über die wir berichtet haben

Egor Daniljewisch Balasejkin,
geboren am 6. August 2006,
sechs Jahre Gefängnis

Haftanschrift: Балазейкину
Егору Даниэлевичу, 196641, пос.
Металлострой, ул. Северный
проезд, д. 1; ИК – 5 ФСИН России
по СПб и ЛО. (196641, Siedlung Me-
tallostroj, Nordpassage Straße, Haus
1; ИК – 5 UFSIN Russland für Sankt Pe-
tersburg und Leningrad Oblast)

Um auf die vielen Toten des russischen Angriffskriegs in der Ukraine aufmerksam zu machen, hatte Egor Balasejkin als 16-Jähriger einen Molotowcocktail gebastelt und gegen ein leerstehendes Einberufungsgebäude der russischen Armee geworfen. Der Cocktail zündete nicht und richtete keinen Schaden an. Am 22. November 2023 wurde er – anstatt wegen versuchter Sachbeschädigung – wegen des Versuchs eines terroristischen Anschlags gemäß Teil 3, Art. 30 und Teil 1, Art. 205 StGB der Russischen Föderation zu sechs Jahren Haft verurteilt. Mit Erreichen der Volljährigkeit wurde er von einem Erziehungslager für Minderjährige in eine Strafkolonie für Erwachsene in Metallostroj – eine Siedlung in Sankt Petersburg – verlegt. Egor leidet an einer schweren Leberkrankheit (Autoimmunhepatitis) und unter ständigem Erbrechen und Magenschmerzen, weil er aufgrund seiner Krankheit die Nahrung nicht mehr richtig verdauen kann. Zudem hat er Kreislaufprobleme, eine Fehlstellung der Wirbelsäule (Skoliose 2. Grades), Zysten an der Schilddrüse und Probleme mit den

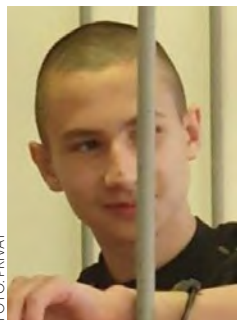


FOTO: PRIVAT

probleme mit den Zähnen. Ein Antrag auf Haftentlassung gemäß Art. 81 StGB der Russischen Föderation wurde abgelehnt. Seine Anwältin hat Berufung eingelegt.

Arsenij Turbin,
geboren am 19. August 2008,
fünf Jahre Haft

Haftanschrift: Турбину Арсению
(отчества нет, 614512, Пермский
край, с. Гамово, ул. Свободы, д.
1 ФКУ Пермская воспитательная
колония ГУФСИН России по
Пермскому краю (Arsenij Turbin,
614512, Gebiet Perm, Dorf Gamo-
vo, Swoboda Str. 1, Erziehungskolonie
Perm der Hauptdirektion des Föderal-
en Strafvollzugsdienstes Russland)

Arsenij Turbin wurde am 20. Juni 2024 von einem Militärgericht in Moskau als 15-Jähriger zu fünf Jahren Haft verurteilt, nachdem er Putin-kritische Flugblätter mit der Losung „Braucht ihr so einen Präsidenten?“ in der Nachbarschaft verteilt hatte. Das Urteil wird damit begründet, dass er unter dem Einfluss oppositioneller Veröffentlichungen „radikal-extremistische politische Ansichten“ entwickelt und als Mitglied der „Legion Freies Russland“ agiert habe. Arsenij bestreitet diese Vorwürfe und besteht darauf, unter keinerlei Einfluss gestanden zu haben. Seine Strafe muss er in einer Erziehungskolonie im Gebiet Perm absitzen. Mit Hilfe der IGFM konnte seine Mutter Irina von ihrem Heimatort im Westen Russlands nach Perm ziehen, um ihren Sohn unterstützen zu können. Sie berichtete, dass Arsenijs körperliche Entwicklung durch die Inhaftierung stark beeinträchtigt wird: Durch eine mögliche Wachstumsstörung schrumpfte er um sechs Zentimeter. Arsenij verliert stetig an Gewicht und sein ganzer Körper ist mit Blasen von Allergien und mit blauen Flecken übersät. Die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“ hat Arsenij Turbin als politischen Gefangenen anerkannt und stellt fest, dass derartige Strafverfahren gegen Minderjährige politisch motiviert sind und darauf abzielen, die Gesellschaft als Ganzes einzuschüchtern.

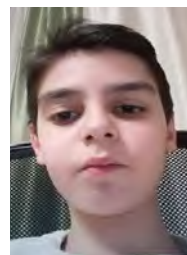


FOTO: PRIVAT

Alexej Jewgenijewitsch Lipzer,
geboren am 12. Dezember 1986,
fünf Jahre Gefängnis

Haftanschrift: Липцеру Алексею,
1986 г. р. 600021, г. Владимир,
ул. 9 января, д. 5а, ФКУ СИЗО-1
УФСИН России по Владимирской
области (Lipzer Alexej, 600021, Wla-
dimir, ul. 9 Januar, d. 5a, Untersu-
chungshaftanstalt Nr. 1 der Stadt
Wladimir der Föderalen Strafvoll-
zugsbehörde Russlands für die Regi-
on Wladimir)

Alexej Lipzer ist ein Rechtsanwalt der städtischen Moskauer Anwaltskammer (MGKA) „Dalet“. Von März 2021 bis Juli 2022 vertrat Lipzer den Oppositionellen Alexej Nawalny und legte unter anderem vor Gericht Beschwerde gegen die Haftbedingungen ein, insbesondere gegen dessen medizinische Unterversorgung. Am 13. Oktober 2023 wurde er gemeinsam mit zwei weiteren Nawalny-Anwälten, Wadim Kobsew und Igor Sergunin, festgenommen. Lipzer wurde die „Teilnahme an den Aktivitäten einer extremistischen Gemeinschaft“ nach Art. 2 Abs. 282.1 StGB der Russischen Föderation vorgeworfen. Am 17. Januar 2025 wurde er zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Die Gesundheit von Lipzer hat sich seit seiner Inhaftierung deutlich verschlechtert. In den letzten Monaten klagte er über starke Schmerzen im Hals und am Kopf, Nasenbluten und Sehstörungen. Sein Hautton ist fahl und am ganzen Körper sind Blutkapseln gerissen. Durch den extremen Stress der Gefangenschaft hat Alexej Bluthochdruck entwickelt.

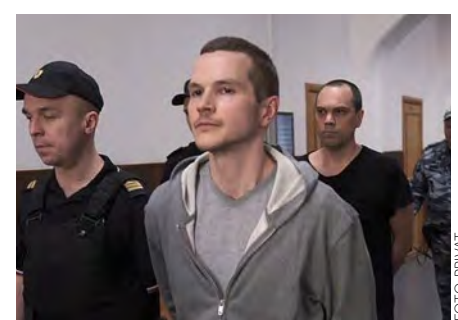


FOTO: PRIVAT

Zwei Filme über mutige Frauen

„Sieben Tage“ – Iranische Bürgerrechtlerin vor schwerer Entscheidung

Im Jahr 2025 sind zwei Filme über die Menschenrechtslage im Iran erschienen, die für die IGFM und ihre Freunde von besonderer Bedeutung sind:

So konnte die IGFM im Mai 2025 unter dem Solidaritätsaufruf #WomanLifeFreedom zur Aufführung des bewegenden Spielfilms „Sieben Tage“ kurz vor dessen Kinostart nach Frankfurt am Main einladen, der dort im Rahmen einer deutschlandweiten Tournee des Filmverleihs „Little Dream Pictures“ gezeigt wurde.

Der Film des Regisseurs Ali Samadi Ahadi, der aus dem Iran stammt, erzählt die Geschichte einer inhaftierten iranischen Frauenrechtsaktivistin, die vor einer schweren

Entscheidung steht: Als Maryam nach einem Herzinfarkt ein siebentägiger Ausgang gewährt wird, damit sie ihren Arzt aufsuchen und sich ausruhen kann, hat sie die Chance, zu ihrer in Deutschland lebenden Familie zu flüchten. Sollte ihr dies gelingen, kann sie ihren Kampf für Gleichheit und Demokratie im Iran jedoch nicht fortsetzen. Die Geschichte ist inspiriert vom Leben der Nobelpreisträgerin Narges Mohammadi, auf deren Schicksal die IGFM wiederholt aufmerksam gemacht hat.

Die Filmpräsentation fand im Rahmen einer Info-Veranstaltung statt. Die IGFM war dabei offizieller Kooperationspartner. Im Anschluss an die Vorführung erfolgte ein Podiumsgespräch mit dem Regisseur und weiteren Gästen. Die IGFM brachte in dieser Runde ihre Expertise zu politischen Gefangenen und Menschenrechtsverletzun-



FOTO: FOTO: TASNIM NEWS AGENCY, CC BY 4.0

Hauptdarstellerin Vishka Asayesh

gen im Iran ein. Im Anschluss wurden die Gespräche am Infostand vor Ort fortgesetzt. Auf diese Weise konnten wir ein Zeichen für Freiheit und Menschenrechte setzen.



**Sieben Tage –
offizieller Trailer OmU (2025)**
Persisch mit deutschen
Untertiteln

„Die Leiden eines revolutionären Aschenputtels“

Originaltitel: The Passion of a Revolutionary Cinderella, Persisch mit englischen Untertiteln; 75 Minuten

Dieser Film erzählt die Geschichte der iranischen Frauenrechtlerin Mary (ehemals Fatemeh) Mohammadi, die mit 17 Jahren zum Christentum übertrat. Die IGFM stellte sie zusammen mit der Evangelischen Nachricht-

tenagentur IDEA im März 2020 als „Gefangene des Monats“ vor: Mary Mohammadi wurde mit 19 Jahren wegen ihres Glaubens erstmals bei einem Hauskirchentreffen festgenommen und vom 17. November 2017 bis 14. Mai 2018 eingesperrt. In dieser Zeit verbrachte sie mehrere Monate im berüchtigten Evin-Gefängnis. Dort begegnete sie mutigen Bürgerrechtlerinnen, darunter Narges Mohammadi, die auch die junge Konvertitin für ihr Buch „Frau – Leben – Freiheit“ interviewte. Mary Mohammadi begann, sich für Freiheitsrechte zu engagieren. Via Kurznachrichtendienst Twitter setzte sie sich zudem für die Freilassung anderer Christen ein.

Es kam zu weiteren Festnahmen, unter anderem wegen eines Verstoßes gegen die rigiden iranischen Bekleidungs Vorschriften. Bei einer Demonstration griffen Sicherheitskräfte auf dem Azadi-Platz in Teheran brutal zu, nahmen Mary fest, misshandelten sie und erniedrigten sie sexuell. Nach ihrer Freilassung gegen Kautions gelang ihr am 21. Februar 2022 die Ausreise aus dem Iran.

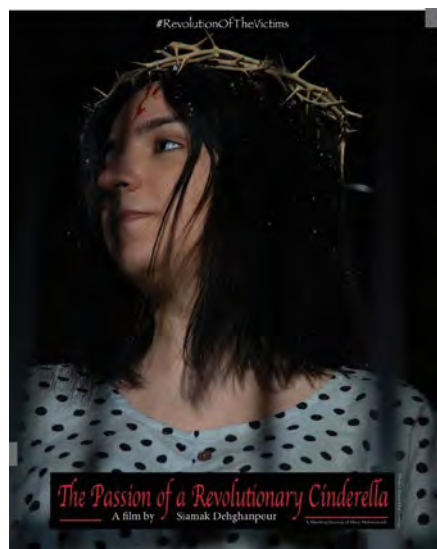
Der Film zeigt, wie die „Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen“ Mary Mohammadi im April 2023 während der IGFM-Jahresversammlung für ihren au-

ßergewöhnlichen Einsatz mit dem Stephanuspreis ehrt, ihr ehemaliger Pate im Politischen Patenschaftsprogramm der IGFM, Michael Brand, die Laudatio spricht und sie – aus den USA zugeschaltet – dafür dankt. Schonungslos legt er aber auch ihre schwierige Situation als Flüchtling in den USA offen, erzählt von Erniedrigungen im Wohnungslosenasyl, enttäuschten Hoffnungen auf eine Reiseerlaubnis zur Preisverleihung und wie der Einsatz für Menschenrechte ihr immer wieder neue Kraft verleiht. Inzwischen hat der Film des iranisch-amerikanischen Filmemachers und Fernsehjournalisten Siamak Dehghanpour 19 internationale Anerkennungen erhalten. Beim Kongress „Christenverfolgung heute“ in Schwäbisch Gmünd im November 2025 kam er erstmals in Deutschland zur Aufführung.



**Die Leiden eines revolutionären
Aschenputtels**
Offizieller Trailer

**Regelmäßige Berichte zur
Lage der Menschenrechte in
Iran finden Sie auch auf
unserer Webseite**



GEORGIEN

Symbol des Kampfes für eine demokratische, europäische Zukunft

VON AVTANDIL DAVITAJA

Am 22. Oktober 2025 wurde bekannt, dass das Europäische Parlament den Sacharow-Menschenrechtspreis an die inhaftierte Journalistin Msia Amaghlobeli aus Georgien sowie an ihren Kollegen Andrzej Poczobut, der sich in Belarus in Haft befindet, vergibt. Dr. Avtandil Davitaja, Vorsitzender der IGFM-Sektion Georgien, stellt im Folgenden die mutige Georgierin Amaghlobeli vor, die zum Symbol des Widerstands in ihrer Heimat geworden ist.

Die Journalistin Msia Amaghlobeli, Gründerin und Leiterin der unabhängigen Publikationen „Batumelebi“ und „Netgazeta“, wurde während einer Protestaktion am 11. Januar 2025 in Batumi wegen Verwaltungsvergehen festgenommen, kam aber bald wieder frei. Wenige Stunden später, am 12. Januar, kam sie wegen Ohrfeigens des Polizeichefs von Batumi, Irakli Dgebuadse, erneut in Haft. Msia Amaghlobeli wurde nach Artikel 353 StGB „Körperverletzung an einem Polizeibeamten“ angeklagt, der mit einer Freiheitsstrafe von drei bis sieben Jahren geahndet wird. Richter Nino Sahelashvili vom Stadtgericht Batumi stufte die Anklage um und verurteilte die 50-jährige Journalistin zu zwei Jahren Gefängnis. Viele in der georgischen Gesellschaft glauben, dass dies eine politisch motivierte Bestrafung der Journalistin ist – um anderen Angst einzujagen. Amaghlobeli, die nach ihrer Festnahme erniedrigende Behandlung und Beleidigungen durch Irakli Dgebuadze und andere Polizeibeamte angab (laut Amaghlobeli spuckte Dgebuadze ihr ins Gesicht), rief einen Hungerstreik aus, den sie 38 Tage lang fortsetzte, um gegen die Ungerechtigkeit zu protestieren, die nicht nur ihr, sondern auch anderen während proeuropäischer Proteste Inhaftierten widerfuhr. Die Gerichtsverhandlungen fanden inmitten von Demonstrationen statt, an denen Msia Amaghlobelis Kolleginnen und Kollegen, einfache Bürger und Aktivisten teilnahmen. Diplomatische Vertretungen aus



Msia Amaghlobeli

24 Ländern bezeichneten die Gerichtsentscheidung als „unverhältnismäßig und politisiert“, drückten ihre Solidarität mit der Journalistin aus und forderten erneut ihre Freilassung. Vor Gericht bekräftigte sie ihre Ablehnung eines Vergleichs. Während viele dies für einen humanen Schritt des Staates halten, empfand sie das Angebot eines solchen Vergleichs als beleidigend.

Msia Amaghlobeli ist zu einer Symbolfigur des Kampfes gegen das Regime geworden. Laut ihrem Anwalt hat sich Amaghlobelis Gesundheitszustand im Gefängnis verschlechtert. Sie ist auf einem Auge praktisch blind, und ihre Sehkraft auf dem anderen Auge beträgt selbst mit Brille nur 30 Prozent.

Während der seit über 300 Tagen andauernden proeuropäischen Proteste wurden Dutzende Journalisten von Sicherheitskräften verletzt. Hunderte Demonstranten wurden während und nach ihrer Festnahme geschlagen, aber es wurde kein Polizeibeamter festgenommen.

Bei den proeuropäischen Protesten fordern die Menschen neue demokratische

Parlamentswahlen, den Beitritt zur Europäischen Union, die Freilassung von Msia Amaghlobeli und all der vielen bei den Protesten Festgenommenen, die Bestrafung aller Beamten des Innenministeriums, die an der Auflösung früherer Proteste und dem unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt und Kampfusrüstung beteiligt waren. Außerdem protestieren sie entschieden gegen den wachsenden Einfluss Russlands und die Umwandlung Georgiens in eine Diktatur ähnlich den Ländern unter der Herrschaft Putins und Lukaschenkos. Wir hätten uns nie vorstellen können, dass die Meinungsfreiheit und das Recht auf friedlichen Protest in Georgien jemals bedroht sein würden oder dass die Regierung sogar so weit gehen würde, eine Journalistin zu verhaften. Leider muss man zugeben, dass die Justiz der Regierungspartei direkt untergeordnet ist und ein Instrument des politischen Drucks darstellt.

Trotz zahlreicher und ständiger Verhaftungen kämpft das georgische Volk weiterhin für eine demokratische, europäische Zukunft.

FOTO: VOICE OF AMERICA – PUBLIC DOMAIN VIA WIKIMEDIA COMMONS

PAKISTAN

Freispruch für Christen nach angeblicher Blasphemie

Der pakistanische Christ Haroon Shehzad, auch bekannt als Haroon Masih, ist trotz Drucks von radikalislamischen Gruppen vor Gericht am 8. November 2025 von der Anklage der Blasphemie freigesprochen worden. Der 49-Jährige hatte am Vorabend des islamischen Opferfestes Eid al-Adha

2023 im sozialen Netzwerk Facebook aus dem Ersten Brief des Paulus an die Korinther, Kapitel 10, Vers 18 bis 22 kommentarlos zitiert.

Darin heißt es unter anderem: „Nein, aber was man dort opfert, opfert man nicht Gott, sondern den Dämonen. Ich will je-

doch nicht, dass ihr euch mit Dämonen einlasst.“ Ein muslimischer Nachbar las das, bezog es auf seine Religionsgemeinschaft, erstattete Anzeige und stachelte die Dorfgemeinschaft gegen den Christen auf. Shehzad befand sich vom 30. Juni bis 6. November 2023 hinter Gittern.

BELARUS

„Mit ruhiger Seele ins Lager“

In Belarus inhaftierter Journalist mit Sacharow-Preis 2025 geehrt – Ein Porträt

VON GERHARD GNAUCK

Seit das Regime des Diktators Alexander Lukaschenko 2020 in Belarus eine nie dagewesene friedliche Protestwelle niederschlug, sind mehr als 1.000 kritische Bürgerinnen und Bürger in politischer Haft. Andrzej Poczobut, der seit 2023 eine achtjährige Haftstrafe absitzen muss, ist unter den bekannteren Gefangenen ein untypischer Fall. Er ist Journalist, dessen Arbeit ein Stück gelebter Medienfreiheit war. Und er vertrat legal und friedlich die Interessen der ethnischen Minderheit, der er angehört. Aus diesen zwei Gründen war er Lukaschenko, dem seit 1994 regierenden Herrscher von Belarus ein Dorn im Auge.

Meine Frau Anna und ich haben Poczobut vor etwa 15 Jahren kennengelernt. Wir machten eine Urlaubsreise in seine Heimatstadt Grodno (belarusisch Hrodna). Der Ort an der Memel (Neman) liegt nah an der Grenze zu Polen, zählt 360.000 Seelen und gilt mit seinen barocken Kirchen kulturell als die „westlichste“ Stadt von Belarus. Schon am ersten Tag gab uns Poczobuts Vater Stanislaw, ein leidenschaftlicher Regionalhistoriker, eine kleine Stadtführung; mit Andrzej Poczobut aßen wir zu Abend.

Als wir am nächsten Morgen den leeren Frühstücksraum in unserem Hotel betraten, gesellte sich sofort ein gut gebauter Mann in



Im Vordergrund ist Poczobut im Jahr 2020 zu sehen, wie er als Journalist eine Demonstration gegen die Wahlfälschungen beobachtet. Seit 25. März 2021 sitzt er hinter Gittern und soll bis 2031 in Haft bleiben

Zivil zu uns an einen Nebentisch, bestellte sich einen Kaffee und schaute uns zu. Wir verstanden sofort. Diese plumpe Methode der demonstrativen Beschattung sollte uns das Signal senden: „Der Große Bruder beobachtet euch.“

Dennoch trafen wir uns noch einmal mit Andrzej Poczobut. Er zeigte uns das Gefängnis in der Innenstadt, das von einer Mauer umgeben war, höher als die Berliner Mauer: „Dahinter habe ich 2011 mehrere Wochen verbracht“, sagte er. Andrzej

erzählte mit feinem Humor; auffallend war, dass ihn die Kämpfe gegen die Repressalien der Behörden – zumindest bis zum damaligen Zeitpunkt – nicht verhärtet hatten. Er war ein sanfter Kämpfer und ist es vermutlich bis heute geblieben.

Poczobut, Jahrgang 1973, studierte Jura und wollte eigentlich Rechtsanwalt werden. Die schnelle Entwicklung des Landes in Richtung Diktatur machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Er fand jedoch Ersatz: Poczobut, Angehöriger der polnischen Minderheit, engagierte sich im unabhängigen „Verband der Polen in Belarus“, der jedoch bald heftig schikaniert wurde und sich am Ende spaltete. Seine andere Berufung war der Journalismus. Erst war er für Lokalzeitungen tätig, später wurde er in Belarus Korrespondent für führende Medien des Nachbarlandes Polen. Als 2020 die offensichtlichen Fälschungen der Präsidentenwahl zugunsten Lukaschenkos eine Protestbewegung auf die Straße brachten, war Poczobut mit seinen Berichten und nüchternen Analysen

Dauergast im polnischen Fernsehen. Auch deutsche und weitere Medien wurden auf ihn aufmerksam.

Parallel zu seiner beruflichen Laufbahn entwickelte sich seine „Gefängnis Karriere“. 2011 wurde er nach längerer Untersuchungshaft wegen angeblicher Verleumdung des Staatspräsidenten zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Seit dem 25. März 2021 sitzt er lückenlos hinter Gittern: Diesmal lautete die Anklage auf „Schüren von Hass“ sowie „Rehabilitierung des Nazismus“. Damit wurden einige Texte von Poczobut aufs Korn genommen. Darin hatte er über historische Vorgänge wie den gemeinsamen deutsch-sowjetischen Überfall auf Polen 1939 (Hitler-Stalin-Pakt) und die sowjetische Unterdrückung in seiner Heimatregion geschrieben. Klare Ansage: Wer über Geschichte, insbesondere die sowjetische, anders schreibt, als der Präsident es will, ist ein Helfer der „Nazis“ oder noch Schlimmeres. Ein absurdes Muster.

Heute sitzt Poczobut – soweit bekannt – in einer sogenannten „Strafkolonie mit ver-

schärftem Regime“ in der Stadt Nawapolazk. Auf Fotos aus dem Gerichtssaal wirkte Poczobut 2023 schon deutlich gealtert. Seine Gesundheit hat gelitten. Damals schrieb er in einem Brief, er werde „mit ruhiger Seele ins Lager gehen. So ist nun einmal mein Schicksal.“ Vorschläge seiner Verwandten, nach Polen überzusiedeln, hatte er immer abgelehnt. Er liebt seine Heimat, und seine Frau Oksana ist Belarusin, die Kinder sind zum Glück nicht mehr ganz klein. Spekulationen, Poczobut könne in einer der westöstlichen Aktionen zum Häftlingsaustausch freikommen, haben sich bisher leider nicht erfüllt. Das könnte, neben Poczobuts persönlicher „Gefährlichkeit“, auch einen politischen Grund haben: Das Nachbarland Polen steht auf der Liste der Feindbilder des Regimes in Belarus ganz weit oben.

Dr. Gerhard Gnauck ist Osteuropa-Historiker an der LMU München. Bis 2024 schrieb er als Warschauer Korrespondent von „Welt“ und FAZ über Polen, die Ukraine und zeitweise Belarus.

BELARUS

Inhaftierte Priester

Pfarrer Henrikh (Henadz) Okolotovich, geboren am 8. April 1960

Verhaftet: 16. November 2023

Anklage: Hochverrat gemäß Art. 356 StGB Belarus

Strafmaß: elf Jahre Haft

Haftort und Haftanschrift nach Auskunft der Organisation

„Nash Dom“ („Unser Haus“):

Strafkolonie Nr. 2

Babrujsk, Mahiljouskaja Woblasz,

Belarus



Henrikh Okolotovich ist katholischer Priester und ehemaliger Pfarrer der Pfarrei Wolozhin in Belarus. Am 16. November 2023 wurde er verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis des belarusischen KGB nach Minsk gebracht. Am 30. Dezember 2024 sprach ihn das Regionalgericht Minsk des Hochverrats gemäß Art. 356 des belarusischen Strafgesetzbuches für schuldig und verurteilte ihn zu elf Jahren Haft in einer Hochsicherheitsstrafkolonie. Seine Berufung wurde am 1. April 2025 vom Obersten Gerichtshof zurückgewiesen und das

Urteil bestätigt. Laut unabhängiger Medien wurde er am 20. April 2025 der Strafkolonie Nr. 2 in der Stadt Babrujsk im Gebiet Mahiljouskaja überstellt. „Forum 18 News Service“ veröffentlichte am 31. Oktober 2025 einen Artikel des unabhängigen Journalisten Felix Corley, der sich wiederum auf Informationen des ehemaligen politischen Gefangenen Andrey Krylov bezieht. Demzufolge hatten KGB-Offiziere versucht, Okolotovich zur Teilnahme an einer Provokation gegen den Apostolischen Nuntius (Vatikanbotschafter) in Minsk zu bewegen. Der KGB



FOTO: KATOLIKLIFE

habe ihm angeblich die Freilassung angeboten, wenn er den Nuntius zu sich einlade und ihm heimlich einen vom KGB manipulierten USB-Stick zustecken würde. Oko-

lotovich habe das Begehren mit den Worten abgelehnt: „Was ihr von mir verlangt, ist ein Verbrechen. Ich kann Gott nicht verraten und eine solche Tat nicht begehen.“ Die KGB-Offiziere hätten ihm daraufhin damit gedroht, ihn noch mehrmals aufzusuchen, bis er seine Meinung ändere. Pfarrer Okolotovich leidet seit einem Herzinfarkt und der Entfernung eines Teils seines Ma-

gens infolge einer Krebserkrankung unter schweren gesundheitlichen Problemen und benötigt eine spezialisierte medizinische Behandlung, die im Gefängnis nicht verfügbar ist. Seine Isolation und der eingeschränkte Schriftverkehr verhindern eine öffentliche Kontrolle seiner Haftbedingungen.

Die IGMF bittet darum, Postkarten und Unterstützungsbriefe (ohne politische Aus-

sagen, aber gerne ermutigende Worte des Glaubens) an ihn zu schicken, Informationen über sein Schicksal in sozialen Medien und in Kirchengemeinden zu teilen und auch den Heiligen Stuhl zu ermutigen, sich weiterhin für ihn einzusetzen, insbesondere für seine Freilassung, und sein Schicksal auf bilateraler und internationaler Ebene anzusprechen.

Pater Andrzej Juchniewicz, belarussische und polnische Staatsangehörigkeit

Festnahme: 8. Mai 2024

Anklage: unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Strafmaß: 13 Jahre Haft

Haftort und Haftanschrift nach Auskunft der Organisation

„Nash Dom“ („Unser Haus“):

Andzhei Maryanowitsch Yukhnovich

Strafkolonie Nr. 2 (IK-2)

213800 Babrujsk, Sikorskij-Str. 1

Belarus



FOTO: CHRISTIANVISION / TELEGRAM

Der katholische Ordenspriester Pater Andrzej Juchniewicz aus Belarus gehört zur Kongregation der Oblaten-Missionare, fungierte bis zu seiner Festnahme als Vorsitzender der Koordinierungsgruppe der Ordensoberen und war Rektor der Kirche in Schumilina im Norden des Landes. Am 8. Mai 2024 wurde er festgenommen und kam wegen angeblicher „Sabotageaktivitäten“ in Wizebsk in Administrativhaft, und zwar unter anderem nach Artikel 24.23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten der Republik Belarus. Sein Mitbruder, Pater Pawel Lemekh, wurde zunächst unter demselben Vorwurf ebenfalls festgenommen, schließlich aber nach zehn Tagen Haft freigelassen. Der Beschluss zur Administrativhaft wurde im Fall von Pater Andrzej Juchniewicz mehrfach erneuert und schließlich bis 2. Juli 2024 verlängert, unter anderem wegen „Verbreitung extremistischen Materials“. Die Praxis, Personen wiederholt in Administrativhaft zu nehmen, wird von den belarussischen Behörden eingesetzt, um auf politisch Verfolgte Druck auszuüben. Am 27. Dezember 2024 wurde ein Strafprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen ihn eröffnet. Am 30. April 2025 verurteilte ihn das zuständige Bezirksgericht zu 13 Jahren Gefängnis. Weder zu den Vorwürfen in der Anklage noch zum Urteilsspruch erteilten die Behörden Auskunft. Zu unbestätigten Medienberichten, denen zufolge

Artikel des Strafgesetzbuches „im Zusammenhang mit Beziehungen zu Minderjährigen“ angewendet worden seien, schreibt die Organisation „Nash Dom“: „Aufgrund des geschlossenen Verfahrens und der fehlenden offiziellen Veröffentlichung des Urteils bleiben diese Angaben unbestätigt und werden ausschließlich als Medienberichte wiedergegeben. Nach unabhängigen Quellen bestritt der Angeklagte jegliche Schuld.“ Am 25. Juni 2024 erklärten vier weitere belarussische Menschenrechtsorganisationen Pater Andrzej Juchniewicz zum politischen Gefangenen.

Nach dem Urteil wurde er in die Strafkolonie Nr. 2 nach Babrujsk verlegt, wo er einem strengen Regime unterworfen ist, seine Kommunikation mit der Außenwelt der Zensur unterliegt und Hilfspakete auf Medizinlieferungen beschränkt sind. Anfang Oktober 2025 wurde bekannt, dass die Strafkolonie in Babrujsk dem Apostolischen Nuntius, Erzbischof Ignazio Cefalía, und dem Bischof von Witebsk, Oleg Butkewitsch, den Besuch Juchniewiczs und seines Mitgefangenen Henrikh Okolotovich verweigerte.

Seit den landesweiten Protesten im Sommer 2020 gegen die manipulierte Präsidentschaftswahl werden Kritiker des Diktators Alexander Lukaschenko in Belarus verfolgt. Juchniewiczs Inhaftierung ist im weiteren Kontext der staatlichen Repression gegen

kirchliche Repräsentanten zu sehen. Die politische Realität dort steht im krassen Widerspruch zu der Lehre, die insbesondere die katholischen Kleriker vertreten. So trat Pater Andrzej Juchniewicz als ein Kriegskritiker auf und verteidigte die Unabhängigkeit der Kirche gegenüber dem Staat. Er postete die historische weiß-rot-weiße Flagge, seit 2020 Symbol der belarussischen Protestbewegung, ebenso wie die ukrainische Fahne auf Facebook. Zudem schrieb er im Internet: „Wir haben beschlossen, gemeinsam mit unseren Gemeindemitgliedern jeden Tag für die Bekehrung Russlands und Belaruss und für ein sofortiges Ende des Krieges in der Ukraine zu beten.“

Die IGMF empfiehlt kurze Briefe der Ermutigung an den Inhaftierten zu schicken, gerne mit Glaubensinhalten, jedoch ohne politische Aussagen, Weitergabe der Informationen sowie Appellbriefe an Präsident Alexander Lukaschenko mit der Bitte um Aufklärung über den geschlossenen Prozess und der Forderung nach Freilassung.

WELTWEIT

Gefangene des Monats im Jahr 2025

Seit rund einem Vierteljahrhundert stellt die IGFM zusammen mit der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA eine Person, die sich wegen ihres Bekenntnisses zum christlichen Glauben in Haft befindet, als „Gefangene(n) des Monats“ vor. Somit soll deutlich werden: Hinter einer hohen Anzahl verbergen sich konkrete Menschen mit ihren Schicksalen.

Januar – Nordkorea

Der südkoreanische Christ Choi Chun-gil wurde am 4. Dezember 2014 in Nordkorea festgenommen. Am 23. Juni 2015 verurteilte der Oberste Gerichtshof ihn zu lebenslanger Haft mit Arbeitslager. Ihm wird vorgeworfen, von China aus Nordkorea für den südkoreanischen Geheimdienst ausspioniert zu haben. Der Geschäftsmann und Missionar war daran beteiligt, religiöse Schriften und Devotionalien sowie humanitäre Hilfe nach Nordkorea zu liefern.

Februar – Iran

Laleh Saati: weitere Informationen lesen Sie auf Seite 13

März – Pakistan



FOTO: PRIVAT

Die 40-jährige Krankenschwester Shagufta Kiran wurde am 29. Juli 2021 bei einer Razzia festgenommen. Der evangelischen Predigerin wird zur Last gelegt, über das soziale Netzwerk WhatsApp im September 2020 abschätzig Inhalte über den islamischen Propheten Mohammed geteilt zu haben. Laut Verteidiger verfasste sie die umstrittene Mitteilung weder selbst noch billigte sie diese, sondern leitete sie nur in einem Chatroom weiter. Am 18. September 2024 fällte das zuständige Gericht in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad das Todesurteil, das nach einer siebenjährigen Haftstrafe vollstreckt werden soll.

April – China

Der 32-jährige Ma Yan aus der nordchinesischen Stadt Yinchuan (Autonomes Gebiet Ningxia) fand als Student zum Chris-



FOTO: CHINA-AID

tentum, ist Prediger einer Hauskirche und befindet sich seit dem 9. August 2024 in Haft. Ihm wird „Störung der öffentlichen Ordnung“ vorgeworfen, nachdem sich Yan geweigert hatte, sich mit seiner Hauskirche der staatlich kontrollierten Drei-Selbst-Bewegung anzuschließen.

Mai – Vietnam



Der evangelische Christ Y Krec Bya wurde am 8. April 2023 in der Provinz Dak Lak festgenommen und daraufhin wegen „Untergrabung der Solidaritätspolitik“ angeklagt. Am 28. März 2024 wurde er von einem Gericht in Dak Lak zu 13 Jahren Gefängnis sowie – im Anschluss an die Haftzeit – zu einer fünfjährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Die Behörden halten ihm vor, illegal „verzerrte Informationen“ gesammelt und verbreitet zu haben. Er gehört zur Evangelischen Kirche Christi, die nicht bei den kommunistischen Behörden registriert ist. Die Mitglieder sind Montagnards, Angehörige einer ethnischen Minderheit.

Juni – Iran

Naser Navard-Goltapeh: weitere Informationen lesen Sie auf Seite 13

Juli – Nicaragua

Lesbia del Socorro Gutiérrez Poveda: weitere Informationen lesen Sie auf Seite 14

August – Pakistan

Der 60-jährige Christ Amir Paul aus Lahore (Provinz Punjab) kam am 19. Juli 2025 wegen angeblicher Blasphemie in Polizeigewahrsam. Der Beamte hatte in einem Gemischtwarenladen im Stadtviertel Nishat Colony eingekauft und dort eine Debatte geführt. Der Geschäftsinhaber warf ihm vor, er habe im Verlauf der Diskussion den islamischen Propheten Mohammed beleidigt. Paul weist diesen Vorwurf zurück, und Zeugnisse geben ihm recht.

September – China



Der evangelische Pastor Zhang Sen aus Fuyang in der westlich von Shanghai gelegenen Provinz Anhui hielt sich bei Freunden auf, als er am späten Nachmittag des 9. Juli 2025 festgenommen wurde. In Handschellen sei er in ein Auto mit den Kennzeichen seiner Heimatstadt gesetzt worden, berichteten Augenzeugen. Der Ort, an dem der Vater von drei Kindern seither festgehalten wird, ist bislang nicht bekannt geworden. Die reformierte Kirche Maizhong, der der Pastor angehört, ist eine nicht registrierte Hauskirche.

Oktober – Nicaragua

Rudy Palacios Vargas: weitere Informationen lesen Sie auf Seite 14

November – Vietnam



Der evangelische Christ Rlan Thih, der der Minderheit der Montagnards angehört, wurde am 19. Dezember 2022 festgenommen. Am 28. September 2023 erfolgte die Verurteilung in der Provinz Gia Lai zu acht Jahren Gefängnis und einer anschließenden dreijährigen Bewährungsstrafe wegen „Untergrabung der Politik der nationalen Einheit“. Dem 45-jährigen wird zur Last gelegt, über einen Zeitraum von 15 Jahren Angehörige ethnischer Minderheiten überredet zu haben, sich einer bestimmten evangelischen Gemeinschaft anzuschließen. Wie viele christliche Montagnards verteidigte auch Rlan Thih das Recht auf freie Religionsausübung.

Dezember – Nordkorea

Der Baptisten-Missionar Kim Jung-wook wurde im Oktober 2013 festgenommen. Am 30. Mai 2014 folgte die Verurteilung zu lebenslanger Haft in einem Arbeitslager. Ihm wurde vorgeworfen, am Aufbau einer Untergrundkirche mitgewirkt und Spionage betrieben zu haben. Kim hatte von 2007 bis 2014 in der chinesischen Grenzstadt Dangdong gelebt und Nordkoreanern zur Flucht über Thailand, Laos und anderen Ländern nach Südkorea verholfen.

Erschreckende Statistik der Christenverfolgung

Der Iran hat am 24. Juni 1975 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, der auch Religionsfreiheit garantiert. Doch die Islamische Republik bricht diesen und andere völkerrechtlich bindende Verträge fortlaufend durch willkürliche Haft, Folter, Entrechtung oder Diskriminierung von Minderheiten. So sind Angehörige religiöser Minderheiten wie Assyrer und armenische Christen zwar formal anerkannt, aber nur „Bürger zweiter Klasse“. Sie werden zum Beispiel beruflich diskriminiert und auch im Strafrecht benachteiligt, das für Nicht-Muslime schärfere Strafen für dieselben Delikte vorsieht. Das Mullah-Regime widersetzt sich hartnäckig internationalen Appellen, selbst den zahlreichen UN-Resolutionen zur Lage der Menschenrechte, die sich weiter zuspitzen.

Seit 2024 hat im Iran die ohnehin unerbittliche Verfolgung von nicht anerkannten christlichen Gemeinschaften, insbesondere der evangelischen Hauskirchen, an Umfang und Brutalität zugenommen. Die Zahl der Inhaftierungen und der Haftstrafen, die 2024 verhängt wurden, betragen das fünf- bis sechsfache im Vergleich zum Vorjahr. Die Gerichte verhängten insgesamt 263 Gefängnisjahre in Urteilen gegen 96 Christen; im Vorjahr waren noch 22 Christen verurteilt worden. Die Höhe der Strafen nahm ebenso zu, von durchschnittlich knapp 23 Monaten im Jahr 2023 auf 27 Monate im Jahr 2024.

Eine Analyse des „Center for Human Rights in Iran“ (CHRI) kommt zu dem Ergebnis: Festnahmen, Verhöre und Misshandlungen während der Haftaufenthalte verliefen besonders brutal. Die Gerichte nutzten zur Rechtfertigung langer Gefängnisstrafen in der Regel eine im Jahr 2021 zu Artikel 500 des iranischen Strafgesetzbuchs hinzugefügte Bestimmung, die schwere Strafen für jeden vorsieht, der „*abweichende Bildungs- oder Missionierungsaktivitäten begeht, die dem heiligen Gesetz des Islam widersprechen oder es beeinträchtigen*“.

Hadi Ghaemi, der Geschäftsführer des CHRI, sagte: „*Die iranischen Behörden verschleppen immer mehr Christen und erheben absurde Vorwürfe der Gefährdung der nationalen Sicherheit, um sie jahrelang einzusperren, nur weil sie ihren Glauben friedlich praktizieren*“. Ihm zufolge hat die Islamische Republik panische Angst vor einer wachsenden christlichen Konvertitengemeinschaft.

Einzelschicksale im Jahr 2025



Von der Inhaftierung der 46-jährigen iranischen Christin **Laleh Saati** erfuhr die IGFM durch eine Exil-Iranerin. Zu ihrem Schutz und um mehr Aufmerksamkeit für sie zu erreichen, ernannte sie die IGFM gemeinsam mit der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA zur „Gefangenen des Monats Februar 2025“. Endlich wurde Saati am 31. Mai nach 15 Monaten Haft freigelassen. Sie war im März 2024 zu 24 Monaten Gefängnis wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ durch angebliche Verbindungen zu zionistischen Organisationen verurteilt worden. Sie wurde seit dem 13. Februar 2024 im Evin-Gefängnis in Teheran festgehalten. Dort wurde ihr eine notwendige medizinische Behandlung vorenthalten: Ihr ging es psychisch schlecht. Saati hatte während eines Aufenthaltes in Malaysia dem Islam den Rücken gekehrt und sich taufen lassen. Seit 2017 lebt sie wieder in ihrer iranischen Heimat.



Naser Navard-Goltapeh, der vor vielen Jahren vom Islam zum Christentum übergetreten war, kam am 6. Februar 2025 erneut in Haft. Der „Gefangene des Monats Juni 2025“ wird seither im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran festgehalten. Um gegen die Verfolgung von Christen durch die Mullah-Diktatur zu protestieren, war er im Frühjahr 2025 in einen Hungerstreik getreten. Nach 35 Tagen erlitt er jedoch am 17. März einen Schlaganfall. Er kam daraufhin ins Krankenhaus, wurde jedoch bereits nach zwei Tagen wieder ins Gefängnis zurückgebracht. Erstmals wurde er am 24. Juni 2016 bei einer Verlobungsfeier in Teheran festgenommen, im Mai 2017 zu zehn Jahren Haft wegen angeblicher „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ verurteilt, und kam dann am 17. Oktober 2022 frei.

Die IGFM machte 2025 auch auf das Schicksal des Christen **Mehran Shamloui** aufmerksam. Shamloui wurde 2024 festgenommen und im März 2025 wegen seines Engagements in einer Hauskirche zu zehn Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die Vorwürfe gegen den ehemaligen Muslim, der zum Christentum übergetreten war, lauteten: „Propagandaaktivitäten, die gegen das islamische Recht verstoßen“ und „Mitgliedschaft in staatsfeindlichen Gruppen“. Er wurde Ende 2024 gegen Kaution aus der Haft entlassen. Auf der anschließenden Flucht wurde er in der Türkei im Juli 2025 ohne Papiere aufgegriffen und sofort abgeschoben. Im Iran kam er sogleich wieder in Haft. Der Oberste Gerichtshof verweigerte die Wiederaufnahme seines Verfahrens. (mk)

NICARAGUA

Weiter willkürliche Inhaftierungen und Folter

Seit den Massenprotesten gegen die sozialistische Diktatur von Präsident Daniel Ortega und seiner Ehefrau sowie Vizepräsidentin Rosario Murillo im Jahr 2018 werden Kritiker in Nicaragua massiv verfolgt, durch fingierte Vorwürfe, Inhaftierungen, Folter und Ausbürgerung. Der Verdacht, in Distanz zum Regime zu stehen, reicht dafür bereits aus. Tausende von Bürgerinitiativen, kirchliche Einrichtungen – darunter Universitäten – und Medien wurden für illegal erklärt; Ordensgemeinschaften wurden aufgelöst, Grundstücke beschlagnahmt und hunderte Kirchen verriegelt. Zahlreiche Geistliche flüchteten, unter anderem infolge von Morddrohungen, oder wurden inzwischen ausgewiesen, darunter der Apostolische Nuntius (Vatikan-Botschafter). Predigten werden Berichten zufolge vorab zensiert und Kirchenbesucher ausgekundschaftet. Im Jahr 2025 erschien eine Studie, in der mehr als 1.000 solcher staatlichen Repressalien gegen Christen dokumentiert sind, die dem Regime als Anwälte für Gerechtigkeit verhasst sind. Von der Verfolgung sind nicht nur Katholiken betroffen, die rund 45 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sondern auch evangelische Gemeinschaften.

Die IGFM berichtete im Jahr 2025 weiter über Einzelschicksale



Die 59-jährige Caritas-Mitarbeiterin **Lesbia del Socorro Gutiérrez Poveda** (kurz Lesbia Gutiérrez) wurde am 10. August 2024 von Sicherheitskräften zur „Befragung“ abgeführt. Sie war bei der Caritas der Diözese

Matagalpa für die Förderung unter anderem von Kleinbauern verantwortlich.

Zunächst fragten zwei Polizisten in Zivil gegen zehn Uhr morgens beim Bauernhof „La Guadalupana“ in der Nähe von Matagalpa nach Gutiérrez, verbunden mit der Bitte um Auskunft über das Projekt, das sie bei der Caritas verwaltet. Schließlich kamen noch weitere Beamte, darunter Bewaffnete in Uniform, und – ohne einen Haftbefehl vorzuzeigen – forderten sie Gutiérrez auf, nach Managua zur Befragung mitzukommen. Die Familie wurde zwar gebeten, monatlich Lebensmittelpakete für sie an das Frauengefängnis „La Esperanza“ zu senden, jedoch steht bislang nicht sicher fest, ob sie sich dort aufhält. Die IGFM und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA stellten sie als „Gefangene des Monats Juli 2025“ vor.



Der evangelische Pastor **Rudy Palacios Vargas**, Gründer der kirchlichen Gemeinschaft „La Roca de Nicaragua“ („Der Fels von Nicaragua“), wurde am Abend des 17. Juli 2025 in Jinotepe, der Hauptstadt des Bezirks Carazo im Südwesten des Landes festgenommen. Ebenso wurden vier Familienangehörige sowie eine Freundin und zwei Freunde abgeführt.

Bewaffnete Polizisten drangen, unterstützt von Hilfskräften, mit Gewalt in die Wohnungen der Christen ein. Sie beschlagnahmten dabei Mobiltelefone und andere elektronische Geräte. Der Pastor wurde laut Medienberichten zusammen mit vier weiteren der Festgenommenen in das berüchtigte Gefängnis „La Granja“ nach Granada an die Westküste verlegt. Ihnen wird Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität und Hochverrat vorgeworfen.



Silvio José Báez Ortega, Weihbischof der Erzdiözese Managua, ging im April 2019 nach Morddrohungen ins Exil

Im Jahr 2019 wurde der Gemeinschaft bereits die rechtliche Zulassung entzogen; mehrere Mitglieder wurden von Sicherheitskräften ermordet und ihr Kirchengebäude beschlagnahmt. Nach einem vorübergehenden Aufenthalt im Exil kehrte der Pastor, nachdem er an Krebs erkrankt war, in seine Heimat zurück. IGFM und IDEA bitten weiterhin um Einsatz für den „Gefangenen des Monats Oktober 2025“.

Der mit Pastor Rudy Palacios Vargas, dem Gründer der kirchlichen Gemeinschaft „La Roca de Nicaragua“, inhaftierte **Mauricio Alonso Prieto** kam in der Haft unter ungeklärten Umständen zu Tode. Er und sein gleichnamiger Sohn wurden bei Polizeirazzien in Jinotepe (Bezirk Carazo) festgehalten; die Ehefrau befand sich auch vorübergehend in Haft. Die Hinterbliebenen erreichte die Nachricht vom Tod Prietos am 25. August 2025 durch einen Anruf vom Institut für Rechtsmedizin.

Der engagierte Katholik und Rechtsanwalt **Carlos Cárdenas Zepeda**, früher Berater der katholischen Bischofskonferenz bei den Verhandlungen mit dem sozialistischen Ortega-Regime war aus politischen Gründen bereits mehrfach in Haft und wurde sogar gefoltert. Laut Medienberichten wurde er am 13. August 2025 erneut festgenommen und verstarb unter ungeklärten Umständen am 29. August in Haft. Seine Ehefrau wurde daraufhin angewiesen, ihn sofort zu beerdigen. Sie erhielt nur den verschlossenen Sarg, keinen Totenschein. Eine Trauerfeier wurde untersagt. (mk)

UKRAINE

Aide-Mémoire der IGFM über die aktuelle Lage in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine

Zur Vorbereitung von Gesprächen mit hochrangigen Politikern erstellt die IGFM Berichte über die Menschenrechtslage des Landes, über das gesprochen werden soll, und schließt ihre Gesprächsvorlage mit ihren Standpunkten, Forderungen und Empfehlungen ab. Das nachfolgende Aide-Mémoire wurde bereits im September 2025 verfasst. Damals wusste man noch nichts

von der Jagd auf Zivilisten mit bewaffneten und unbewaffneten Drohnen durch russische Soldaten, die in frontnahen Gebieten stattfinden, die noch nicht von russischen Truppen besetzt sind. Videoaufnahmen, mit denen sich russische Soldaten auf Medienkanälen brüsten, belegen, dass sie gezielt Menschen töten oder durch zerstörerische Angriffe auf deren Häuser ver-

treiben wollen. Die IGFM ist der Meinung, dass diese schweren Menschenrechtsverbrechen ebenfalls zu diesem Lagebericht gehören und darüber gesprochen werden muss, wie die Ukraine sich einerseits dieser Angriffe erwehren kann, andererseits erkannte Täter zur Rechenschaft gezogen werden können, z.B. durch Anzeige beim Internationalen Strafgerichtshof.

Länderthema

Ukraine – von Russland besetzte Gebiete

Organisation

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

I. Hintergrund

Seit dem völkerrechtswidrigen Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hält Russland – trotz sich stetig verändernder Frontverläufe – rund 20 Prozent des ukrainischen Staatsgebiets besetzt. Dazu zählen neben der bereits 2014 annektierten Halbinsel Krim insbesondere die sogenannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk sowie Teile der Oblaste Saporischschja und Cherson. Am 30. September 2022 erklärte Russland diese vier Regionen nach international nicht anerkannten Scheinreferenden zu russischem Staatsgebiet – obwohl keine vollständige militärische Kontrolle besteht.

Nach Angaben des UNHCR haben etwa 2,9 Millionen Menschen die betroffenen Gebiete seit Beginn der Invasion verlassen. Laut Schätzungen der IGFM leben derzeit noch ca. 3,5 Millionen Menschen in den besetzten Regionen unter russischer Kontrolle.

II. Zwangsvergabe der russischen Staatsbürgerschaft

Seit Anfang 2025 gelten alle Personen ohne einen russischen Pass in den besetzten Gebieten als „ausländische Staatsbürger“. Damit verlieren sie grundlegende Rechte:

- Kein Zugang zu medizinischer und staatlicher Versorgung, Sozialleistungen oder Bildung
- Kein Recht auf Eigentum – Besitz wird ohne russischen Pass in Staatseigentum überführt
- Kein Zugang zu SIM-Karten oder Bankdienstleistungen
- Personen ohne russischen Pass können jederzeit ausgewiesen, oder ihnen kann die Einreise in die besetzten Gebiete verweigert werden

Der Erwerb eines russischen Passes ist an die sogenannte „Filtration“ gebunden, ein Verfahren, das systematisch zur Kontrolle, Einschüchterung und politischen Selektion eingesetzt wird. Der Zwang zur Annahme der russischen Staatsangehörigkeit reicht bis in Entbindungsstationen, wo jungen Müttern mit Kindesentzug gedroht wird, sofern nicht mindestens ein Elternteil die russische Staatsbürgerschaft besitzt.

III. Zwangsrussifizierung und Militarisierung

In den besetzten Gebieten wird ein umfassender Prozess der kulturellen und sprachlichen Russifizierung sowie Erziehung zu „russischem Patriotismus“ betrieben:

- Ukrainisch als Unterrichtssprache ist seit Beginn 2023 verboten
- Der Schulalltag beginnt mit dem Hissen der russischen Flagge und dem Singen der russischen Hymne
- Kinder werden zum Schreiben von „Dankesbriefen“ an russische Soldaten verpflichtet
- Schulmaterialien leugnen die Existenz der Ukraine als eigenständigen Staat
- Frühzeitige ideologische Prägung („Verteidiger des Vaterlands Russland“) ist Bildungsziel

IV. Filtration, Deportation und Verschleppung

Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern wurden zur sogenannten „Filtration“ gezwungen – einem entwürdigenden Verfahren mit folgenden Merkmalen:

- Zwangsuntersuchungen des Körpers (nackt) nach proukrainischen Tätowierungen oder Ähnlichem, Durchsuchung von Besitz (Wohnung, Auto, Privatsachen) und Mobiltelefonen
- Langwierige, teils gewaltsame Verhöre und die Anwendung von Lügendetektoren
- Physische Gewalt und Einschüchterung

Bis Oktober 2022 wurden laut UNHCR rund 2,85 Millionen Menschen nach Russland „evakuiert“. Über 20.000 ukrainische Kinder gelten als verschleppt – sie erhielten russische Namen, werden russisch-patriotisch erzogen und zur Adoption an russische Familien freigegeben.

V. Zivile Inhaftierungen in Russland

Zahlreiche ukrainische Zivilpersonen befinden sich ohne Gerichtsverfahren und ohne ein konkretes Verbrechen begangen zu haben in russischen Haftanstalten. Bislang ist der Verbleib von 10.291 Personen offiziell identifiziert; über 50.000 gelten als vermisst – von ihnen fehlt jede Spur. Zugang zu diesen Haftanstalten wird systematisch verweigert – weder ukrainische Behörden und Angehörige, noch UN, OSZE und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) erhalten Einlass. Zivilpersonen werden pauschal wegen angeblichem Widerstand gegen die sogenannte „Spezialoperation“ (SVO, auf Russisch CBO) inhaftiert. Der Austausch ziviler Gefangener ist bislang nicht Teil offizieller Kriegsgefangenen-Austausch-Vereinbarungen.

VI. Systematische Folter

Laut Aussagen freigelassener Gefangener berichten 95 Prozent von schwerwiegender Misshandlung und Folter:

- Schläge, Elektroschocks, Hinrichtungsdrohungen und Scheinhinrichtungen, langwierige Stresspositionen
- Über 50 Prozent berichten von sexueller Gewalt

Die UN-Sonderberichterstatterin für Folter, Alice Edwards, erklärte bereits 2023:

„Für mich ist klar, dass Folter ein Teil der russischen Kriegspolitik und des russischen Kriegsapparats ist, sowohl von ukrainischen Zivilisten als auch von Kriegsgefangenen.“

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen an die Bundesregierung:

- **kontinuierliche und steigende Unterstützung der Ukraine** mit aller erforderlichen Hilfe und allen möglichen Mitteln, insbesondere nachdem die Unterstützung der USA fraglich erscheint;
- Forderung des **sofortigen Zugangs des Internationalen Rotes Kreuzes** zu allen russischen Haftorten für gefangene ukrainische Militärangehörige und Zivilisten;
- eine **internationale Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen** in den besetzten Gebieten und **von Folter in russischen „Gefängnissen“**;
- die **Inanspruchnahme der vollen Summe** (nicht nur der Zinserträge) **der im Rahmen der Sanktionen eingefrorenen russischen Gelder** von etwa 200 Milliarden Euro für den ukrainischen Wiederaufbau und die Rehabilitation der Opfer;
- eine **internationale Untersuchung der Indoktrinationsmaßnahmen an ukrainischen Kindern und Zivilisten** wegen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht;
- Weitere **Sanktionen gegen Einzelpersonen und Institutionen**, die an der Indoktrination von Kindern beteiligt sind;
- Forderung der Einstellung der **russischen genozidalen sowie demagogischen Propaganda gegen die Ukraine und Europa**, wie sie durch gleichgeschaltete russische Medien und Politiker erfolgt;
- Forderung an die Russische Föderation, den **im Helsinki-Abkommen genannten fundamentalen Prinzipien von Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit** wieder Geltung zu verschaffen.

„Ungerechtigkeit anprangern und das Leben der Menschen verbessern“

Sektionen im Porträt: Die IGFM in Litauen

VON MICHAELA KOLLER

Zum Auftakt unseres Besuchs bei der IGFM-Sektion Litauen treffen wir die Vorsitzende Jurgita Samoškienė im „Museum der Okkupationen und Freiheitskämpfe“ am Gedimino prospektas in der Hauptstadt Vilnius. Das Gebäude war bis Ende der 1980er Jahre ein Ort des Grauens: Verhöre, brutale Folterungen und Hinrichtungen politischer Gegner sowie Planungen zur Deportation fanden hier statt, die in mehreren Wellen insgesamt rund 200.000 Litauer traf – mehr als zehn Prozent der Bevölkerung.

„Schau Dir diese Zelle an... kein Platz zum Liegen; tagelang wurden Menschen darin eingesperrt. Erst nach dem Ende der Stalin-Zeit haben sich auch die Haftbedingungen gebessert“, erläutert Jurgita Samoškienė. Bei dem Rundgang bekommen wir anhand von Fotos, Dokumenten und Original-Objekten in Schaukästen und den düsteren, beengten, schäbig-kargen Zellen eine erste Vorstellung davon, wie dieses kleine baltische Volk durch Repressalien gepeinigt wurde. Aber auch in der Zeit nach Stalin war die Not groß und staatliches Unrecht währte



Eine dunkle Folterzelle, kleiner als ein Kleiderschrank



Exil-Belarusen demonstrieren vor der einstigen KGB-Zentrale in Vilnius.

bis zur Unabhängigkeit. Insbesondere der IGFM und ihren Freunden war es ein besonderes Anliegen, den Bürgerrechtlern in ihrem Einsatz beizustehen und Benachteiligte mit humanitärer Hilfe zu unterstützen. Die IGFM-Arbeitsgruppe in Wittlich organisierte bereits in der Zeit der Sowjetherrschaft Hilfstransporte mit dem Ziel Litauen.

Herausforderungen der Gegenwart

Das baltische Land ist inzwischen ein demokratischer Rechtsstaat und trat im Jahr 2004 sowohl dem Militärbündnis NATO als auch der Europäischen Union bei. Die dunklen Zeiten sind in der kollektiven Erinnerung der Litauer aber noch sehr präsent und die Menschen sind sich der heutigen Gefahren bewusst: In einer restaurierten Zelle steht ein Pappaufsteller, der den russischen Präsidenten Wladimir Putin im orangenen Gefangenen-Anzug zeigt.

„Rund 50 Jahre waren die baltischen Staaten gegen den Willen ihrer Bürger Teil der Sowjetunion. In den vergangenen Jahren nahmen die Spannungen mit Russland wieder zu. Der Ukraine-Krieg ist ein Weckruf. Viele Litauer haben Angst vor einem Angriff durch Russland“, sagt Samoškienė. Litauen tritt nicht nur für die Bewahrung seiner mühsam errungenen Freiheit ein, sondern hat sich zu einem Land entwickelt, das in-

zwischen im Rahmen seiner Möglichkeiten Hilfe gewährt:

„Die Ukrainer verschaffen uns Zeit. Wir sind ein kleines Land, und dennoch haben wir Zehntausende Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen“, fährt die litauische IGFM-Vorsitzende fort. Regelmäßige Hilfstransporte, insbesondere aus Wittlich, ermöglichen, dass das Notwendigste wie Hygieneartikel, Küchenbedarf und Kleidung die Flüchtlinge erreicht.

Als wir mit Jurgita Samoškienė den historischen Bau verlassen, werden wir Zeugen einer Demonstration von Exil-Belarusen gegen Putins Verbündeten Alexander Lukaschenko. Hier vor der einstigen KGB-Zentrale haben sie sich mit weiß-rot-weißen Fahnen und in dazu passender Kleidung zu ihrem Ruf nach Freiheit und Gerechtigkeit versammelt. In Litauen haben mehr als 50.000 Bürger aus Europas letzter Diktatur Zuflucht gefunden.

„Nicht nur sie, sondern auch Russen sind zu uns gekommen, um in Frieden zu leben und nicht verfolgt zu werden“, sagt die 46-jährige Vorsitzende weiter. „Es war völlig unerwartet, dass Litauen zum Ziel so vieler Flüchtlinge wurde; wir waren nicht darauf vorbereitet.“ Es war also eine große Herausforderung für die IGFM-Sektion, die sie aber mit einiger Anstrengung und reichlich Zeiteinsatz meistern konnte. „Beson-



FOTOS: M. KOLLER/IGFM

Das dortige Team beweist Freude an Ordnung: Im IGFM-Lager von Ignalina

ders schön war es, dass wir eine erfolgreiche Kampagne zur Unterstützung der Geflüchteten organisieren konnten.“ Viele der rund 80 Mitglieder in Litauen, hilfreiche Freunde und die Partnerorganisation Caritas Litauen verteilen die Hilfsgüter. Kein Wunder,

dass so viele Hände zupacken: Die Partnerin in Wittlich, Katrin Bornmüller und ihre Nachfolgerin als Vorsitzende, Carmen Jondral-Schuler, beschreiben Samoškiene als Netzwerkerin, kontaktfreudig, motivierend, zielstrebig und voller Tatendrang.

Um die Jahreswende 2021/2022, auf dem Höhepunkt des Zustroms, begann der Einsatz für die Menschen, die es unter der Herrschaft Lukanschenkos nicht mehr aushalten; die Wittlicher schickten fast monatlich einen Hilfstransport für die Flüchtlinge aus Belarus auf den Weg nach Litauen, deren Lieferung einmal über die Sektion, ein andermal über die belarussische Exilorganisation „Nash Dom“ („Unser Haus“) von Olga Karatch zu den Empfängern gelangte.

Zum geschichtlichen Hintergrund

Nachdem es im 18. Jahrhundert erstmals von Russland annektiert worden war, genoss Litauen ab 1918 gut zwei Jahrzehnte Souveränität. Aber schon mit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 war für die Eingliederung in die Sowjetunion der Weg geebnet worden, die dann 1940 erfolgte. Bereits im Jahr darauf fiel Litauen dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die UdSSR zum Opfer; die NS-Besatzung dauerte bis 1944. Vilnius, heute die Hauptstadt, war im 17. und 18. Jahrhundert zu einem bedeutenden geistigen und kulturellen Zentrum des Judentums geworden, auch „Jerusalem des Nordens“ genannt mit einem jüdischen Bevölkerungsanteil von 40 Prozent. Von 220.000 Juden, die beim Einmarsch der Wehrmacht in Litauen lebten, waren zum Zeitpunkt der Kapitulation 1945 nur rund 10.000 dem NS-Völkermord entkommen.

Die Schergen der nationalsozialistischen Gestapo (1941 bis 1944) nutzten dasselbe Gebäude am Gedimino prospektas in der Hauptstadt Vilnius wie zuvor und nach ihnen der sowjetische KGB (1940/41 und ab 1944). Der Ort, an dem sich heute das „Museum der Okkupationen und Freiheitskämpfe“ befindet, ist daher zu einem Symbol für das totalitäre Unrecht in der europäischen Geschichte geworden. Im Jahr 1992, ein Jahr nach der Anerkennung der Unabhängigkeit, wurde das Museum eröffnet, später mehrmals reorganisiert und ergänzt.

Relativ spät kam 2011 noch der Raum über die deutsche Besatzungszeit hinzu: Die Ausstellung beleuchtet damit alle historischen Phasen, und sei der Rückblick noch so schmerzhaft oder gar beschämend wie etwa Kollaboration mit den Nazis während des Holocausts. Jedoch weist das Land gemessen an der Bevölkerungszahl zugleich die zweithöchste Zahl an „Gerechten unter den Völkern“ auf, die von der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem geehrt wurden, weil sie ihr Leben für die Rettung von Juden riskierten. Zu diesen Geehrten zählt auch Ona Jablonskytė-Landsbergienė, die Mutter von Vytautas Landsbergis.



Hier finden Sie ein ausführliches Interview mit dem Leiter der Abteilung für Genozid- und Widerstandsforschung am Genozid- und Forschungszentrum Litauens, Dr. Arūnas Bubnys.

Wie die IGFM in Litauen hilft

Wir fahren mit Jurgita Samoškiene von der Hauptstadt rund 90 Kilometer Richtung Nordosten nach Ignalina, denn hier in einem Weiler des Stadtgebiets liegt das Zentrum der IGFM in Litauen, bestehend aus einem Schreibtisch in ihrem typisch litauischen Holzhaus und einer Lagerhalle auf ihrem Grundstück hinter einer Sanddornpflanzung. Das Depot wurde mit Freiwilligen errichtet, finanziell unterstützt von Förderern aus Deutschland: Als Samoškiene das Tor öffnet, ist es randvoll gefüllt, aber aufgrund eines akribischen Sortier-Einsatzes erstaunlich übersichtlich. „Hier unterstützen mich ehrenamtliche Helfer. Wir helfen damit auch immer noch bedürftigen litauischen Familien. Von den Waren werden auch Flohmärkte organisiert, um andere Lager-, Transport- und sonstige Verbrauchskosten zu decken“, erläutert unsere Gastgeberin. Es gibt noch zwei weitere solcher Depots im Land, Knotenpunkte eines Netzes, die voneinander jeweils etwas mehr als 100 Kilometer entfernt liegen.

Die 20.000-Seelen-Stadt Ignalina ist ein Wintersport-Zentrum, reich an Wald und Gewässern. Samoškiene arbeitet dort als Lehrerin, unter anderem für das Fach

Deutsch, an einer weiterführenden Schule. „Junge Leute für Menschenrechtsthemen zu sensibilisieren gehört für mich zu den schönsten Momenten in unserer Arbeit“, verrät die 46-Jährige bei einer Tasse Sanddorntee.

Jurgita Samoškienė kam vor 17 Jahren zur IGFM. Sie suchte damals im Internet nach einer Organisation, die in Litauen humanitäre Hilfe leistet und fand bei ihren Recherchen den Namen der IGFM. Und weil sie gut Deutsch spricht, hatte sie keine Scheu, sich direkt in Deutschland in der Frankfurter Geschäftsstelle zu melden, die sie prompt mit Katrin Bornmüller in Kon-



Jurgita Samoškienė

takt brachte. Das war nicht nur der Beginn einer wunderbaren Freundschaft: Für die Litauerin erschloss sich eine Lebensaufgabe, wie sie uns deutlich macht:

„Als ich dann im Jahr 2009 gefragt wurde, ob ich den Vorsitz übernehmen könne, dachte ich, dass dies eine wertvolle Gelegenheit bietet, sich für Menschenrechte einzusetzen und etwas Positives zu bewirken. Mich motiviert der Gedanke, dass wir durch unsere Arbeit das Leben von Menschen verbessern und auf Ungerechtigkeiten aufmerksam machen können. Es gibt mir das Gefühl, aktiv etwas Sinnvolles beizutragen.“

Die Anfänge der IGFM in Litauen im Kontext der Zeitgeschichte

Erstmals berichtet die IGFM 1977 in ihrer Dokumentation „Dokumente der Moskauer Helsinki-Gruppe“ über die Gründung der litauischen Helsinki-Gruppe im Zuge des KSZE-Prozesses und über den Ausschluss von sieben Schülern aus dem Venuolis-Gymnasium in Vilnius 1976. Sie weigerten sich, Fragen des KGB zu beantworten, ob sie zur Kirche gehen, Radio Vatikan hören und warum sie den bekannten litauischen Bürgerrechtler Viktoras Pjatkus besucht hatten. Pjatkus hatte infolge seines Einsatzes für Menschenrechte und Engagements in der Kirche 14 Jahre in Straflagern verbracht.

Am 11. März 1990 ist die „Litauische Sozialistische Sowjetrepublik“ die erste, die sich für unabhängig erklärt; Parlamentspräsident Vytautas Landsbergis verkündet die Wiedereinsetzung der Vorkriegsverfassung. Moskau reagiert darauf mit Repressionen. Auf der KSZE-Folge-Konferenz im Juni 1990 in Kopenhagen über die menschliche Dimension lernt die Gründerin und langjährige Sprecherin der IGFM-Arbeitsgruppe in Wittlich, Katrin Bornmüller, den litauischen Literaten und Politiker Virgilijus Čepaitis kennen, der mit Vytautas Landsbergis zu den Gründern der Unabhängigkeitsbewegung Sajūdis zählt. Die IGFM ist bei zahlreichen dieser Folgekonferenzen vertreten (siehe dazu Artikel auf Seite 20), was den weiteren Ausbau der persönlichen Verbindungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie im Bereich der damaligen Sowjetunion fördert.

Im Oktober darauf besucht der litauische Gesundheitsminister Juozas Olekas auf seiner Europareise Trier, wo er durch Bornmüllers Vermittlung offiziell von der Stadt empfangen wird. In seiner Delegation begleitet ihn auch die Apothekerin Zenona Marija Grigaitienė, die gut Deutsch spricht und von da an entscheidend an der Verteilung von Hilfsgütern aus Wittlich in Litauen organisatorisch mitwirkt. Schon einen Monat darauf startet der erste humanitäre Transport ins Baltikum, nicht nur nach Litauen, sondern auch nach Lettland, wohin es familiäre Verbindungen der Mitstreiter Bornmüllers, Familie Jondral, gibt.

Am 13. Januar 1991 steigern sich die Spannungen zu einem blutigen Höhepunkt, als sowjetische Truppen mit Panzern und Fallschirmjägern Litauen überfallen; 14 Menschen kommen

dabei ums Leben und mindestens 700 werden verletzt. Im darauffolgenden Spätsommer entsendet der Geschäftsführende Vorsitzende der IGFM, Iwan Agrusow, Bornmüller samt Delegation nach Litauen, um der Unabhängigkeitsbewegung Sajūdis einen Solidaritätsbesuch abzustatten. Zu dem Zeitpunkt hat Bornmüller mit ihrem Team, darunter Edith Jondral, Mutter von Carmen Jondral-Schuler, bereits zweimal Sattelschlepper, vollgeladen mit Hilfsgütern, nach Litauen geschickt.

Beim Besuch der Verfasserin in Wittlich im Sommer 2025 erinnert sich Bornmüller: „Wir kommen in Vilnius im Büro von Sajūdis an und da lerne ich den Gästebetreuer Eduardas Potašinskas kennen. Noch am selben Abend gründen wir die litauische Sektion.“ Die sowjetischen OMON-Truppen des 13. Januar stehen zu dem Zeitpunkt weiter in Bereitschaft, um der Freiheitsbewegung ein Ende zu bereiten. „Die Lage ist zu dem Zeitpunkt hochbrisant und gefährlich“, schildert Bornmüller.

Dabei kommt es zu einer Begegnung mit dem litauischen Politiker Vytautas Landsbergis, erstes Staatsoberhaupt seit der Unabhängigkeit des Landes. Am 17. September 1991 gibt die Sowjetunion schließlich nach und erkennt die Unabhängigkeit an. Trotzdem stehen dem Land von da an, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, noch schwierige Zeiten bevor. Die IGFM erweist sich als solidarisch und entsendet weiter regelmäßig Hilfstransporte dorthin.

Die Begegnung in der Zeit des Umbruchs stellt den Anfang einer engen Verbindung zwischen der IGFM und dem baltischen Land dar, insbesondere mit Vytautas Landsbergis als bemerkenswerter politischer Persönlichkeit. „Für besondere Verdienste um Litauen“ wird Bornmüller im Jahr 2000 vom Präsidenten mit einem Orden geehrt. Eduardas Potašinskas führt die litauische IGFM-Sektion bis zur Stabübergabe an Jurgita Samoškienė im Jahr 2009.

Das Buch „Glaube – Liebe – Sattelschlepper“ berichtet über drei Jahrzehnte Einsatz der IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich unter der Leitung von Katrin Bornmüller, erschienen 2011 im Würzburger Diametric-Verlag. Darin wird die Gründung der litauischen Sektion geschildert; ebenso kommen Mitstreiter aus Litauen zu Wort.

ERINNERUNG: 1. AUGUST 1975

50 Jahre Schlussakte von Helsinki – eine Erfolgsgeschichte

VON KARL HAFEN

Zu Recht hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte die „Schlussakte von Helsinki“ neben der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zur Grundlage ihres Auftrags gemacht und den Weg dieser Erklärung über die sogenannten Folgekonferenzen und Expertentreffen der KSZE bis zu ihrer Umwandlung in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) begleitet. Es war ein Siegeszug der Gewaltlosigkeit über die Unmenschlichkeit, ein Sieg des Rechts und der Würde des Menschen über Unterdrückung und Gleichmacherei.

Der Maßstab, wie in der Zukunft in Europa Politik betrieben werden sollte, wurde in drei „Körben“ festgelegt. In Korb I über die Sicherheit in Europa heißt es im siebten Kapitel ausdrücklich: *„Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten.“* Bisher in Pakten und Erklärungen beschriebene Ziele wurden festgezurr: die Vertragsstaaten werden fördern, schützen, gewährleisten, erfüllen. Von Korb III ging eine ganz besondere Kraft aus, denn er handelte von der *„Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“*: An erster Stelle standen die menschlichen Kontakte, die in positivem und humanitärem Geist und im Geist der Entspannung wohlwollend auszubauen seien, wie etwa die Familienzusammenführung, Reisen aus persönlichen beziehungsweise beruflichen Gründen oder der erleichterte Zugang zu Informationen.

Die Skepsis war groß. Wird es wieder nur eine von vielen Erklärungen bleiben? Der russische Bürgerrechtler Wladimir Bukowski war pessimistisch. Er erklärte nach seiner Ausweisung aus der Sowjetunion am 23. Januar 1977 bei einer IGFM-Veranstaltung in Frankfurt: *„Der Strom der freien Information, Versuche von einzelnen Personen, den Kämpfen für Menschenrechte in*



Unterzeichnung der Schlussakte am 1.8.1975 in der Finlandia-Halle in Helsinki

der Sowjetunion zu helfen, ein öffentlicher und ehrlicher Ausdruck der Missbilligung seitens einzelner Personen und Organisationen im Westen, das alles wird als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion ausgelegt. In diesem Sinne, als Ergebnis der Unterzeichnung der KSZE-Beschlüsse haben wir in der Sowjetunion nicht gewonnen, wir haben verloren.“

Erkennt man im heutigen Regime des russischen Präsidenten eine Fortsetzung der sowjetischen Diktatur nur mit anderem Etikett, könnte man Bukowski in Bezug auf Russland Recht geben; doch es war eben nicht alles umsonst. Selbst in der Sowjetunion und erst recht in den ersten zehn Jahren nach ihrem Auseinanderbrechen in 15 eigenständige Staaten waren die Auswirkungen der Beschlüsse von Helsinki unübersehbar. In Osteuropa bildeten sich rasch Gruppen, die sich auf die Beschlüsse von Helsinki beriefen wie die Helsinki-Gruppen, die Charta 77 und auch die polnische Arbeiterbewegung Solidarnosc. Die Friedensnobelpreisträger Professor Andrej Sacharow und Lech Walesa, Bürgerrechtler wie Juri Orlow, Alexander Ginsburg, Sergej Kowalew, Vaclav Havel stellten sich an die

Spitze der Freiheitsbewegungen und nahmen bedeutenden Einfluss auf die Meinungs- und Willensbildung der Menschen im eigenen Land, aber auch im Ausland. Im Westen forderten immer mehr Bürger nachdrücklich ein Tätigwerden der Politiker, den Übereinkünften dieser Erklärung zum Durchbruch zu verhelfen.

Es lohnt ein Blick auf die Statistiken der IGFM, die den Beginn einer Bewegung verdeutlichen: 1975 betreute die IGFM 170 Einzelfälle, 1976 waren es schon fast 1.000 und 1977 wurden 2.480 Hilfesuche an die IGFM mit Verweis auf die Schlussakte herangetragen. Im Jahr 1977 war dann auch der erste Prüfstein zu überwinden: Die erste Folgekonferenz sollte in Belgrad stattfinden. Beobachter wie die IGFM waren nicht erwünscht, aber die IGFM war zweimal in Belgrad, zuerst mit einem Appell zur Freilassung des jugoslawischen Bürgerrechtlers Mihajlo Mihajlov und des serbisch-orthodoxen Priesters Savo Bankovic im Frühjahr. Den zweiten Besuch während der Konferenz beschreibt ein Artikel der Westdeutschen Allgemeinen am 6. Oktober 1977: *„Was die KSZE-Delegationsleiter bei ihren Eröffnungserklärungen im Sava-Center bis-*

FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 183-P080-026 / HORST STURM / CC-BY-SA 3.0

her sorgfältig vermieden haben, besorgte die Frankfurter ‚Gesellschaft für Menschenrechte‘ am Mittwoch im 5. Stock des Jugoslavija-Hotels. Unter den Augen von mindestens zwei Geheimdienstbeamten nannte sie bei einer Pressekonferenz auf dem Korridor Länder mit Namen, die im Widerspruch zu den Vereinbarungen von Helsinki weiter Menschenrechte verletzen, darunter auch das Gastgeberland Jugoslawien.“ Es sei hinzugefügt, dass der damalige IGFM-Delegationsleiter Edgar Lamm – heute Vorsitzender der IGFM – dem Leiter der Deutschen KSZE-Delegation Staatssekretär Günther van Well eine Petition mit 17.664 Unterschriften und eine Liste mit 34 dokumentierten Einzelfällen übergab. Staatssekretär van Well versicherte, die Petition „mit der ihr gebührenden Aufmerksamkeit sorgfältig zu prüfen“. Eine solche Unterstützung aus der Bevölkerung sei ein wichtiges Moment zur Durchsetzung von Menschenrechten.

Die IGFM hielt sich daran und begleitete alle Folgekonferenzen mit einem Team ehrenamtlicher Kräfte und nahm immer Betroffene mit. Zu jeder Folgekonferenz wurden Listen mit den Namen, Schicksalen und Bittgesuchen nach Ländern geordnet mitgenommen, manche dieser Listen enthielten mehr als tausend dokumentierte Einzelschicksale. Die IGFM blieb, solange die Konferenz dauerte, Tage, Wochen und sogar Monate, immer bereit zu einem Gespräch mit Delegationen, nicht nur Klagen, sondern immer auch Vorschläge wie 1979 mit der „Charta für Humanitäre Hil-



IGFM-Kundgebung während des Expertentreffens über humanitäre Erleichterungen in Ottawa 1985

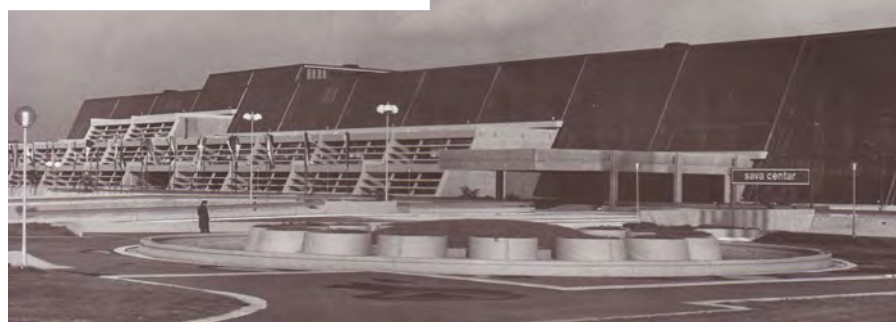
FOTO: IGFM

fe“ und oftmals begleitet von Aktionen. Die IGFM suchte das Gespräch mit allen Delegationen und fand mehr als einmal offene Ohren auch bei osteuropäischen Diplomaten in Ländern, die nicht täglich eine ideologische und mit Waffen gesicherte Grenze vor Augen hatten, wie zum Beispiel 1980-1982 in Madrid bei dem Vertreter Rumäniens oder bei den Expertentreffen über humanitäre Erleichterungen in Ottawa 1985 oder in Bern 1986. Gerade in vielen Tausenden Fällen von willkürlich und schikanos verweigerter Familienzusammenführung konnte eine positive Lösung durch Beharrlichkeit herbeigeführt werden.

Über die Veränderung des politischen Klimas im Zuge der jahrelangen Verhandlungen gibt der folgende Beitrag aus der Zeitschrift „Menschenrechte“, Nr. 3/1990, Auskunft: „Zum neunten Mal war die IGFM bei einer KSZE vertreten. Vorstandsmitglied Katrin Bornmüller, die jedes Mal dabei war, traf in den ersten Junitagen in Kopenhagen nicht nur viele bekannte Gesichter unter den Regierungs- und Pressevertretern, sondern konnte auch deutliche klimatische Verän-

derungen feststellen. ... Der Vertreter der Sowjetunion, Wladimir Babenkov, hatte plötzlich viel Zeit für die Vertreter der Menschenrechtsorganisation und gab sich sehr liebenswürdig. Als Frau Sylvia Wähling (Vertreterin des internationalen Sekretariats der IGFM, Anm. Redaktion) bei einer Pressekonferenz der sowjetischen Delegation fragte, ob die IGFM behindert würde, wenn sie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in der Sowjetunion verteilte, hörten die anwesenden Pressevertreter: ‚Im Gegenteil, das ist eine große Hilfe für die sowjetische Regierung.‘ Vor Kurzem wäre es noch ‚antisowjetische Propaganda‘ und damit strafbar gewesen. ... Der unfreundlichste Gesprächspartner war 1990 Daryal Burcouglu von der türkischen Delegation. Er wies heftig die Hinweise auf die Situation der Christen, besonders der syrisch-orthodoxen, in seinem Heimatland zurück. Der polnische Vertreter, Jerzy Nowak, wurde auf die Lage der deutschen Minderheit angesprochen. Von einer solchen spreche er nicht gern. Der Begriff ‚nationale Gemeinden‘ (national community) sei zutreffender. Die Deutschen hätten übrigens seit drei Monaten alle Rechte. ... Mit der Verteilung einer Dokumentation an offizielle und inoffizielle Vertreter, mit dem Hinweis auf Einzelschicksale wie auf das des IGFM-Vertreters in Kasachstan, der am 20. Mai 1990 in Alma-Ata wegen des Verteilens von Flugblättern verhaftet wurde, und mit vielen Einzelgesprächen haben die beiden IGFM-Vertreterinnen wieder Samen ausgestreut, von denen sich nach und nach zeigen wird, wie viele aufgehen und Frucht tragen werden.“

Ein Höhepunkt war zweifelsfrei die Errichtung des „IGFM-Beschwerdebüros“ im



Konferenzzentrum Belgrad und Akkreditierungsausweis

FOTOS: IGFM

Vorfeld und während des 3. KSZE-Expertentreffens in Moskau 1991. Trotz Tausender Beschwerden wurde die Arbeit des Büros nicht behindert: Die politische Wende war in Russland vollzogen. Auch wenn das Vorhaben KSZE mit den Kriegen in Jugoslawien einen schweren Dämpfer erleiden musste, hatte es sein Ziel erreicht. Herzlichen Glückwunsch!

Die KSZE heißt seit 1995 OSZE. Mit der großen politischen Wende in den Jahren 1987 (Perestrojka) bis 1991 (Zusammenbruch der Sowjetunion) erlosch schlagartig der Mitwirkungs- und Beteiligungswille der Bürger. Die Diktatoren – Slobodan Milosevic ausgenommen – waren bis dahin aus ihren Ämtern entfernt, die Menschenrechte waren in den Verfassungen vorrangig verankert worden. Bürgerrechtler konnten sich politisch betätigen und manch einer von ihnen wurde als Abgeordneter gewählt. In der Tat hat die KSZE Großes erreicht, die Organisation mit Namen OSZE verwaltet die Resultate, hat neue Aufgaben im Bereich der Prävention, der Konfliktbeilegung und der humanitären Hilfe übernommen. Dennoch, es fehlt etwas.

Es fehlt die Kraft und der Enthusiasmus, für die Verteidigung des Errungenen – was wir als Friede und Nichtbedrohung wahrnehmen – zu kämpfen. Es hat keine Folge-Konferenz mehr seit 1995 gegeben, keine gemeinsame Begegnung aller führenden Politiker der KSZE-Staaten, aber auch keine öffentlich wirksame Plattform für Beobachter wie die IGF, die im gesamten KSZE-



Unterstützungsaktion für die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc in Wien 1986

Prozess Politiker zu tatsächlichen Reaktionen zugunsten konkreter Menschen – nicht nur für erklärte Ziele – veranlasst hatte. Obwohl es durch den Zerfall der Sowjetunion ja ungleich mehr Teilnehmerstaaten als bei der Schlussklärung 1975 in Helsinki gibt, gab es trotz aller bekannten Probleme keine mutige, zukunftsweisende gemeinsame Zusatzerklärung, wie man neuen Gefahren für die Menschenrechte und den Frieden begegnen sollte, wie etwa die dramatisch schlechte soziale Lage in zahlreichen osteuropäischen Staaten überwunden werden kann oder das von gefährlichen staatlichen wie nichtstaatlichen Kräften geförderte Auseinanderdriften der Völker und Ethnien in diesen Ländern aufgehhalten werden oder

wie man die Autokraten der Gegenwart öffentlich in ihre Schranken weisen kann.

Stattdessen erleben wir eine neue Blockbildung – dort Russland und wenige Unterstützer – und hier die Europäische Union, die sich dem Schutz der Menschenrechte verpflichtet sieht und dennoch in vielen Entscheidungen uneinig ist. Dazwischen stehen Staaten des ehemaligen „Ostblocks“, die alles im KSZE-Prozess gemeinsam vereinbarte im gegenseitigen Verhältnis aufgekündigt haben. Am schlimmsten ist, dass momentan zwischen den Blöcken – insbesondere durch den von Russland entfachten Krieg in der Ukraine – der Gesprächsfaden gerissen ist und es aufgrund der Sanktionspolitik keine Ebene gibt, auf der sich alle Beteiligten an einem Tisch treffen können, um eine Lösung zur Beendigung der Konflikte, aber auch zur Wiederherstellung der Beschlüsse von Helsinki auszuhandeln.

Es wäre zu wünschen, dass die Erfolge des Helsinki-Prozesses nicht nur gefeiert würden, weil man sich ihrer nach 50 Jahren erinnert, sondern dass die Führer aller KSZE/ OSZE-Staaten in einer gemeinsamen Anstrengung neue, visionäre Ziele formulierten und ihr Vorankommen in Folgekonferenzen von der betroffenen Öffentlichkeit überprüfen ließen.



IGFM-Vorstandsmitglieder Bornmüller und Göhl im IGFM-Beschwerdebüro in Madrid 1980

Empfehlung: Lesen Sie auf der IGF-Webseite einen Beitrag zu Generationen überdauernden Traumata infolge kommunistischer Gewaltherrschaft. Um ihn zu öffnen, halten Sie Ihre Handy-Kamera auf diesen QR-Code.



Existenzielle Bedrohung für Christen

VON MICHAELA KOLLER

Tausende Christen haben im zurückliegenden Jahr 2025 in Nigeria bei Massakern durch gut aufgerüstete, radikalislamische Gruppen ihr Leben verloren. In ihren Warnungen bewerteten örtliche Hilfsorganisationen diesen Massenmord als „stillen, schleichenden Genozid“. Die IGFM wandte sich im August 2025 an Bundesaußenminister Dr. Johann Wadephul und bat, auf die nigerianische Regierung einzuwirken, damit die Täter dingfest gemacht werden und künftig Gewalt verhindert wird. „Der Eindruck verfestigt sich, dass die nigerianischen Sicherheitskräfte bei den dramatischen Geschehnissen wegsehen“, kritisierte die IGFM. Aufrufe des nigerianischen Präsidenten Bola Tinubu an die Adresse der Sicherheitskräfte, die Hintergründe der Massaker aufzuklären, halten die IGFM

und andere Menschenrechtsorganisationen angesichts fortgesetzter Angriffe für wenig glaubwürdig.

Weltweit verhielten sich Politiker in diesem Jahr angesichts dieser Massenverbrechen weitgehend still. Die Berichte, die sie jeweils aus Nigeria erreichen, spiegeln wohl nur einen Bruchteil der Realität wider: Stichproben der IGFM ergaben, dass über zahlreiche Massaker, die nigerianische Partnerorganisationen beklagen, nur in lokalen Medien berichtet wird. Überfälle auf Dörfer, brutale Gewalt, Morde, Entführungen, Vergewaltigungen und Zerstörungen von Kirchen: Die internationale Öffentlichkeit nahm das daher größtenteils erst dann zur Kenntnis, als US-Präsident Donald Trump der Regierung in Abuja mit der Einstellung von Hilfen und sogar

mit einem militärischen Eingreifen drohte. Er hatte zuvor die existenzielle Bedrohung der Christen durch Islamisten angeprangert und die Aufnahme Nigerias in die Liste der „besonders besorgniserregenden Länder“ angekündigt, aus der die vorhergehende Biden-Administration das Land entfernt hatte.

Die nigerianische Organisation „International Society for Civil Liberties and Rule of Law (Inter-Society)“ befürchtet eine weitgehende Marginalisierung des Christentums in Nigeria, da von den rund 40 Prozent Christen zunehmend mehr entweder ihren Glauben verbergen, was vielfach im Norden der Fall sei, oder flüchteten. Vom 1. Januar bis zum 10. Oktober 2025 wurden in dem Land „Intersociety“ zufolge mindestens 7.087 Christen massakriert und im

Wie die IGFM Überlebenden zu neuen Perspektiven verhilft

„Die islamistische Bande stürmte in die Stadt und griff an. Sie verwendeten Macheten, um jeden Bewohner, den sie finden konnten, abzuschlachten oder zu verstümmeln. Sie kamen in großer Zahl am helllichten Tag und zogen zu den Bauernhöfen. Es war Horror. Die Stadt verwandelte sich plötzlich in eine Kriegszone. Die Überlebenden, die ihre Angehörigen verloren haben, sind am Boden zerstört“, so berichtet uns am 1. Juli 2025 die katholische Ordensschwester Rose-Claret Ogbuehi über den Terror einer Gruppe Angehöriger der Fulani-Ethnie in der Stadt Eha-Amufu im südnigerianischen Bundesstaat Enugu. Der Überfall ereignete sich am 15. Juni 2025 nachmittags um halb fünf Uhr. Sieben Opfer wurden danach fürchterlich zugerichtet aufgefunden, darunter zwei junge Männer im Alter von 20 Jahren. Zeugenberichten aus Enugu zufolge blieben Polizeikräfte und Spezialeinheiten selbst dann noch untätig, als die Angreifer aus Hubschraubern abgesetzt wurden, die bis nach dem Angriff im Luftraum über der Gemeinde blieben.

Laut der Berichte aus Eha-Amufu wurden dort zwischen 2021 und Mitte 2025 mehr als 160 Christen auf diese Weise ermordet. Die Überlebenden solcher Überfälle verlieren das Notwendigste zum Leben und sind zudem schwer traumatisiert.



„Women Empowerment Through Education“ verhilft zum Neuanfang in der Stadt: durch Ausbildung in Handwerk und Handel, mittels Starthilfen – und wenn die Schülerinnen schwer traumatisiert sind – durch psychologische Therapie

Viele Jugendliche brechen die Schule ab und erlernen dann keinen Beruf mehr; unter den Mädchen ist die Abbruchquote besonders hoch. Schwester Claret gründete 2015 die Initiative „Women Empowerment through Education“ (WETE) in der Stadt Enugu, wohin viele Betroffene aus Eha-Amufu fliehen. Die IGFM unterstützt WETE, damit die Überlebenden eine neue Chance erhalten.

selben Zeitraum mindestens 7.800 weitere Christen gewaltsam verschleppt, darunter wohl rund 20 Geistliche. Ab Ende Oktober, als die Weltöffentlichkeit endlich nach Nigeria blickte, bis zum Redaktionsschluss (17.11.2025) wurden 106 Christen durch Fulani-Milizen und vier durch Boko Haram ermordet, währenddessen 135 christliche Nigerianer entführt wurden.

Beispielhaft sei an dieser Stelle an einige der blutigen Überfälle erinnert, von denen wir im Berichtszeitraum mit Bestürzung erfahren haben:

In der Nacht vom 12. zum 13. Juni 2025 wurden mehr als 200 Christen in der ländlichen Gemeinde Yelwata nahe Makurdi im Bundesstaat Benue von islamistischen Mi-

lizen aus der Volksgruppe der Fulani ermordet. Zeugenaussagen zufolge begann das Blutbad am Abend gegen 22 Uhr. Wohl mehr als 40 bewaffnete Männer auf Motorrädern stürmten schwer bewaffnet das Dorf und riefen „Allahu Akbar“. Sie schossen wahllos auf Passanten und steckten dann Häuser in Brand. Unter den Opfern waren auch viele Kinder, die in den Gebäuden Schutz gesucht hatten und für die diese Mauern zu Todesfallen wurden, als die Täter die Brände legten.

In den Wochen zuvor ereigneten sich mehrfach solche Überfälle in Benue: Ende Mai 2025 fielen jeweils Dutzende Menschen Angriffen muslimisch-extremistischer Milizen aus der Volksgruppe der Fulani auf

christliche Siedlungen zum Opfer: am 25. Mai in Aondoana, Kreis Gwer-West, am 1. Juni im Edikwu-Ankpali, Kreis Apa. Weitere Morde an Dutzenden Christen ereigneten sich in diesem Zeitraum im Bundesstaat Taraba. Viele Überlebende dieser früheren Angriffe suchten in Yelwata Zuflucht, wo hauptsächlich Christen leben, wurden jedoch dort zu Opfern des nächtlichen Angriffs.

Der nigerianische Bundesstaat Benue, oftmals Schauplatz solcher Massaker, grenzt nördlich an den Bundesstaat Enugu, in dem die IGFM-Partner ihren Sitz haben. In der an Benue angrenzenden Stadt Eha-Amufu in Enugu kam es im Jahr 2025 ebenfalls mehrfach zu solchen Angriffen.

KUBA

Das Martyrium des kubanischen Volkes

Die schreckliche Lage, unter der die Kubaner im Allgemeinen und insbesondere die politischen Gefangenen leiden, verdient internationale Solidarität. Das kommunistische Castro-Regime hat dem kubanischen Volk ein Martyrium auferlegt. Im Folgenden wird ein Bericht des Gründers und Vorsitzenden der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Kuba, René Gómez Manzano, wiedergegeben. Er ist ehemaliger politischer Gefangener, Rechtsanwalt und unabhängiger Journalist.

VON RENÉ GÓMEZ MANZANO

In den letzten Tagen kam mir immer wieder ein populärer Ausdruck aus der spanischen Sprache in den Sinn: „Der Weg zum Schlimmsten ist unendlich.“ Diese Worte hämmern mir so sehr im Kopferum, weil es angesichts der Tatsachen so aussieht, als sei das in Kuba herrschende Castro-Kommunisten-Regime entschlossen, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um dies zu verwirklichen.

Die Verschlimmerung der Notlage, unter der der einfache Kubaner leidet, ist seit Jahrzehnten eine Konstante. Und das, ob-



ISHR-Präsident Thomas Schirmmacher und Autor René Gómez, Vorsitzender der ISHR Kuba, 2017 in Havanna

wohl das Regime in Havanna in der Regel auf einen ausländischen Wohltäter zählen konnte, der sich um die unbezahlbaren Ausgaben kümmerte, die das ineffiziente und verschwenderische Regime ständig tätigt. Jahrzehntelang war dies die glücklicherweise verschwundene Sowjetunion, in jüngerer Zeit das chavistische Venezuela.

Doch während die absolute Unwirksamkeit des vom castro-kommunistischen Regime eingeführten Wirtschaftssystems immer deutlicher wird, ist die Höhe der ausländischen Hilfe zurückgegangen. Venezuela, das durch den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Elend versunken ist, ist eher darauf angewiesen, selbst Unterstützung zu

erhalten, als sie einem ausländischen Partner wie Kuba zu gewähren. China, Putins Russland und Vietnam geben freundliche Erklärungen ab und machen Geschenke in begrenztem Umfang, aber sie zögern, die Finanzierung des Fasses ohne Boden, das die castro-kommunistische Wirtschaft darstellt, zu übernehmen.

Grotesk: Die Zuckerinsel muss Zucker importieren

In der Zwischenzeit verschlechtert sich die Lage in Kuba von Tag zu Tag. Die Produktion bricht ein – es genügt zu sagen, dass die Insel, die einst als „Zuckerfabrik der Welt“ bezeichnet wurde, gerade die geringste Ernte seit über einem Jahrhundert erzielt hat und das süße Produkt importieren muss. Das Gleiche gilt für andere Produktionszweige. Die Inflation steigt mit jeder Woche, die vergeht. Nicht umsonst ist die Bevölkerungszahl Kubas zurückgegangen, was auf die extrem niedrige Geburtenrate und die jüngste Auswanderung von Hunderttausenden von Bürgern zurückzuführen ist, die sich ein besseres Leben in einem anderen Land erhoffen.

Inmitten dieser katastrophalen Lage wächst die Zahl der Bürger, die mit dem aktuellen Zustand unzufrieden sind und dies auch offen zum Ausdruck bringen. Die Insel ist in eine solche Not und Armut versunken, dass die Geduld der Bürger langsam zu Ende geht. Der jüngste Ausbruch von Protesten ereignete sich am vergangenen Samstagabend (13. September 2025; Anm. d. Red.) in der Küstenstadt Gibara in der östlichen Provinz Holguín.

Die Einwohner von Gibara hatten genug von den endlosen Stromausfällen (obwohl man eigentlich, wie im gesamten Landesinneren, eher von „Stromzuschaltung“ sprechen sollte, da die Zeit ohne Stromversorgung viel länger ist als die Zeit, in der Strom zur Verfügung steht). Empört strömten die Bürger der Stadt auf die Straßen. Die Rufe „Schaltet den Strom ein!“ wechselten sich ab mit Forderungen nach „Freiheit!“.

Nur der Unterdrückungsapparat funktioniert

Letztendlich griff das Regime zu seiner bewährtesten Methode: der Unterdrückung (die übrigens eine der wenigen Aktivitäten ist, bei denen sich der Castro-Kommunis-



FOTO: ISHR

Verwahrlosung, fehlende Lebensmittel und Medikamente sowie langwährende Stromabschaltungen prägen den Alltag der Kubaner selbst in der Hauptstadt Havanna

mus als effizient erwiesen hat). Die Presse berichtete über die Verhaftung von Teilnehmern an den Protesten sowie über die Aufnahme von Mitarbeitern des Innenministeriums, die bei der Identifizierung einiger Demonstranten geholfen hatten, in die Liste der Unterdrückten.

Angesichts der trostlosen Lage mit Hunger, Mangel, galoppierender Inflation, wirtschaftlicher Erschöpfung und Unterdrückung ist es unvermeidlich, dass wir vor allem an diejenigen denken, die am meisten unter den schlimmsten Aspekten der aktuellen Situation leiden: Ich meine die politischen Gefangenen, deren Zahl laut der Organisation Prisoners Defenders 1.185 erreicht hat.

Unter ihnen ragen die prominenten Oppositionsführer José Daniel Ferrer García und Félix Navarro Rodríguez heraus, die bereits 2003 während der als „La Primavera Negra de Cuba“ („Der schwarze Frühling Kubas“) bekannten Repressionswelle Opfer der Verfolgung durch das castro-kommunistische Regime wurden. Damals wurden insgesamt 75 Aktivisten willkürlich zu langen Haftstrafen verurteilt. Jahre später wurden sie aus der Haft entlassen, und die meisten von ihnen akzeptierten das Exil. Ferrer und Navarro sowie einige andere

weigerten sich jedoch, und bis heute bleiben sie in Kuba und sind ein Vorbild für ihre Landsleute.

Unter den Frauen ist insbesondere Saylí Navarro zu erwähnen, die Tochter von Félix und María Cristina Garrido, Autorin mehrerer veröffentlichter Gedichtbände. Beiden Frauen wurden unverhältnismäßige Haftstrafen auferlegt (acht bzw. sieben Jahre), nachdem sie am Tag nach den friedlichen Protesten, die am 11. Juli 2021 an mehr als fünfzig verschiedenen Orten in Kuba stattfanden, festgenommen worden waren. Sowohl Saylí als auch María Cristina nahmen an den Protesten in ihren jeweiligen Orten teil.

Die schreckliche Lage, unter der Kuba leidet, verdient die Solidarität aller wohlwollenden Ausländer, Freunde der Freiheit und der Demokratie. Das Leid des kubanischen Volkes durch Hunger, Stromausfälle und Inflation muss ein Ende haben! José Daniel, Félix, Saylí, María Cristina und alle anderen politischen Gefangenen in Kuba müssen freigelassen werden!

Übersetzung aus dem spanischen Original. Den ursprünglichen Bericht von René Gómez Manzano finden Sie hier:



ECUADOR

Perspektiven für allein gelassene Jugendliche

VON MICHAELA KOLLER

„Fabiana ist das einzige Mädchen hier. Sie kam mit ihrem Zwillingbruder zu uns, als die beiden erst wenige Tage alt waren. Eine Adoption steht kurz bevor“, berichtete Teresita Moncada, Leiterin des Kinderheims Casa Hogar de Jesús in Santo Domingo de los Tsáchilas in Ecuador, beim Besuch der IGFM am 25. Mai 2025. Die Mutter der erst anderthalb Jahre alten Geschwister – die jüngsten in der Einrichtung – hatte die Neugeborenen in der Geburtsklinik zurückgelassen und war dann abgetaucht.

„Bei uns sind auch noch vier Geschwister im Alter zwischen elf und sechzehn Jahren“, fuhr Moncada fort. Die Heranwachsenden waren quasi sich selbst überlassen, während die Mutter der Prostitution nachging. Sexuelle Ausbeutung ist in Ecuador weit verbreitet, wo Schattenwirtschaft und Korruption grassieren.

„Hier in der Casa leben die Jungs geschützt. Sie werden beruflich geschult und zugleich lernen sie, für sich selbst im Alltag zu sorgen“, erklärte sie.

Neben dem Schulunterricht lernen die 34 Jungen dort, sich in kleinen handwerklichen Projekten in Haus und Garten, in der Bäckerei und auf dem Bauernhof, der zur Casa gehört, zu bewähren. „Einer unserer Erzieher, der Agrarwissenschaftler ist, lehrt zum Beispiel den Anbau von Bohnen und anderen Gemüsesorten“, sagte Moncada.

Sie werden in wichtigen Fertigkeiten, aber auch in der Zeiteinteilung sowie anschließend im Verkauf der Waren geschult, wie etwa in der benachbarten Studenten-Cafeteria. „Wir freuen uns, dass unsere Jungs demnächst ihre Produkte wie Bohnen, Marmelade, Joghurt, Maniokbrot und Schokolade auf der Messe der Viehzüchtervereinigung ausstellen können. Dabei lernen sie auch ei-



Sonntags gibt es in der Casa Hogar de Jesús Eis – und Gelegenheit zum gemeinsamen Singen



Bei den „Juegos Parapanamericanos Juveniles“ (Gesamtamerikanischen Paralympischen Juniorspielen) in Chile vom 31. Oktober bis 9. November 2025 gewann der 17-jährige Leichtathlet Steven aus der Casa Hogar de Jesús drei Goldmedaillen.

nen verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzen“, erklärte die Leiterin.

„Die Armut ist hier weit verbreitet“, erläuterte sie die Lage. „In Ecuador leben 36 Prozent der Kinder und Jugendlichen in armen Familien.“ Die Chance auf einen Ausweg aus der Armut ist gering: Jeder dritte junge Ecuadorianer zwischen 15 und 25 befindet sich weder in einer Ausbildung noch in einem Job, nicht einmal in der Schattenwirtschaft wie die Mehrheit der Ecuadorianer. Global agierende Verbrechenskartelle nutzen Ecuador insbesondere aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Kolumbien und Peru zu einem Umschlagplatz für ihr Kokain, und die lokalen Banden, die mit ihnen zusammenarbeiten, rekrutieren junge Leute mit geringen Perspektiven als Kuriere, die Tendenz ist steigend. Schätzungen zufolge sind 60 Prozent der Bandenmitglieder unter 19 Jahre alt; sogar Acht-

jährige sollen schon angeworben worden sein.

Der Andenstaat entwickelte sich zum Schauplatz von blutigen Konkurrenzkämpfen um die Routen. Die Spirale der Gewalt drehte sich weiter: Die Verbrecherbanden begannen, gegenüber dem Staat Macht zu demonstrieren, indem sie die Bevölkerung etwa durch Geiselnahmen terrorisieren. Präsident Daniel Noboa verfolgte korrupte Staatsbeamte und verhängte den Ausnahmezustand, um mit der Armee gegen die Kartelle vorgehen zu können. Nachhaltiger Erfolg blieb ihm dennoch bislang versagt, denn die kriminellen Gruppen bieten den bedürftigen jungen Leuten viel, wozu der Staat außerstande ist: Sicherheit, wirtschaftliche Chancen und soziale Zugehörigkeit. Vor diesem tristen Hintergrund gelten regierungsunabhängige Initiativen, die wie die Casa Hogar de Jesús auf

lokaler Ebene Alternativen anbieten und Chancen ermöglichen, als Lichtstrahlen der Hoffnung.

Seit 2007 steht die IGFM mit der Leitung in persönlichem Kontakt, nimmt Anteil am Auf und Ab in Ecuador und unterstützt das Projekt finanziell. Aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit wissen wir auch, wie sich das Team bemüht, das Selbstwertgefühl „ihrer“ Jungs zu stärken sowie deren Fähigkeiten weiterzuentwickeln, die sie für ihre Zukunft benötigen. „Die Jungs sollen letztlich eine Lebensperspektive entwickeln“, so fasste die Leiterin Teresita ihre Grundsätze zusammen. An denen hält sie beharrlich fest – mit wachsendem Erfolg: Am 13. November 2025 sandte sie erfreut die Neuigkeit per WhatsApp, dass Steven, der in der Casa aufgewachsen ist, gerade drei Goldmedaillen als Leichtathlet bei den Gesamtamerikanischen Paralympischen Juniorspielen errungen hat.

Foto: M. Köller

Angehörige religiöser Minderheiten blicken sorgenvoll in die Zukunft

VON MICHAELA KOLLER

„Zunächst herrschte in der Bevölkerung große Erleichterung über die Abschaffung des bis zu neun Jahre dauernden Wehrdienstes, die Freilassung von Gefangenen, die Auflösung der zahlreichen Geheimdienste und weiteres. Doch nach dem 8. Dezember herrschten Unruhen und Chaos, insbesondere durch viele massenhafte Entlassungen“, berichtete der syrische Gastredner Dr. Nabil Antaki während der 53. Jahresversammlung der IGFM am 29. März 2025 über die ersten Monate nach dem Regimewechsel in seiner Heimat. „Willkürliche Verhaftungen und standrechtliche Hinrichtungen sind an der Tagesordnung. Die Militäroperation in der Küstenregion um Latakia und weiteren Städten vom 6. bis 8. März 2025 waren begleitet durch Überfälle, Hausdurchsuchungen und Verschleppungen. Die Suche nach den Überresten des alten Regimes entwickelte sich zu einem Massaker an Alawiten und Christen: Zwischen 1.600 und 3.000 Menschen wurden ermordet“, beklagte Dr. Antaki weiter. Am 13. März 2025 wurde eine provisorische Verfassung proklamiert, die die Grundrechte unter Scharia-Vorbehalt stellt.

Am 8. Dezember 2024 war es 17 bewaffneten islamistischen Rebellengruppen unter der Führung von HTS (Hayaat Tahrir al Sham) gelungen, die Assad-Diktatur zu stürzen und die Macht zu übernehmen. Die HTS ist einst aus der mit Al Kaida verbundenen El-Nusra-Front hervorgegangen.



FOTO: „BLAUE MARISTEN“

Die „Blauen Maristen“ fördern die Schulbildung von Kindern aus Familien, die sie wegen ihrer bitteren Armut um Hilfe zum Überleben bitten.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2011 begann ein Aufstand gegen die Despotie Assads und der sozialistischen Baath-Partei, die 1963 nach einem Umsturz eine autokratische Ein-Parteien-Herrschaft errichtet hatte. Anfangs waren es noch friedliche Proteste, dann entfachten gewaltsame Konflikte zwischen der syrischen Armee und den bewaffneten islamistischen Dschihad-Gruppen, die 13 Jahre lang erfolglos gegen die Assad-Herrschaft kämpften. Jede Seite wurde dabei von ausländischen Mächten unterstützt.

Kooperation begann nach Kriegsausbruch

Kurz nach Ausbruch des Bürgerkriegs kam bereits die Zusammenarbeit zwischen Dr. Nabil Antaki, seiner Frau Leyla Moussalli und dem Maristenbruder Georges Sabé mit der IGFM zustande. Die drei Genannten gründeten die Initiative der „Blauen Maristen“ im syrischen Aleppo. Diese Gruppe von katholischen Ordensbrüdern und Laien setzt sich für Versöhnung, Wiederaufbau und Frieden ein. Durch Hilfsprogramme für bedürftige und vertriebene Familien ungeachtet deren Religionszugehörigkeit lindern sie Not. Das war während des Bürgerkriegs oftmals sehr gefährlich. Wegen ihres Mutes und ihrer Selbstlosigkeit verlieh die „Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen“ während der IGFM-Jahrestagung in Bonn der Initiative ihren Stiftungspreis 2025. Die IGFM unterstützt seit Beginn der Kooperation das Projekt „Ein Tropfen Milch“, durch das Hunderte Babys bis zum ersten Lebensjahr mit Milchpulver versorgt werden, das in Syrien einen durchschnittlichen Min-

Der elfjährige Schüler **Jamal D.** hat in seinem zarten Alter schon öfter Einschneidendes erlebt, darunter mehrfach Binnenflucht und schwere Erkrankungen seiner Eltern: Die Familie geriet zeitweise in extreme Armut. Dabei hatte für die christlichen Eheleute alles hoffnungsvoll angefangen: Die Frau studierte noch Jura, als sie heirateten. Kriegsbedingt musste sie das Studium abbrechen. Trotz dieser Widrigkeiten hielt die Familie durch. Mit letzter Kraft betreute die inzwischen krebserkrankte Mutter Jamal und seine Geschwister beim Lernen, die sich nach jeder Vertreibung neu in den Schulstoff einarbeiten mussten. Schließlich halfen die „Blauen Maristen“ ihnen mit speziellem Nachhilfeunterricht, und sie erzielten hervorragende schulische Leistungen.

destlohn pro Monat kostet. Auch trägt die IGFM zum Erfolg des Projekts „Teilen von Brot“ bei, um einer ebenso großen Zahl an betagten, kranken und bettlägerigen Menschen, die keine Angehörigen haben, täglich eine warme Mahlzeit bereitzustellen. „Ich möchte Ihnen meine große Dankbarkeit ausdrücken“, sagte Antaki bei seinem Besuch.

Fortsetzung der Verbrechen an religiösen Minderheiten

Die Angehörigen von Minderheiten wie der Christen haben solchen Beistand in dieser Zeit bitter nötig. Sie blicken auf ein Jahr der Schrecken zurück: Nach den dschihadistischen Massakern im März 2025 kamen am 22. Juni bei einem Sprengstoffanschlag in der griechisch-orthodoxen Mar-Elias-Kirche in Damaskus-Tabbalah mehr als 20 Menschen ums Leben und 63 weitere wurden verwundet. In der mehrheitlich von Drusen bewohnten Provinz Suwaida entbrannten im Juli Auseinandersetzungen mit sunnitischen Beduinen, woraufhin Mitglieder der syrischen Streitkräfte Partei gegen die Drusen ergriffen und Massenmorde an dieser ethno-religiösen Minderheit verübten.

Parlamentswahlen dämpften zusätzlich Hoffnung

Am 5. Oktober 2025 fanden die ersten Wahlen statt. Beobachter sprechen von „gesteuerten“ Parlamentswahlen, da Komitees über die Zusammensetzung der Volksvertretung bestimmen. Die Besetzung eines Drittels bestimmt zudem Präsident Ahmed al-Scharaa, von 2012 bis 2016 Führer der dschihadistischen Al-Nusra-Front. Die Verbrechen, die er zu verantworten hatte, bleiben bislang ungesühnt. Nur zwei Tage nach der Wahl reiste der Präsident des Internationalen Rates der IGFM, Erzbischof Professor Thomas Schirmmayer, zusammen mit



Die Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen hat die „Blauen Maristen“ mit ihrem Stephanuspreis 2025 für deren heroischen Einsatz gewürdigt. Die Auszeichnung wurde am Rande der IGFM-Jahresversammlung in Bonn feierlich verliehen. Der Gründer und ehemalige Leiter Dr. Nabil Antaki nahm die Ehrung entgegen.

IGFM-Generalsekretär Matthias Böhning nach Syrien. Sie erfuhren dort unmittelbar von der Stimmung vieler Angehöriger religiöser Minderheiten: Die Gesprächspartner hegen wenig Hoffnung auf Teilhabe am verfassungsgebenden Prozess. In mehreren Gebieten Syriens, die von Drusen und Kurden kontrolliert werden, war die Abstimmung verschoben worden; ihre insgesamt 19 Sitze bleiben vorerst unbesetzt. Währenddessen können Präsidialdekrete nur mit einer Zweidrittelmehrheit aufgehoben werden. „Das ist eine Farce“ – mit diesen Worten machten die Gesprächspartner ihrem Ärger Luft. Christen beklagten sich über häufige Hassdelikte, die sie einschüchterten und bedrohten, ob durch herabsetzende Social-Media-Beiträge, Stimmungsmache in Pamphleten oder direkte Angriffe auf der Straße und in alltäglichen Begegnungen. Da sie zu Bürgern zweiter Klasse herabgestuft werden, verdrängt Zukunftsangst allmählich jeglichen Hoffenschimmer. „Nach 63 Jahren eines despotischen Regimes streben die Syrer nach einem

freien Leben in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, in dem alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind und in dem die Menschenrechte geachtet werden. Wir haben jedoch Angst vor der Zukunft. Wir fürchten, dass eine oligarchische Tyrannei letztlich doch durch eine islamistische ersetzt wird“, sagte auch Dr. Antaki.

Trotz allem Menschlichkeit fördern

„Wir lassen diese Sorgen nicht unseren Weg bestimmen“, gibt er sich entschlossen. „In Solidarität mit den Ärmsten leben, um Leid zu lindern, Menschlichkeit zu fördern und Hoffnung zu säen“ – so lautet das Motto der „Blauen Maristen“. Beharrlich und unverdrossen geht daher ihr Einsatz für die Hilfsbedürftigen aller Altersgruppen weiter. Seit 2025 unterstützt die IGFM noch ein weiteres Projekt der „Blauen Maristen“ – ein Lernförderprogramm. Die Initiative finanziert damit Schulkinder, die im Bürgerkrieg schweres Leid erfahren und dadurch in der Schule den Anschluss verpasst haben, je nach Bedarf Nachhilfestunden, Transportkosten, Bücher und andere Lernmaterialien. Auch einigen Studenten wird durch das Bildungsprojekt zum Abschluss verholfen. Die „Blauen Maristen“ treffen sich wöchentlich mit diesen jungen Menschen, um deren Fortschritte zu sehen und gegebenenfalls durch besondere Herausforderungen hindurch zu helfen. Die IGFM wird mit Hilfe ihrer Freunde und Förderer diese Unterstützung auch in Zukunft fortsetzen.

Die 17-jährige Schülerin Aaliya F. erlebte Flucht und bittere Armut während des Bürgerkriegs. Durch den von den „Blauen Maristen“ geförderten Nachhilfe-Unterricht hat sie nach jahrelanger Pause den Schulstoff aufgeholt, um nun wieder dem regulären Unterricht folgen zu können. Bedingt durch eine schwere Erkrankung des Vaters sorgt ihre Mutter allein für den Unterhalt der Familie, die mit dem spärlichen Lohn nur sehr knapp über die Runden kommt. Die Eltern unterstützen aber Aaliya in ihrer Entscheidung, einen ordentlichen Schulabschluss anzustreben, auch mit Blick auf eine weiterführende Ausbildung.

Zedernstaat am Scheideweg

VON MICHAELA KOLLER

Im Libanon sehnen sich die meisten Menschen danach, dass endlich Frieden einkehren und die Not weichen möge. Die Region ist gerade in den letzten Jahren Schauplatz blutigster Auseinandersetzungen geworden. Trotz einer Reihe eigener tiefer Krisen hat der Zedernstaat, gemessen an seiner Bevölkerungszahl, so viele Flüchtlinge wie kein zweites Land aufgenommen. Viele Libanesen haben ihre Ersparnisse und sogar den Zugang zur Grundversorgung verloren. Um den Schwächsten beizustehen, arbeitet die IGFM seit mehreren Jahren mit der Hilfsorganisation „Flamme de Charité“ in Beirut zusammen.

Diese NGO (Nichtstaatliche Organisation) gründete die junge christliche Libanesin Penelope Boujaoude im Juni 2020 zusammen mit Freunden: Seither kümmert sich diese Initiative um rund 200 Familien und versorgt sie mit Lebensmittelgutscheinen, Medikamenten und Zuschüssen für Wohnen oder Renovierung. Sie fördert insbesondere – weil sich diese Hilfe als besonders nachhaltig erwiesen hat – die Ausbildung der Kinder, deren Eltern sich den Schulbesuch nicht mehr leisten können. Boujaoude berichtet uns regelmäßig über die Entwicklung der Schicksale, von denen sie und ihre Helfer erfahren:

„Es gibt heute gute Nachrichten: Kamil hat sehr erfolgreich sein Studium abgeschlossen und ist jetzt auf der Suche nach einer Anstellung“, berichtet Boujaoude in einem Video-Gespräch. „Die IGFM hat mit ihrer Unterstützung unserer Arbeit dazu beigetragen“, bemerkt sie und meint damit Zuschüsse zu seinen Studienkosten. „Nur so kann der Teufelskreis der Armut durchbrochen werden“, ist sie überzeugt.

Der Großvater des 20-jährigen Christen kam mit der ersten palästinensischen Flüchtlingswelle bereits 1948 in den Libanon. Sein Vater Maroun, 55 Jahre alt, wurde im Zedernstaat geboren. Aber per Gesetz bleibt allen Nachfahren der Palästinenser ebenfalls die Staatsbürgerschaft des Libanon verwehrt. Im alltäglichen Leben erfahren Maroun und seine Kinder dadurch Nachteile, obwohl seine Frau Nancy (42) Libane-



Kamil (links) und seine Schwester Marilyn (rechts) mit ihren Eltern Maroun und Nancy

FOTO: FDC

sin ist. Bislang lag es an ihr, als Angestellte in einem Supermarkt für den Broterwerb der Familie zu sorgen. Ihr Mann ist schwer krank, und es fehlt an einem sozialen Netz.

Immerhin besteht für Kamil und seine Familie nun Anlass zur Hoffnung. Und nicht nur für sie: Die libanesische Regierung, die nach einer Übergangsverwaltung von zwei Jahren seit Frühjahr 2025 in Beirut die Geschicke steuert, zeigt sich entscheidungsfreudig. Ihr wird zugetraut, die Wirtschaft endlich wieder auf die Spur zu bringen.

Gleichberechtigung im Dialog der Religionen

Vor dem libanesischen Bürgerkrieg (1975 bis 1990) kennzeichneten den Zedernstaat Vielfalt, Verständigung und Zusammenarbeit über die Grenzen unterschiedlicher Religions- und Konfessionsgruppen hinweg. Präsident Joseph Aoun ist entschlossen, an diese Werte wieder anzuknüpfen und dafür in der Region zu werben.

Er empfing dazu im August 2025 den Präsidenten des Internationalen Rates der IGFM, Erzbischof Professor Thomas Schirrmacher, zusammen mit Generalsekretär Matthias Böhning. Im Oktober trafen sie sich nochmals auf einer Konferenz, auf der die sogenannte „Beirut-Erklärung“ unterzeichnet wurde, eine Verpflichtung zur Förderung der UN-Nachhaltigkeitsziele durch

interreligiöse und interkulturelle Zusammenarbeit, was Gleichberechtigung der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften voraussetzt.

Der Krieg der Hesbollah mit Israel hat sehr viel Zerstörung und Leid verursacht und das Land weiter zurückgeworfen. Viele Libanesen sind kriegsmüde und wünschen sich, dass auch die pro-iranische Miliz und Partei Hesbollah die neuen Realitäten anerkennt. Sie verstehen große Teile der schiitischen Bevölkerung nicht, die immer noch den bei einem israelischen Luftangriff ums Leben gekommenen Hesbollah-Chef Hassan Nasrallah verehren, insbesondere wenn sie sogar ihr Haus oder Angehörige durch den Waffengang verloren haben.

Im August 2025 beschloss nun die Regierung in Beirut, allein der Staat solle über das Waffen-Monopol verfügen und die Schiitenmiliz daher entwaffnet werden. Planmäßig signalisierte Jerusalem bereits die Bereitschaft, die Militärpräsenz im Süden des Nachbarlandes schrittweise abzubauen. Die Hesbollah kündigte jetzt aber lautstark an, am „bewaffneten Widerstand gegen Israel“ festhalten zu wollen und drohte bereits mit Bürgerkrieg, obwohl sie in der zurückliegenden Auseinandersetzung wesentlich geschwächt wurde. Jede Stärkung und Ermutigung der Friedenskräfte ist jetzt willkommen. Die IGFM hat ihnen ihre Solidarität zugesichert.

TÜRKEI

Religions- und Glaubensfreiheit in der Türkei

Erklärung von Thomas Schirmmayer bei der Anhörung der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF) am 14. August 2025 (Kurzfassung)

Die Mehrheit der Muslime in der Türkei genießt de facto keine Religionsfreiheit, trotz begrenzter gegenteiliger Verfassungsbestimmungen, da sie nicht das Recht haben, ihre Religion oder Weltanschauung frei zu wählen, und auch nicht das Recht haben, zu entscheiden, welcher Auslegung des Islam sie folgen möchten.

Diyamet (Diyamet İşleri Başkanlığı/ Präsidium für Religiöse Angelegenheiten), die Regierungsbehörde, die alle Moscheen und muslimischen Lehren und Aktivitäten überwacht, wurde 1924 gegründet. Seitdem kontrolliert sie sogar türkische Imame in Moscheen in Ländern wie Deutschland, wo Imame freitags Predigten lesen, die ihnen von Diyanet zugesandt wurden.

Sunnitische muslimische Gruppen, die sich nicht an die offiziellen sunnitischen Positionen von Diyanet halten, wie Sufis, die Gülen-Bewegung und kurdische Muslime, sowie nicht-sunnitische muslimische Bewegungen wie Aleviten und andere Schiiten, dürfen keine eigenen Moscheen betreiben oder eigenen Religionsunterricht in Schulen anbieten. Den Aleviten, der größten Gruppe, die zehn bis 25 Prozent der Bevölkerung ausmacht, wird ihre eigene religiöse Identität verweigert und sie werden zu sunnitischem Religionsunterricht in Schulen gezwungen. Dies ist einer der Gründe, warum viele Aleviten nach Deutschland und in andere europäische Länder ausgewandert sind. Dort bieten Aleviten in staatlichen Schulen ihren eigenen Religionsunterricht an, der unabhängig vom Religionsunterricht der Sunniten ist.

Die **jüdische Bevölkerung** ist von 120.000 im Jahr 1948 auf heute etwas mehr als ein Zehntel dieser Zahl geschrumpft. Obwohl der türkische Staat sie offiziell unterstützt und Synagogen renoviert werden



Erzbischof Prof. Dr. mult. Thomas Schirmmayer, Präsident des Internationalen Rates der IGF

können, sind Juden nach wie vor öffentlicher Diskriminierung ausgesetzt, die durch Präsident Recep Tayyip Erdogans Äußerungen über die Vernichtung Israels angeheizt wird und ihnen das tägliche Leben erschwert.

Es ist sehr schwierig, in der Türkei Atheist oder Anhänger einer nicht-theistischen Weltanschauung zu sein. Bei Bekanntwerden können Menschen ihren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst verlieren oder müssen mit noch schlimmeren Konsequenzen rechnen. Umfragen zeigen, dass der Anteil der Menschen, die sich als Atheisten oder Nichtgläubige bezeichnen, von zwei Pro-

zent im Jahr 2008 auf acht Prozent im Jahr 2025 gestiegen ist. Unter der Generation Z stieg der Anteil auf 28,5 Prozent. Neben den Aleviten ist das die andere große Gruppe in der Türkei, deren Recht auf Religions- oder Glaubensfreiheit verweigert wird.

Wenden wir uns nun den **christlichen Minderheiten** zu. Die Regierung schätzt, dass es in der Türkei etwa 180.000 Christen gibt, was etwa 0,2 Prozent der Bevölkerung entspricht. Bezieht man jedoch die tatsächliche Zahl der in der Türkei lebenden Christen mit ein, insbesondere der christlichen Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien, steigt die geschätzte christli-

FOTO: MARTIN WARNECKE

che Bevölkerung auf 220.000 bis 370.000, was bis zu **0,4 Prozent der Bevölkerung** entspricht.

Nach dem Völkermord vor einem Jahrhundert wurden viele armenische Familien, die in der Türkei blieben, als **Krypto-Armenier** bekannt. Nach unseren Untersuchungen aus dem Jahr 2017 gibt es möglicherweise bis zu einer Million Menschen, die nach außen hin als Sunniten leben, aber privat ihre historische christliche Identität bewahren und von Generation zu Generation weitergeben.

Ganz unterschiedliche christliche Gruppen sehen unter Präsident Erdogan nach wie vor viele Verbesserungen. Um dies zu verstehen, muss man wissen, dass die meisten Christen keine Hoffnung auf Besserung haben, wenn die größte Oppositionspartei, die Cumhuriyet Halk Partisi (CHP), die 1923 als kemalistische Partei gegründet wurde, an die Macht kommt. Vielmehr befürchten sie ein Wiederaufleben gewalttätiger, unterdrückerischer Formen der Verfolgung religiöser Minderheiten, weil diese nicht „türkisch“ seien. Im Durchschnitt wird jedes Jahr ein Christ wegen seines Glaubens ermordet, wobei im Laufe der Jahre alle großen christlichen Konfessionen betroffen waren, darunter Katholiken, Protestanten und alte orientalische Kirchen. So wurde zum Beispiel Gevrye Akgüc, ein 92-jähriger assyrischer Christ, im November 2023 in der südöstlichen Provinz Mardin ermordet.

Anstatt stolz darauf zu sein, Sitz des nicht-westlichen **Ökumenischen Patriarchats der Orthodoxen Kirche** zu sein, das vom Osmanischen Reich jahrhundertlang geschützt und 1923 im Vertrag von Lausanne ausdrücklich anerkannt wurde, leugnet die Türkei dessen volle rechtliche Existenz und entehrt es, indem sie es wie einen unbedeutenden lokalen Bischof eines kleinen Istanbuler Stadtteils behandelt. Das Ökumenische Patriarchat ist wahrscheinlich die zweitälteste Institution der Geschichte, gleich nach der römisch-katholischen Kirche.

Die **Armenisch-Apostolische Kirche** wird vom Staat dominiert. Wahlen für einen Patriarchen waren jahrelang verboten, und die Wahl, die schließlich stattfand, wurde streng kontrolliert.

Das Gleiche gilt für die Orthodoxe Kirche, mit der Ausnahme, dass der derzeitige Ökumenische Patriarch schon sehr lange im Amt ist.

Sowohl historische Kirchen als auch neuere protestantische Gruppen leiden unter den kombinierten Auswirkungen des Verbots der theologischen Ausbildung in der Türkei und der Behinderung von Ausländern, als Geistliche zu arbeiten. Vielen Geistlichen, die mit türkischen Frauen verheiratet sind und seit langer Zeit in der Türkei leben, wird nun die Wiedereinreise verweigert, wodurch ihre Familien gezwungen sind, das Land zu verlassen. Gleiches gilt für türkische Geistliche, die mit nicht-türkischen Ehepartnern verheiratet sind und denen die Wiedereinreise verweigert wird. Zwischen 2019 und 2024 wurde 115 protestantischen Geistlichen die Wiedereinreise verweigert, wodurch 250 Ehepartner und Kinder – meist türkische Staatsangehörige unter 18 Jahren – gezwungen waren, das Land zu verlassen.

Sogar die historischen Kirchen, die gemäß dem Vertrag von Lausanne von 1923 (der Armenier, orthodoxe Christen, griechisch-orthodoxe Christen und Juden offiziell schützt) einen privilegierten Status genießen, haben in der Türkei keine rechtliche Identität und können kein Grundstück besitzen. Das Gleiche gilt für die drei römisch-katholischen Diözesen.

Die Kombination aus negativen Medienberichten, Hassreden aller Art, Schändungen von Kirchen und dem ungelösten Problem der gesetzlichen Registrierung führt zu ständiger Angst. Zusätzlich zu den direkten Einschränkungen haben die negativen Kommentare und Handlungen von Erdogans religiösem und ethnischem Na-

tionalismus sowie islamistischen Tendenzen – die besonders während Wahlkampagnen deutlich werden – verheerende Folgen für das tägliche Leben religiöser Minderheiten insgesamt.

Was sollten wir fördern oder von der Türkei verlangen?

- Allen Kirchen, nicht-sunnitischen muslimischen Religionsgemeinschaften und religiösen Minderheiten sollte ein rechtlicher Status gewährt werden.
- Dem Ökumenischen Patriarchen sollte ein rechtlicher Status und die volle Anerkennung seiner historischen und internationalen Rolle gewährt werden.
- Die vollständige Umsetzung des Rückkehrgesetzes von 2011, das die Rückgabe oder Entschädigung für die Enteignung nicht-muslimischer Stiftungen vorsieht
- Erlaubnis zur Ausbildung von Geistlichen innerhalb der Türkei, insbesondere die Wiedereröffnung des Theologischen Seminars von Halki der Orthodoxen Kirche und des Heilig-Kreuz-Seminars der Armenisch-Apostolischen Kirche
- Beendigung der Enteignung syrisch-orthodoxer Klöster in Tur Abdin
- Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Religionsfragen



Einzelheiten zu Gewalttaten seit 2021 finden Sie in der Datenbank des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit <https://iirf.global/vid/>



Die ausführliche Erklärung finden Sie hier: **Religionsfreiheit in der Türkei – Thomas Paul Schirmmayer**



Thomas Schirmmayer, Martin Lessenthin und Martin Warnecke (Hg.). Jahrbuch Religionsfreiheit 2025. Studien zur Religionsfreiheit Bd. 44. Verlag für Kultur und Wissenschaft: Bonn, 2025. ISBN 978-3-86269-332-0. Pb. 248 S.

Das Standardwerk zur Religionsfreiheit 2025 und das Standardwerk zur Verfolgung von Christen 2025 sind in einem Wendebuch zusammengebunden. Der erste Band enthält drei ausführliche Beiträge der IGFM-Referentin für Religionsfreiheit, Michaela Koller, über Antisemitismus, darunter in der Türkei: „Von der Judenfeindlichkeit bis zum Pogrom“, Seiten 113 bis 133.

PAKISTAN

Das Schicksal der modernen Sklaverei von Christen in Pakistan

VON SAJID CHRISTOPHER, HUMAN FRIENDS ORGANIZATION (HFO)

Schuldknechtschaft ist in Pakistan ein weit verbreitetes Problem, das dort Schätzungen zufolge mehr als vier Millionen Menschen betrifft, darunter insbesondere Angehörige religiöser Minderheiten. Zum Beispiel profitieren davon Ziegeleien, Teppichfabriken sowie die Landwirtschaft. Menschen-

rechtsorganisationen bemühen sich mittels politischer Appelle um die Durchsetzung entsprechender Bestimmungen, die diese moderne Form der Sklaverei verbieten. In manchen Fällen sind die Betroffenen, insbesondere ihre Kinder, in der jeweiligen Situation hochgradig gefährdet. Hu-

manitäre Hilfe – wie etwa Zuschüsse zu Lebensmitteln und Medikamenten – kann die brenzlige Lage nur mildern. Aber durch Verhandlungen mit der jeweiligen Leitung oder den Eigentümern des Betriebs kann in Einzelfällen die Freilassung erreicht werden. Unsere Initiative, die Human Friends Organization (HFO) kennt sich auf diesem Gebiet aus.

Christen oder andere religiöse Minderheiten sind in diesem mehrheitlich islamischen Land vielfach von Menschenrechtsverletzungen betroffen: falsche Blasphemievorwürfe, Zwangskonvertierung, Entführung und Zwangsheirat von christlichen und hinduistischen Mädchen, Diskriminierung und natürlich die Schuldknechtschaft. Auch Christen werden so systematisch ausgebeutet, insbesondere in Ziegeleien, als Hausangestellte, im Sanitärbereich und in der Landwirtschaft.

Viele von ihnen wachsen bereits in diesen fatalen Verhältnissen auf. Meist ist die ganze Familie einschließlich der Kinder Jahre oder sogar Jahrzehnte lang gezwungen, gleichsam wie Sklaven zu arbeiten. Wenn sie versuchen, zu fliehen, laufen sie Gefahr, körperliche Folter zu erleiden. Die Leitungen der Ziegeleien überwachen die Familien. Sie halten Kinder zurück, wenn die Eltern für Besorgungen das Betriebsgelände verlassen. Der Besitzer einer Ziegelei kann den Vertrag an den nächsten veräußern, der ihn wiederum an einen anderen verkauft, und so geht das über lange Zeit weiter.

Aufgrund der Witterungsbedingungen können die Arbeiter in den Monsun- und Regenzeiten nichts produzieren. (Die Lehmziegel weichen dann auf. Anm. d. Red.) Deshalb sind sie gezwungen, weitere Kredite aufzunehmen, und sie verschulden sich somit noch mehr.

Zudem kommt es häufig in diesen Arbeitsverhältnissen zu sexuellem Missbrauch. Den Kindern steht dort keine Bil-

Adnan Masih, Angehöriger der christlichen Minderheit in einem Vorort von Faisalabad in Pakistan, geriet mit seiner Frau **Shumaila Bibi** und ihren drei kleinen Kindern in eine prekäre Lage, nachdem er sich etwas mehr als umgerechnet 800 Euro bei einem Geldverleiher borgte. Diesen Betrag verlangte das Krankenhaus, um Adnans Bruder wegen eines medizinischen Notfalls aufzunehmen. Um seine Schulden zurückzahlen zu können, verdingte sich Adnan in einer Ziegelei. Von den frühen Morgenstunden bis zum späten Abend presste er unter der zumeist sengenden Sonne Lehm in Backsteinformen, stürzte sie, ließ die Ziegel trocknen und brannte sie später. Weil sein Lohn von drei bis vier Euro am Tag aber gerade nur das Überleben der Familie sicherte und nichts mehr für die Schuldentilgung blieb, geriet seine Familie in einen Teufelskreis von Ausbeutung und Hoffnungslosigkeit.

Am 25. März 2025 geschah zu all dem Unglück etwas Schreckliches: Adnans Ehefrau wurde auf dem Nachhauseweg überfallen und von einer Männergruppe brutal vergewaltigt. Mutig brachte sie das Verbrechen zur Anzeige, aber nun war sie und ihre Familie in der Gegend nicht mehr sicher. Sajid Christopher von der „Human Friends Organization“ (HFO) in Pakistan nahm sich der Familie an und brachte sie sofort in eine sichere Umgebung. Mit finanzieller Unterstützung durch die IGFM war es möglich, nicht nur seine Schulden zu tilgen, sondern Adnan Masih eine Motorradrikscha zu kaufen, damit er seine Zukunft wieder selbst in die Hand nehmen kann.



Adnan Masih mit Familie

FOTO: HFO

dungseinrichtung zur Verfügung. Ohne Schulbildung sind die Zukunftsaussichten der Kinder düster. Und es fehlt jegliche medizinische Versorgung. Deshalb ist der Gesundheitszustand dieser Menschen generell schlecht.

Die Realität ist, dass Schuldknechtschaft in Pakistan seit 1992 illegal ist. Aber sie besteht fort, weil die Behörden dem Gesetz nicht zur Durchsetzung verhelfen.

Ich bin der IGFM sehr dankbar, dass wir jetzt zusammenarbeiten, um betroffenen Familien die Freiheit zu ermöglichen. Vor kurzem konnten wir einige besonders gefährdete Familien erfolgreich befreien. Dies ist die Fallstudie von Babar Masih, die ich hiermit vorstelle. Ich berichte auch darüber, wie wir von der „Human Friends Organization“ in dem Fall eingegriffen haben.

Babar Masih und seine Familie waren Schuldknechte in der Ziegelei Karmawala Barkat. Sie arbeiteten unter extremen Bedingungen für einen geringen Lohn. Eine erdrückende Schuld hielt sie in der Knechtschaft gefangen. Sie verdienten 1.200 pakistanische Rupien (ungefähr vier Euro) pro 1.000 Ziegel, mussten aber davon noch 300 pakistanische Rupien für die Schuldentilgung abführen.

Die Schulden stiegen weiter an, sodass die Freiheit zu einem unerreichbaren Ziel wurde. Auch ihre Bewegungsfreiheit war eingeschränkt, da die Familie das Grundstück nicht verlassen durfte. Es ist zudem nicht möglich, dass eine Person die Zielvorgabe von 1.000 Ziegeln allein erreicht. Deshalb arbeitete die ganze Familie, Mann, Frau und sogar die kleinen Kinder, alle zusammen, um ihren Tageslohn zu erhalten. Babar, seine Frau und die drei Kinder litten besonders unter diesen Verhältnissen, da eine Tochter geistig beeinträchtigt ist.

Mein Team, ein Anwalt und Menschenrechtsaktivisten besuchten diese Ziegelei. Wir verhandelten mit dem Besitzer und nach Abschluss aller rechtlichen Verfahren konnten wir die Schulden mithilfe der IGFM begleichen und waren in der Lage, die Familie nach Youhanabad, in eine sichere Gegend, zu bringen. Während einer Übergangszeit halfen wir der Familie mit Zuschüssen für Lebensmittel und anderem alltäglichen Bedarf. Bald schon besorgte sich Babar Masih einen Stand, auf dem er Gemüse verkaufte. Er arbeitet inzwischen als Maurer und seine Kinder gehen zur Schule.



Babar Masih an seinem Gemüsestand

Dies ist eine der Erfolgsgeschichten, die aus dieser dunklen Region kommen, in der Christen gezwungen sind, in der heutigen Zeit wie Sklaven zu leben. Das Ziel der Arbeit der HFO in diesem speziellen Bereich ist es, den Schutz der Menschenwürde der ausgegrenzten oder armen Christen, die in der Sklaverei leben, durchzusetzen, indem wir die Familien retten und rehabilitieren.

Wir müssen weiterhin beharrlich den rechtlichen Schutz stärken und die Schuldknechtschaft bekämpfen. Dazu gehört, dass

wir Unternehmen dazu ermutigen, faire Arbeitspraktiken einzuführen und Chancengleichheit zu bieten. Wir mobilisieren zudem Gemeindevorsteher und Aktivisten, um das Bewusstsein zu schärfen und diese Form der Ausbeutung letztlich zu verhindern.

Im Jahr 2024 haben wir bei der HFO 33 Fälle von falschen Blasphemie-Vorwürfen, Zwangskonvertierungen, Zwangsehen und Fälle von Schuldknechtschaft wie jene von Babar Masih und seiner Familie bearbeitet, und ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir von diesen 33 Fällen 19 Menschen durch Gerichte und Mediation erfolgreich gerettet haben. Es sind 19 Menschen, die jetzt in Freiheit leben. Unter ihnen sind Christen, Ahmadis und Hindus, denn wir setzen uns für alle ein, und unser Rechtsteam arbeitet mit großer Leidenschaft und Einsatzbereitschaft. Wir sind für jede Unterstützung dankbar.

Ejaz Masih wollte zusammen mit seinem Bruder in einer Notlage seiner Familie für Abhilfe sorgen. Die Brüder borgten sich gemeinsam von einem dubiosen Geldverleiher umgerechnet rund 1.700 Euro. Der Betrag war quasi ein Lohnvorschuss und die Geschwister mussten in einer Ziegelei schuften. Während der Bruder in der Großstadt untertauchte, übernahm Ejaz Masih allein die Verantwortung, den Kredit zurückzuzahlen. Dabei waren er und seine Frau Saba Bibi frisch verheiratet und sie erwarteten ihr erstes Kind. Inzwischen haben sie drei kleine Töchter im Alter von einem bis fünf Jahren.

Trotz der unermüdlichen Arbeit sah sich Masih mit unermesslichen Schulden konfrontiert und seine Familie blieb in Armut. Die Kinder kannten von klein auf nichts anderes als die Ziegelei, denn die Eltern mussten sie mit zur Arbeit nehmen. Aufgrund von Mangelernährung und fehlender medizinischer Versorgung wurden die kleinen Mädchen in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Dank der Vermittlung und Unterstützung durch die „Human Friends Organization“ kam die Familie endlich im März 2025 frei und ein Neuanfang wurde ihr somit ermöglicht.



Ejaz Masih, dritter von rechts, mit Familie und HFO-Team

MALEDIVEN

Auspeitschen und Steinigung im Urlaubsparadies

IGFM fordert Religionsfreiheit und Einhaltung der Menschenrechte

Menschenrechtsverletzungen all-inclusive: Am 26. Juli 2025 begingen die Malediven den 60. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Dieses Jubiläum nahm die IGFM zum Anlass, die Regierung in Malé an die Einhaltung der Menschenrechte zu erinnern. In dem beliebten Tourismusziel im Indischen Ozean, in dem der Islam als Staatsreligion fungiert, sind Religionswechsel und Mission ebenso verboten wie Islamkritik, die Errichtung von Kirchen und anderen nichtmuslimischen Gebetsstätten. Zudem werden Menschenrechtsaktivisten dort bedroht. Besonders verurteilt die IGFM die Verhängung von Scharia-Strafen wie Steinigung und Auspeitschen.

Die Malediven haben den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte **unter Ausschluss von Artikel 18 zur Religionsfreiheit** ratifiziert. Beim politischen Dialog zwischen den Malediven und der EU am 11. März 2019 hat die damalige maledivische Regierung bestätigt, dass sie fest entschlossen ist, für eine stabile Demokratie, eine verantwortungsvolle Regierungsführung und die Achtung der Menschenrechte zu sorgen.

Massive Unterdrückung nichtmuslimischer Religionen

Ein 1994 erlassenes Gesetz „zum Schutz der religiösen Einheit“ schränkt die Religionsfreiheit ein, stellt den Islam unter staatliche Kontrolle und unterdrückt die Ausübung und Verbreitung nichtmuslimischer Religionen. Die im Land lebenden Christen stammen überwiegend aus dem Ausland; es handelt sich insbesondere um Zuwanderer aus der südasiatischen Region, die dort im Tourismusgewerbe beschäftigt sind. Ihre Möglichkeiten für Zusammenkünfte sind man-

gels Gebetsstätten stark eingeschränkt und werden strikt kontrolliert. Ihr Aufenthalt ist jeweils nicht auf Dauer angelegt. Sie dürfen keine religiösen Informationen in der Landessprache mit sich führen; die Absicht, auf diese Weise nicht-muslimisches Glaubensgut zu verbreiten, wird unterstellt. Erlaubt ist religiöse Literatur höchstens für den eigenen Gebrauch. Ausländische, nicht-muslimische Frauen müssen sich zudem ver-

stoßen“. Auch das Bildungssystem unterliegt der dortigen Islamauslegung. Schulbücher mit Bildern von Kirchen werden einbezogen.

Bedrohung der Menschenrechtsaktivistin Shahinda Ismail

Menschenrechtsaktivisten wurden auf den Malediven schon bedroht, verfolgt und ermordet. Am 20. Dezember 2017 kritisierte

die Gründerin und Leiterin der Organisation Maldivian Democracy Network (MDN), Shahinda Ismail, eine Rede des damaligen Präsidenten Abdulla Yameen, in der dieser das Recht auf Religionsfreiheit von Nichtmuslimen auf den Malediven angriff. Wenige Tage später veröffentlichte der regierungsnahen Online-Nachrichtendienst Vagathu einen Artikel, in dem Shahinda als Apostatin – eine vom Glauben abgefallene Person – be-

zeichnet wurde. Sie erhielt daraufhin Todesdrohungen. Eine polizeiliche Untersuchung wurde gegen sie eingeleitet und MDN im Dezember 2019 durch den Staat geschlossen. Im Jahr 2018 fand Shahinda Ismail Aufnahme in Deutschland. Die NGO hatte unter anderem einen Bericht über religiöse Radikalisierung auf den Malediven herausgegeben. Shahinda sprach 2016 in Interviews über dschihadistische Ausbildungslager, in denen sogar Kinder indoktriniert wurden. Medien berichteten während des Kriegs der Terrororganisation Islamischer Staat in Nahost, dass die Pro-Kopf-Quote ausgereister IS-Kämpfer nirgends sonst höher sei als von den Malediven; ungefähr 200 Personen hätten sich für den IS in dem Inselparadies anwerben lassen.

Recherchen: Walter Flick



FOTO: WIKIMEDIA COMMONS, GZZZ, CC BY-SA 4.0

Da der Islam als Basis der Gesetzesstruktur festgelegt ist, darf kein Nichtmuslim maledivischer Staatsbürger sein. Wer zu einer anderen Religion konvertiert, verliert seine Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte. Einheimische, die sich im Ausland haben taufen lassen, werden bei ihrer Rückkehr bestraft. Es kam in der Vergangenheit zu Morddrohungen und Hassdelikten gegen solche „Abweichler“. Dschihadistische Prediger in den Moscheen prägten zudem ein entsprechendes gesellschaftliches Klima. Jüngste Antiterrormaßnahmen und Strafverfahren lassen auf die Bereitschaft der Regierung zu Verbesserungen schließen.

Meinungs- und Gedankenfreiheit gelten nur bedingt: Die Anschauungen dürfen „nicht gegen die Grundsätze des Islam

UKRAINE

Von Cottbus über Sokal und Odessa nach Kyiv*

Interview mit Valerio Krüger, Sprecher des Vorstands der IGFM

Im Oktober 2025 waren Sie erneut zu einem Hilfseinsatz in der Ukraine. Was war der Grund für diese Reise? Wie war ihr Verlauf?

Vom 29. September bis zum 5. Oktober führen IGFM-Mitglied Jens Leisenberg und ich von Cottbus aus mit zwei Fahrzeugen, darin 200 Pakete mit Infusionsbestecken für das Zentrale Kinderkrankenhaus in Odessa und mit weiterer medizinischer Hilfe für ein Krankenhaus in der Nähe von Charkiv nach Sokal, einer ukrainischen Stadt in der Nähe der polnischen Grenze. Der Eintrag in den Zollpapieren, dass wir humanitäre Hilfe bringen, beschleunigte das Grenzverfahren, und man ließ uns schneller passieren als gewerbliche Lieferanten. Wegen notwendiger Gespräche mit der Caritas in Sokal, die für die gesamte Ukraine eine zentrale Aufgabe bei der gerechten Verteilung von aus dem Ausland kommender medizinisch-humanitärer Hilfe übernommen hat, blieben wir zwei Tage dort und fuhren dann weiter nach Odessa. Nach 16 Stunden Fahrt kamen wir gegen 23 Uhr an. Odessa war noch von der Überschwemmungskatastrophe durch Unwetter in der Woche davor gezeichnet, ganze Straßenzüge standen unter Wasser. Nachdem wir am nächsten Tag beim Kinderkrankenhaus vieles abgeladen hatten, ging es nach einer Übernachtung weiter Richtung Kyiv. Dort besuchten wir das IGFM-Büro und trafen uns mit Anton Alekseyev, dem Direktor der IGFM-Sektion Ukraine, und weiteren IGFM-Mitgliedern. In Kyiv trennten sich unsere Wege: Jens Leisenberg fuhr weiter nach Charkiv und lud die restlichen Hilfsgüter beim Krankenhaus ab. Auch der Transporter blieb dort, denn er soll künftig zur Evakuierung und Versorgung von Schwerverletzten aus Gebieten nahe der aktiven Kriegsfront eingesetzt werden. Ich fuhr über Sokal zurück nach Deutschland. Auf der gesamten Fahrt durch die Ukraine konnten wir uns frei bewegen.



Anton Alekseyev, Direktor der IGFM-Sektion Ukraine mit dem Vorstandssprecher der deutschen Sektion Valerio Krüger

Wir sind nicht durch Sonderfahrzeuge der Polizei oder von Sicherheitsdiensten begleitet worden. Nebenbei ist zu vermerken, dass die Navis jedes Funknetzes trotz des Kriegs funktionierten.

Hatten Sie bei Ihrer Fahrt durch die Ukraine das Gefühl, dass der Krieg in jeder Region präsent ist? Meinen Sie, dass die Menschen in der Ukraine – abgesehen von tatsächlichen kriegerischen Angriffen – ihrem Alltag nachgehen?

Der Krieg ist prinzipiell überall präsent, wenngleich die Auswirkungen unterschiedlich sind: Im Grenzgebiet gibt es Militärposten auf den Straßen; man sieht dort auch auf den Straßen viele Soldaten. Im Schutz der nächtlichen Dunkelheit sind Militärtransporte unterwegs. Man bemerkt aber auch Transporte von gefallenen Soldaten. Allgemein geht der Großteil der Menschen seinem Alltag nach: Die Kinder gehen zur Schule, man muss einkaufen, die Leute gehen arbeiten. Trotz der schweren Angriffe auf Kyiv öffneten am Morgen ganz normal die Läden und die Märkte. Aufgefallen ist

mir allerdings, dass morgens um 9 Uhr eine Minute der Stille eingehalten wird, nicht zu übersehen in der Nähe von Schulen und öffentlichen Einrichtungen; ein Gong ertönt und die Menschen halten inne. In jeder Stadt und in jedem Dorf werden an zentralen Plätzen Fotos der gefallenen Soldaten und durch den Krieg verstorbener Mitbürger des jeweiligen Ortes aufgestellt. In Lviv (Lemberg) habe ich die Bilder auch in einer Kirche gesehen.

Haben Sie während Ihrer Fahrt kriegsbedingte Zerstörungen gesehen? Waren ländliche Orte genauso betroffen wie Städte?

In Odessa habe ich das erste Mal eine durch einen Drohnenangriff zerstörte Wohnung gesehen. Es ist nicht so, dass man überall im Westen oder in der Mitte der Ukraine zerstörte Häuser sieht; im Osten des Landes allerdings sind ganze Dörfer und Ortschaften verwüstet. Während wir in Odessa übernachteten, hatte es einen Angriff von 22 iranisch-russischen Shahed/Geran-Drohnen gegeben. Meinen Beobachtungen zufolge wurden primär Gebäude der

Infrastruktur angegriffen. Die ständige Bedrohung und die rasche Frequenz aufeinander folgender Luftalarme schlagen sich auf die Psyche der Menschen nieder, aber dass sie nach jedem Alarm Angst hätten, konnte ich nicht feststellen.

Ihr erstrangiges Ziel war das Zentrale Kinderkrankenhaus in Odessa. Welche Botschaft oder Bitte haben Sie vom Krankenhaus mitgenommen?

In Odessa haben wir uns über eine uns bekannte Krankenpflegerin beim Kinderkrankenhaus angemeldet. Sie hat dann ihr Team mobilisiert; und auf einmal standen zehn Leute des medizinischen Dienstes bereit, die Transporter zu entladen. Wir haben uns in einem Kauderwelsch aus Englisch, Deutsch und Ukrainisch verständigt.

Das Zentrale Kinderkrankenhaus kümmert sich um die Kinder der gesamten Oblast (des Bezirks) Odessa. Es kümmert sich auch um Kinder, die aus frontnahen Gebieten evakuiert und vom Krankenhaus versorgt werden. Stromausfälle stören den Krankenhausbetrieb immer wieder, aber das lässt sich dank eines aus dem Ausland gespendeten Stromgenerators meistern. Die Chefärztin berichtete, dass immer mehr Kranke aus Angst vor Drohnenangriffen lieber zuhause bleiben und erst zum Krankenhaus kommen, wenn sich der Krankheitsgrad untrüglich verschlimmert hat oder das Krankheitsbild schon deutlich ausgeprägt ist, was für die Betroffenen gefährlich ist.

Ein weiteres Ziel war das Treffen mit Mitgliedern der ukrainischen IGFM-Sektion in Kyiv. Wie war die Grundstimmung unter den Mitgliedern? Was haben Sie über die aktuelle Arbeit der Sektion erfahren? Welche Botschaft oder Bitte haben Sie von der Sektion mitgebracht?

Der Krieg war ständiges Thema, aber es hat unsere Gespräche nicht vollends bestimmt. Das Team lebt seit drei Jahren in dieser Situation und bewältigt seinen Alltag, so gut es geht. In Kürze beginnt die Sektion zusammen mit Antikorruptionsbehörden des obersten Antikorruptionsgerichts mit einem neuen Projekt zur

Förderung des Rechtsstaats, bei dem Gerichtsprozesse beobachtet werden. Dieses Projekt ist zusammen mit der deutschen IGFM-Sektion entwickelt worden und wird in diesem und im nächsten Jahr vom BMZ



Meer aus Flaggen und Bilder gefallener Soldaten, Maidan, Kyiv

finanziell gefördert. Da gab es genug zu besprechen. Aktuell läuft in der Ukraine ein Auswahlverfahren für Studenten, die mit dem IGFM-Team die Gerichtsprozesse begleiten werden. Was den Krieg angeht, haben wir auch kritische Töne über die Männer im eigenen Land gehört, die ab einem gewissen Alter die Ukraine nicht mehr verlassen dürfen und darunter leiden, dass sie bei Einsatz von Zwangsmaßnahmen eingezogen werden können. Das ist eine der unschönen Begleiterscheinungen: Obwohl die Menschen alle hinter ihrem Land stehen, ist der mögliche Fronteinsatz für viele verständlicherweise eine Belastung. Insgesamt waren unsere Gespräche bei einer positiven Grundhaltung von gegenseitigem Interesse geprägt. Die ukrainischen IGFM-Mitglie-

der erkundigten sich lebhaft, wie es denn in anderen Sektionen aussieht. Sie wünschen sich mehr gegenseitigen Austausch und befrworten weitere Begegnungen.

Zwischenfrage: Wie wird die Reisediplomatie des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gesehen?

Das war nirgendwo ein Thema. Große politische Themen waren nicht Gegenstand unserer Gespräche. Wenn, dann ging es um die Hilfe Deutschlands und Europas und der USA, aber auch da sind die Menschen relativ abgeklärt, sagen aber auch ganz deutlich: Wenn Ihr nichts tut, dann kommt der Krieg zu Euch.

Welche Botschaft möchten Sie als Bilanz Ihrer Begegnungen der deutschen Politik mitgeben?

Die Menschen in der Ukraine sind entschlossen und geschlossen im Kampf um ihre Existenz; es geht nicht um politische Detailfragen. Sie haben früher ohne Probleme Russisch und Ukrainisch miteinander gesprochen; viele Menschen, die früher nur Russisch gesprochen haben und heute noch kein Ukrainisch können, sprechen weiterhin Russisch. Sie wissen, dass Putin ihnen ihre Existenz und ihre Identität nehmen möchte. Die Ukraine ist weiterhin ein aufgeschlossenes, europafreundliches Land. Die Ukrainer verkörpern den Kampf für Freiheit wie kaum ein anderes Land in

der Welt. Meine Botschaft an die deutsche Regierung: Unterstützt die Ukraine mit allem, was möglich ist; beendet alle Geschäfte mit Russland, denn es finanziert aus allen Einnahmen seine Militärausgaben. Russlands Drohungen machen deutlich, dass sie nicht nur die Ukraine als Teil des neuen Russlands sehen, sondern auch weitere Staaten. Fördert die Einheit und Stabilität Europas!

Das Interview führte Karl Hafen am 25. Oktober 2025

** Bei der althergebrachten Schreibweise „Kiew“ handelt es sich um die Transkription des russischen Namens in das lateinische Alphabet. Aus Solidarität mit der Ukraine verwenden wir hier und fortan die Transkription aus dem Ukrainischen – „Kyiv“.*

Für gesellschaftlichen Mehrwert: IGFM bildet Flüchtlinge im Handwerk aus

Projekt mit Unterstützung des BMZ

VON KARL HAFEN



Ausbildung zur Schlosserin



Ausbildung zur Schreinerin



Ausbildung im Elektrohandwerk

FOTOS: IGFM

Elf Jahre Leben im Flüchtlingslager, was macht das mit den Menschen? Diese Frage stand über einem Projekt, das die IGFM im Jahr 2025 mit finanzieller Förderung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und mit der Barzani-Stiftung als Partner vor Ort in Flüchtlingslagern in Kurdistan/Nordirak durchgeführt hat. Das Ziel des Projekts lautete: 30 junge Leute sollen ein Handwerk mit staatlich anerkanntem Abschluss erlernen und somit die Basis für wirtschaftliche Unabhängigkeit und einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen können.

Die Voraussetzungen waren beileibe nicht optimal. Im August 2014 griffen Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Islamischer Staat (IS) die Siedlungsgebiete der religiösen Minderheit der Jesiden im Shingal-Gebiet im Nordirak an, töteten Tausende Männer und verschleppten mehrere Tausend Frauen und Mädchen. Die Überlebenden dieser Volksgruppe gaben ihre Heimat auf und flohen vor den Extremisten. Außer mit Erinnerungen und

der Hoffnung auf baldige Rückkehr in die alte Heimat kamen sie mit nichts in den für die IS-Opfer errichteten Flüchtlingslagern an. Doch nach der Niederschlagung des IS gestaltete sich die Rückkehr schwierig: Die Häuser und das Eigentum waren geplündert, Straßen und Felder vermint und teilweise schon längst unter arabischstämmigen Muslimen aufgeteilt. Besitznachweise wie Grundbücher fehlen überwiegend und auf Hilfe der von Muslimen beherrschten Behörden konnten die Jesiden kaum bauen. Immer noch leben daher circa 250.000 Flüchtlinge in den Lagern. Wie die Zeit verrann, das sieht man an den stattlichen Granatapfel-Bäumen, die vor mehr als zehn Jahren als Keimlinge vor die Zelte und Container gepflanzt wurden.

Die Lager waren auf die zeitlich begrenzte Versorgung seiner Bewohner angelegt. Angebote von Bildung, Freizeitgestaltung und Selbstorganisation kamen erst mit den zahlreichen ausländischen Hilfsorganisationen. Die IGFM brachte schon sehr früh – im November 2014 – humanitäre Hilfe zu den Lagern und kümmerte sich

schwerpunktmäßig um die in ihrer Mobilität eingeschränkten behinderten Flüchtlinge. Sie ist heute noch eine der wenigen regierungsunabhängigen Organisationen, die von Anfang an dabei sind. Dabei bemühte sich die IGFM nicht nur um die Flüchtlinge, sondern engagierte sich auch für die Freilassung vieler verschleppter Frauen und Mädchen bis hin zur Unterstützung des baden-württembergischen Projekts zur vorübergehenden Aufnahme traumatisierter Frauen und Mädchen in Deutschland.

Ein in Richtung Ausbildungsförderung wegweisendes Projekt der IGFM war 2018 die Einrichtung von Alphabetisierungskursen für junge Frauen, die als Zwölfjährige und jünger durch die Verschleppung den Schulen entrissen wurden. Viele der aus Terroristenhand freigekauften Opfer konnten nicht lesen und schreiben; sie konnten somit keine Anträge stellen oder sie nicht verstehen und wurden so erneut Opfer. Hunderte durchliefen die IGFM-Kurse und schlossen sie mit einem Zertifikat ab, das ihnen die Lagerleitung nach Prüfung in einer feierlichen Zeremonie überreichte.

Und je mehr von ihnen die „IGFM-Schule“ durchliefen, umso deutlicher wurde der Wille sichtbar, mehr lernen zu wollen. Die IGFM antwortete mit Sprachkursen, lud zur Verbesserung von PC-Kenntnissen ein und bot auch praktische Kurse in Nähstuben, Brandschutz und Erster Hilfe an. Sie initiierte Sportvereine und Musikunterricht, um den Jüngsten eine Alternative zum „Herumlungern“ und Nichtstun zu bieten.

Als vor etwa drei, vier Jahren öffentlich darüber nachgedacht wurde, die Flüchtlingslager zu schließen, kümmerten sich zunehmend mehr Flüchtlinge um ihre Rückkehr. Einigen gelang es, doch viele kehrten wegen der unsicheren Lage in ihrer alten Heimat frustriert wieder in die Lager zurück. Der geringer werdenden Versorgungsleistung begegnete die IGFM mit dem Angebot, durch Schulungen und mit einem finanziellen Grundstock die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu befähigen, mit einem kleinen Geschäft selbst zur Eigenversorgung beizutragen. Das Angebot wurde wie alle Kursangebote der IGFM gerne angenommen. Mit der Idee, junge Menschen – weibliche und männliche – in einem Handwerksberuf auszubilden, war die IGFM dann vor zwei Jahren an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung herangetreten. Als Partner vor Ort konnten wir die Barzani-Stiftung gewinnen. Das Projekt selbst leitete Khalil Al-Rasho, IGFM-Referent für den Nahen Osten.

Zielgruppe und Ziel

Laut Statistik der Campleiter der Lager „Sharia“, „Khanke“ und „Kabarto II“ waren knapp 50 Prozent der 18- bis 28-Jährigen arbeitslos, und circa 30 Prozent hatten keinen Schulabschluss. In den Lagern gab es keine Chance einer handwerklichen Ausbildung und keine Angebote für Jugendliche ohne Ausbildung, Arbeit zu finden. Erschwerend kam die fehlende Geschlechtergerechtigkeit hinzu, obwohl viele Familien, deren Männer vom IS ermordet wurden, nur durch das besondere Bemühen der Frauen überleben konnten. Was also lag für die IGFM näher, als die Ausbildung im Schreiner-, Elektriker- und Schlosserhandwerk auch den Frauen anzubieten und das mit der Förderung der Gleichberechtigung zu verbinden. Das IGFM-Projekt war das erste seiner Art in Kurdistan, durch das Frauen einen „klassi-

schen Männerberuf“ erlernen durften. Dass Familien ihren weiblichen Mitgliedern diese Chance ermöglichen, war zu Beginn des Projekts eine der am schwierigsten zu überwindenden Hürden.

Nun ist das Projekt erfolgreich abgeschlossen. Von 30 Auszubildenden zwischen 18 und 28 Jahren, je zur Hälfte Männer und Frauen, haben 29 nach elfmonatiger Intensivausbildung im Schlosserei-, Elektro- und Schreinerhandwerk unter der Leitung qualifizierter Ausbilder ihre Prüfungen mit einem staatlich anerkannten Zertifikat abgeschlossen, 26 der Absolventinnen und Absolventen haben in der Zwischenzeit mit einer Starthilfe von knapp 1,5 Millionen Dinar (circa 900 Euro) für den Kauf von Werkzeug und Maschinen ein eigenes kleingewerbliches Unternehmen gegründet. Sechs von ihnen haben beschlossen, in der Nähe der Lager rund um Dohuk zu bleiben. Die anderen 20 sind in ihre Heimat Shingal zurückgekehrt, um dort zu arbeiten und ihre Dienste den Rückkehrern anzubieten, die sich fremden Service aus den Städten nicht leisten können, und mit

zum Aufbau der Region beizutragen. In der Abschlussphase des Projekts gründeten die neuen Handwerkerinnen und Handwerker ein Alumni-Netzwerk, um in Kontakt zu bleiben, sich auszutauschen und sich auf dem Weg in die erfolgreiche Selbstständigkeit gegenseitig zu unterstützen. IGFM-Referent Al-Rasho hat einige besucht und interviewt: Alle waren sehr zufrieden und berichteten, dass sie inzwischen in der Lage sind, durch eigener Hände Arbeit ihre Familien zu unterstützen.

„Was machen Sie nach Abschluss der Ausbildung mit dem Werkzeug und den Maschinen, die Sie für das Projekt angeschafft haben?“ So lautet die Frage von BENGGO, der Vermittlungsagentur für Projekte des Bundesministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mithilfe der Barzani-Stiftung wurden im Oktober 2025 zwanzig neue Ausbildungswillige an den Maschinen getestet, um herauszufinden, für welchen Beruf sie sich eignen. Sie wurden anschließend zur Fortsetzung ihrer Ausbildung an die Jungunternehmer vermittelt.



Die Zukunft – Eignungstest angehegender Schlosserinnen und Schlosser am 28. Oktober 2025

FOTO: IGFM

Humanitäre Hilfe von Mensch zu Mensch

VON KARL HAFEN

Mit dem Versand von tausenden individuell gepackten Paketen für politische Gefangene und deren Familien in der DDR in den Jahren 1980 bis 1990 fing es an: Heute sind es die bis zu 16 Meter langen Lastzüge, die das humanitäre Gesicht der IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich in der Eifel prägen. Und immer waren die Hilfsaktionen eine Reaktion auf eine Politik, die die Unterdrückten und Armen vergaß: die Transporte zu den Bedürftigen in den deutschen Siedlungsgebieten in Rumänien und zur Unterstützung der Solidarnosc-Bewegung in Polen in den neunziger Jahren, nach dem Jugoslawienkrieg zur Linderung der Kriegsfolgen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Heute unterstützen die Lieferungen ältere und kranke Menschen, kinderreiche Familien und Geflüchtete in Litauen, Lettland, Kroatien und Kurdistan/Irak. Mit dokumentierten 592 Hilfstransporten sind die Arbeitsgruppe und ihre ehrenamtlichen Helfer im Mosel-Eifel-Raum eine Institution.

An den Annahmetagen des Hilfsgüterlagers in Wittlich herrscht immer reger Betrieb: Vor dem Eingang bilden sich lange Schlangen, wenn die Bewohner der Region Mosel-Eifel Kleidung, Hausrat, medizinische Hilfsgüter, Schulmaterial und vieles mehr vorbeibringen. Die fleißigen Helferinnen und Helfer der Arbeitsgruppe arbeiten unermüdlich daran, die großen Mengen sorgfältig zu sortieren und für den Transport zu verpacken. Alles, was sich nicht für die humanitäre Hilfe eignet, aber gut erhalten ist, findet im ständigen Flohmarkt seinen Platz und eine neue Verwendung.

Die Großzügigkeit ist beachtlich, denn die Spenderinnen und Spender wissen: Die Hilfsgüter erreichen zu 100 Prozent die Empfänger in den Zielländern. Die Arbeit ist nachhaltig und ressourcenschonend, seit über 40 Jahren. Monat für Monat wird von der eingespielten Lademannschaft mindestens ein circa 16 Meter langer Sattelschlepper mit einer erlaubten Zuladung bis zu 40



FOTO: „NASH DOM“ („UNSER HAUS“)

Dank der Kinder eines Sommerlagers, das von der IGFM finanziert wurde

Tonnen fachgerecht beladen und auf die Reise geschickt.

Die Arbeitsgruppe liefert nicht nur Hilfsgüter, sondern unterstützt auch soziale Projekte. So zum Beispiel in den Flüchtlingslagern in Kurdistan/Irak, wo schon vor zehn Jahren Nähkurse für traumatisierte Frauen eingerichtet wurden. Noch heute werden deren technische Ausstattung und die Entlohnung der Leitungskräfte von der AG-Wittlich garantiert. Andere Initiativen sind die Förderung von Schul- und Fortbildung, von Sport und Musik für Kinder und Jugendliche sowie allgemeine Kurse für Erste Hilfe und Brandschutz – Unterstützung, die dauerhaft wirkt und neue Perspektiven schafft.

Seit Juni 2025 liegt die Verantwortung für die Arbeitsgruppe in den Händen von Carmen Jondral-Schuler. Die bisherige Arbeit bleibt für immer mit dem Namen Katrin Bornmüller verbunden. Mit großem persönlichen Einsatz hat sie die Arbeitsgruppe aufgebaut, durch Besuche in Krisengebieten sowie langjährige Kooperationen zu anderen Hilfsvereinen und durch ihre Mitwirkung im Vorstand der IGFM ein internationales Netzwerk geschaffen, auf dem die erfolgreiche Hilfe fußt. Zu Recht hat die gesamte IGFM sie zu ihrer Ehrenvorsitzenden ernannt. Und ebenso ist der Beitrag eines jeden der etwa 40 ehrenamtlichen Mitglieder und Helfer hoch zu schätzen, seien sie von Anfang an dabei oder später dazugestoßen.

Wie notwendig die Hilfe weiterhin ist, zeigen die Dankesbriefe, die die Arbeitsgruppe nach jedem Transport erhält. So schreibt Jurgita Samoškiene, Leiterin der IGFM-Sektion Litauen: *„Eure Arbeit und Hilfe für bedürftige Menschen in Litauen sind in dieser Zeit von großer Bedeutung. Eure Unterstützung bringt Freude in jedes Zuhause, Wärme zu einem Kind, zu einer einsamen Großmutter, zu einer Mutter mit Kindern, die weit weg von ihrer Heimat Ukraine Zuflucht in Litauen suchen musste. Wir schätzen Eure Hilfe zutiefst, Euer Einsatz gibt vielen Menschen Kraft und Zuversicht.“*

Olga Karatch von der belarusischen, in Litauen ansässigen Organisation „Nash Dom“ („Unser Haus“), mit der im Sommer ein Ferienlager für traumatisierte Flüchtlingskinder durchgeführt werden konnte, schreibt: *„Ihr Beitrag hat uns geholfen, eine Oase der Geborgenheit und des Glücks für Kinder, die viel durchgemacht haben, durchzuführen. Dank Ihrer Hilfe können die Kinder wieder glauben, dass das Leben sicher und freudvoll sein kann.“*

Mit der Leitung durch IGFM-Vorstandsmitglied und Rechtsanwältin Carmen Jondral-Schuler wird das Lebenswerk von Katrin Bornmüller in ihrem Sinne fortgeführt. Sie kennt die Arbeitsgruppe bereits seit den frühen Anfängen durch ihre Mutter Edith Jondral, die viele Jahre engagiert mitgeholfen hat.

AG FULDA

Bildung als Ausweg aus der Armut

Die IGFM-Arbeitsgruppe Fulda hilft notleidenden Menschen in der rumänischen Region Brăila und ermöglicht den Schulbesuch für ein selbstbestimmtes Leben

VON JOHANNES NÄDER

In den ersten Oktobertagen 2025 ist sintflutartiger Regen über der ostrumänischen Tiefebene niedergegangen. Als wir unter bleigrauem Himmel von Brăila aus in Richtung der umliegenden Dörfer fahren, stehen seitlich der Landstraße Felder unter Wasser. Wir passieren das Ortsschild von Romanu, biegen von der Hauptstraße ab und halten am Rand des Dorfes vor einem Grundstück, auf dem das Unwetter große Pfützen und Schlamm hinterlassen hat. In den grau verputzten Wänden des kleinen Hauses kriecht Feuchtigkeit nach oben.

Das Herbststunwetter ist ein Vorbote der kalten Jahreszeit, die das harte Leben in Armut noch schwerer erträglich macht: Brennholz zum Heizen ist teuer, kürzere Tage bedeuten höhere Stromrechnungen. Für in der Feldarbeit beschäftigte Tagelöhner bleibt der Lohn in diesen Monaten meist vollständig aus. Petrica Cozma, der mit seiner Frau Corina und den fünfjüngsten Kindern in dem tristen Häuschen wohnt, hat drei Fenster zugemauert, um im Winter Heizkosten zu senken – so sparen Menschen am Existenzminimum, damit ihnen wenigstens Geld fürs Essen bleibt.

Hilfspakete und Brennholz lindern im Winter die Not

Dass Petrica Cozma chronisch erkrankt ist und daher in diesem Sommer kein Geld verdienen konnte, belastet die Familie zusätzlich. Sozialhilfe erhält der Vater nicht, denn ihm gehört die Brache, auf der das Häuschen steht. So muss die Familie mit dem Kindergeld und einer Unterstützung für ihr jüngstes Kind, den schwerbehinderten Ionuț, auskommen – insgesamt weniger als 400 Euro monatlich.

Seit 26 Jahren sind wir als IGFM-Arbeitsgruppe Fulda in der ärmsten Region Rumäniens aktiv, um bedürftigen Menschen dringend benötigte Hilfe zukommen zu lassen. Durch unsere Partner vor Ort, die

Pastoren Daniel Buzatu und Viorel Mitrea, kennen wir die Cozmas und viele andere Familien, von denen wir 17 am ersten Tag unseres Besuchs vor Ort treffen. Das ganze Jahr über berichten die Pastoren uns regelmäßig von besonderen Notlagen in diesen Familien wie Krankheiten oder wetterbedingten Schäden am Haus, die schnell existenzbedrohlich werden können.

In unserem Auftrag installiert Pastor Mitrea bei vielen Familien einfache Solarmodule, um Stromkosten zu senken, und liefert den Ärmsten unter ihnen in den Wintermonaten zwei bis drei Raummeter Holz. Zweimal jährlich erhalten sie Hilfspakete, die wir oder engagierte Familienpaten aus Fulda und Umgebung gepackt haben. Eine finanzielle monatliche Unterstützung für Familien knüpfen wir in der Regel an die Bedingung, dass die Kinder konsequent zur Schule gehen – die Voraussetzung, um dem Leben in bitterer Armut entkommen zu können.

Schulpatenschaften: Rückhalt und Ansporn auf dem Bildungsweg

Petrica und Corina Cozma wissen, dass Bildung die einzige Chance für ihre Kinder ist. Daniel, acht Jahre, und Marian, zehn Jahre, gehen im Ort auf die Grundschule. Ihre beiden älteren Brüder müssen nicht nach der achten Klasse, dem Ende der Schulpflicht, als Tagelöhner zum Familieneinkommen beitragen. Stattdessen besuchen sie weiterführende Schulen in Brăila – der 15-jährige Costel ein Gymnasium mit technischem Schwerpunkt und sein älterer Bruder Andrei eine Berufsschule.

Um ihnen den Schulbesuch zu ermöglichen und sie zum Durchhalten zu motivieren, haben wir beide in unser Schulpaten-Projekt aufgenommen: Sie erhalten dadurch eine Unterstützung von insgesamt 100 Euro monatlich, um den Schultransport und Lernmaterial bezahlen zu können. Wie

wichtig diese Hilfe ist, erfahren wir aus Andreis Bericht: Nach schulischen Schwierigkeiten drohte er im Juni an der Abschlussprüfung der Mittelschule zu scheitern, einem Punkt, an dem viele Jugendliche in ähnlicher Lage die Schule abbrechen. Andrei lernte aber entschlossen, bestand die Prüfung und kann nun seit August die Berufsschule besuchen.

Von den Jugendlichen in unserem Schulpaten-Projekt erwarten wir keine erstklassigen Leistungen, aber den kontinuierlichen, engagierten Schulbesuch und zweimal jährlich kurze Berichte.

Wir stellen jedem von ihnen dafür leihweise ein gebrauchtes Notebook zur Verfügung und können ihnen dank unserer Schulpaten eine monatliche Unterstützung von 70 Euro gewähren. Geschwisterkinder erhalten jeweils 50 Euro. Ausgezahlt wird das Geld zweimonatlich von Carmen Neacșu, der Leiterin der Brăilaer Stiftung Lumina. Wer für diese Form der Hilfe in Frage kommt, entscheiden wir gemeinsam mit Pastoren, Schulsozialarbeitern und Schulen vor Ort.



Andrei

FOTO: JOHANNES NÄDER



FOTO: JOHANNES NÄDER

Zu Besuch bei Mihaela und ihren Eltern in Bordei Verde

Untragbare Kosten für Schulbus und Strom

Einer von diesen Partnern ist Liviu Budur, der junge, engagierte Direktor von drei Grund- und Mittelschulen im 40 Kilometer entfernten Schulkreis Bordei Verde. Im vergangenen Jahr lernten wir ihn in der Schule in Gabrielescu kennen und konnten auch der achten Klasse des Schulkreises einen Besuch abstatten. Auf unsere Bitte hin empfahl uns Direktor Budur im Frühjahr vier Mädchen und einen Jungen aus dieser Klasse, denen die Familien den weiterführenden Schulbesuch aus eigener Kraft nicht ermöglichen können. So galt es nun, die Schüler und ihre Eltern persönlich kennenzulernen und die Situation ihrer Familien zu verstehen – darunter auch Mihaela aus Bordei Verde.

Bei strömendem Regen kommen wir am einfachen, aber gut gepflegten Haus der Familie an. Mihaelas Eltern bitten uns sofort in eines der beiden aufgeräumten Zimmer, in dem nur Ikonen die Wände zieren. Mihaelas Vater hat im letzten Jahr nach einer Unfallverletzung seine Anstellung bei einer Bau-firma verloren und muss die Familie seitdem mit Gelegenheitsarbeit ernähren. Der Schulbus ins 13 Kilometer entfernte Ianca, wo Mihaela seit August das Gymnasium besucht, kostet die Familie monatlich 49 Euro Zuzahlung. Dazu kommen Stromkosten von bis zu 100 Euro pro Monat. Durch die Privatisierung des Strommarktes und den Wegfall staatlicher Preisbeschränkungen für Strom am 1. Juli 2025 ist Rumänien von einem Billigstromland in die Gruppe

der EU-Länder mit den höchsten Strompreisen aufgerückt.

Für die von uns unterstützten Familien sind solche Nebenkosten eine kaum tragbare Belastung, besonders, da viele Sozialleistungen auf dem Stand von 2024 eingefroren wurden – das Kindergeld zum Beispiel bei 57 Euro. Nur durch unsere Schulpatenschaft kann Mihaela den teuren Schulbus bezahlen und jetzt am Gymnasium auf das Abitur hinarbeiten, durch das sie nach der Schule eine Arbeit mit Mindestlohn und Sozialversicherung zu finden hofft.

Eine Zukunftsperspektive für 28 Jugendliche aus der Region Braila

Auch die anderen vier Jugendlichen, die wir neu in das Schulpaten-Projekt aufgenommen

haben, treffen wir an diesem Morgen und finden bestätigt, dass Direktor Budur uns die richtigen Jugendlichen aus seiner Abschlussklasse vorgeschlagen hat: Sie alle stammen aus sehr armen Verhältnissen und sind entschlossen, durch den Besuch der weiterführenden Schule der Armut ihrer Herkunft zu entkommen. Diese Entschlossenheit erleben wir auch bei zehn Mädchen und Jungen, die wir schon länger unterstützen und nachmittags zum Gespräch in die Stiftung Lumina geladen haben. Besonders erfreulich ist, dass mehrere von ihnen, die in diesem Jahr das Abitur geschafft haben oder es im nächsten Jahr machen werden, danach ein Studium anstreben. Insgesamt 28 jungen Menschen ermöglicht die verlässliche Unterstützung unserer Schulpaten momentan die Wahrnehmung ihres Menschenrechts auf Bildung als Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut.

Mit der Stiftung Lumina verbindet uns seit mittlerweile 14 Jahren eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit. Deshalb unterstützen wir auch einzelne Projekte der Stiftung finanziell, weil wir jährlich vor Ort erleben dürfen, wie wertvoll die Arbeit von Carmen Neacșu und ihrem Team ist. So kümmert sich die Stiftung Lumina um die Arbeitsmarkt-Integration von 32 jungen Erwachsenen mit Behinderungen und stellt ihnen auf zwei Etagen Wohnmöglichkeiten und Sozialbetreuung zur Verfügung.

Auch für alte Menschen engagiert sich die Stiftung Lumina in beeindruckender Weise: Für fünfzig bedürftige Senioren in Brăila leistet das kleine Team Betreuung, Besuchs- und Begleitdienste und bindet



FOTO: JOHANNES NÄDER

Gute Stimmung bei den wartenden Jugendlichen im Vorfeld der Gespräche in den Räumen der Stiftung Lumina

dabei auch die jungen Menschen aus dem Wohnheim ein, um Pakete mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln zu packen und den Senioren zu übergeben.

Ein Lichtstrahl in der Einsamkeit bedürftiger Senioren

Viele der alten Menschen im Seniorenprojekt der Stiftung Lumina sind einsam und völlig auf sich gestellt. Die Mindestrente von 252 Euro reicht oft gerade für Miete, Strom und Medikamente, während zum Essen kaum etwas bleibt. Angestellte Fachkräfte und junge Ehrenamtliche aus dem Wohnheim der Stiftung versorgen die Senioren deswegen einmal im Monat mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln, gehen mit ihnen zum Arzt, übernehmen einfache medizinische Pflegeaufgaben wie Blutdruckmessungen und unterstützen sie bei Behördengängen. In diesem Jahr begleiten wir Marioara Ciobotaru, die als Fachkraft im Seniorenprojekt arbeitet, bei einem solchen Hausbesuch.

Im Zentrum von Brăila, keine 50 Meter von der aufwendig sanierten Flaniermeile mit Oper, Museum und Restaurants entfernt, wohnt eine 95 Jahre alte Dame und ihr 14-jähriger Enkel Daniel. Das einzige Zimmer ist kaum größer als 15 Quadratmeter, Tageslicht fällt nur durch die Tür und ein schmales Fenster in fast zweieinhalb Metern Höhe in den vier Meter hohen Raum. Von der Decke hängt eine nackte Lampe, geheizt wird mit einem uralten Holzofen, über dessen Rohr Rußspuren an der bröckelnden, feuchten Wand zu sehen sind. Ein Tisch in der Mitte des Raumes, zwei abgelegene Couchbetten, zwei Stühle und einige Schränke sind die einzige Einrichtung. Die Toilette befindet sich im Hof, eine karge Kochstelle im nicht isolierten Vorbau. Die Miete für das Zimmer beträgt zwar nur 24 Euro, doch es kommen noch 20 Euro für Strom sowie Kosten fürs Heizen und für Medikamente dazu. Von den 252 Euro Rente könnten Großmutter und Enkel ohne die Hilfe der Stiftung nicht überleben. Zusätzlich zu dem monatlichen Lebensmittelpaket und den Einkaufs- und Behördenhilfen kommt Marioara Ciobotaru wöchentlich für zwei Stunden, um bei der Reinigung und im Haushalt zu helfen. Alle zwei Wochen nimmt sie die Wäsche mit in die Stiftung, um sie dort zu reinigen.



FOTO: JOHANNES NÄDER

Mit Marioara Ciobotaru, Fachkraft der Stiftung Lumina (l.), besuchen wir eine 95 Jahre alte Dame, die über das Seniorenprojekt der Stiftung von uns unterstützt wird. Sie wohnt mit ihrem 14-jährigen Enkel auf 15 Quadratmetern. Rechts unser Mitglied Gerald Wolff.

Über dem Bett der Großmutter hängen zwei Fotos: Eines zeigt ihren verstorbenen Ehemann, das andere ihren verstorbenen Sohn, Daniels Vater. Die alte Dame berichtet uns mit brüchiger Stimme, dass sie den Jungen nach dem Tod seines Vaters aufgenommen hat, weil seine psychisch erkrankte Mutter sich nicht um ihn kümmert. Ihrem Enkel ein Zuhause zu bieten, war für sie damals trotz ihrer Armut selbstverständlich. Heute ist sie selbst auf Hilfe angewiesen.

Die Chance auf Bildung verändert Lebensläufe

Ein Foto in Daniels Regal zeigt ihn als Kind mit seiner jüngeren Schwester, die heute bei der Mutter lebt. Von Carmen Neacșu wissen wir, dass Daniel unter dem Weggang und der Ablehnung der Mutter lei-

det. Als wir seine Großmutter besuchen, ist er gerade in der Schule, aber am Vortag haben wir ihn in der Stiftung getroffen – denn auch ihn unterstützen wir seit zwei Jahren im Schulpaten-Projekt. Durch diese Förderung und seine musische Begabung kann Daniel das Kunstgymnasium der Stadt besuchen. Erst vor wenigen Wochen hat er uns geschrieben:

„Ich möchte Ihnen von ganzem Herzen für all die Unterstützung danken. Sie haben mir nicht nur dabei geholfen, schwierige Zeiten zu überstehen, sondern mit Ihren Gesten auch viel Licht in mein Leben gebracht. [...] Die Tatsache, dass Sie sich entschieden haben, mich zu unterstützen, bedeutet mir sehr viel. Sie haben mein Leben entscheidend verändert, und ich werde diese Hilfe nie vergessen. Ich danke von ganzem Herzen für alles!“

Wie ernst es ihm mit seinem überschwänglichen Dank war, wird uns an diesem Vormittag bewusst, als wir sein Zuhause sehen. In den Jahrzehnten unserer Rumänienhilfe ist uns die allgegenwärtige Armut nicht oft in solcher Düsternis und Trostlosigkeit begegnet. Hier steht uns deutlich vor Augen: Die Hilfe der IGFM-Arbeitsgruppe Fulda, unserer Spender und Unterstützer ist für Menschen wie Daniel und seine Großmutter ein Beitrag zu einem Leben in Würde und ein Stück Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Weitere Briefausschnitte sowie eine Liste der Projekte und Kontakte der IGFM-Arbeitsgruppe Fulda finden Sie hier:



FOTO: JOHANNES NÄDER

Daniel

Karin Müller-Kinet

Ein Leben für die humanitäre Hilfe

Die IGFM ist gesegnet mit engagierten Einzelkämpferinnen. Vor etwa 45 Jahren bot Karin Müller-Kinet ihre Hilfe an. Die IGFM war damals gerade zehn Jahre alt und im Aufschwung. Immer gab es etwas zu packen: Rundschreiben an Mitglieder und Spender, Flugblätter. Der Umzug der IGFM-Geschäftsstelle Ende der achtziger Jahre in ein Industriegebiet im Osten Frankfurts war ein Gewinn: Das Gebäude war größer, und es war ein Hof dabei, der von Lastzügen angefahren werden konnte. Mit der Wende und dem Aufbau von Arbeitsgruppen und Sektionen jenseits des damaligen Eisernen Vorhangs erhielt die IGFM Tausende Bittbriefe aus Osteuropa. Das war Anlass und Beginn der humanitären Aktionen.

In Frankfurt war Karin Müller-Kinet und ihr Freundeskreis der Frankfurter Landfrauen bald eine Institution, wenn es um die Hilfe für die Minderheiten in den deutschen Siedlungsgebieten in Rumänien ging. Tausende Pakete wurden zu den Armen dort hingeschickt. Und was sich nicht als Hilfsgut eignete, aber in guten Zustand war, wurde dienstags am Uhrtürmchen im Frankfurter Stadt-



Karin Müller-Kinet packt für die Ukraine-Hilfe

teil Bornheim auf dem Flohmarkt verkauft. Der Erlös ging in den Kauf von Lebensmitteln für die Pakete und die Frachtkosten.

Eine so langjährige Beziehung zu den Geschäften, in denen man Lebensmittel für die Pakete eingekauft hat, hält und setzt Ideen frei. Der Rewe-Markt im Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim hat – für einen Discounter dieser Größe ungewöhnlich – eine Kundentoilette, deren Tür mit 50 Cent zu öffnen ist. Der Marktleiter spendet die Einnahmen an gemeinnützige Organisationen durch Bereitstellung von Hilfsgütern zum Einkaufspreis. Karin Müller-Kinet erhielt gerade 1.000 Kilo Lebensmittel. Das reicht für 100 „Pakete zum Leben“ der Auslandshilfe des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland, mit der Karin Müller-Kinet seit vielen Jahren zusammenarbeitet.

Dank weiterer Spenden konnte die Zahl der Pakete deutlich nach oben geschraubt werden. Nach über 200 Paketen, die im Frühsommer 2025 durch Mitglieder der IGFM-Sektion Ukraine an Geflohene aus den Kriegsfrontgebieten verteilt werden konnten, ist der notwendige „Nachschub“ jetzt – dank Karin Müller-Kinet – auf dem Weg. Und die nächste Aktion ist in Vorbereitung. (kh)

Impressum

Herausgeber

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte – Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Edisonstraße 5, D-60388 Frankfurt
Tel.: (+)49 (0) 69-42 01 08-0
E-Mail: info@igfm.de;
Internet: menschenrechte.de; igfm.de
USt ID Nr. DE 1142 35 684

Spendenkonto:

IGFM – Deutsche Sektion e.V.,
IBAN DE93 3702 0500 0001 4036 00,
BIC BFSWDE33XXX; SozialBank

Redaktion: Michaela Koller (Leitung),
Karl Hafen

Satz und Layout: Gestaltungsfrage UG,
Manuel Kimmerle, Kießlegg

Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues

Diese Zeitschrift wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.

Wenn Sie keine Informationen mehr von uns erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten für weitere Zusendungen jederzeit widersprechen. Weitere Informationen zum Datenschutz finden sie unter www.igfm.de/datenschutz

45 Jahre Einsatz für die Menschenrechte Katrin Bormüller übergibt Leitung der IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich an Carmen Jondral-Schuler

In einer besonderen Feierstunde wurde Katrin Bormüller vergangenen Mittwoch im Rathaus für ihr herausragendes Engagement in Menschenrechts- und humanitärer Arbeit gewürdigt. Bürgermeister Joachim Rodenkirch begrüßte zahlreiche Gäste, darunter Generalsekretär Matthias Boehning, Sprecher des Vorstands Valerio Krüger sowie Mitglieder der Arbeitsgruppe Wittlich.

In einer emotionalen Laudatio ging Carmen Jondral-Schuler auf das langjährige Engagement von Katrin Bormüller ein und würdigte sie als „lebende Legende“. Seit ihrem Eintritt in die Menschenrechtsarbeit im Jahr 1980 hat sie mit unermüdlichem Einsatz über 44 Jahre die IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich geprägt. Mit insgesamt 587 Hilfstransporten, die rund 7.000 Tonnen Hilfsgüter in Krisengebiete weltweit brachten, hat sie Generationen von Bedürftigen geholfen und Hoffnung geschenkt.

Besonders hervorgehoben wurde ihr Engagement in Kurdistan-Irak, wo sie seit Jahren Flüchtlingslager besucht und Nähkurse für Frauen organisiert hat. Auch ihre mutige politische Arbeit gegen Menschenrechtsverletzungen, ihre Teilnahme an internationalen Konferenzen sowie die Gründung der IGFM-Sektionen in Litauen, Lettland und Kroatien wurden gewürdigt.

Im Rahmen der Veranstaltung übergab Katrin Bormüller die Leitung der Wittlicher IGFM-Arbeitsgruppe an Carmen Jondral-Schuler. Die Übergabe symbolisiert den Fortbestand ihres Lebenswerks und die Weiterführung ihrer wertvollen Arbeit durch die nächste Generation.

Bürgermeister Rodenkirch betonte: „Katrin Bormüller ist ein Vorbild für uns alle. Ihr Mut, ihre Ausdauer und ihr unermüdlicher Einsatz für Menschenrechte sind beispielhaft.“ Die Veranstaltung endete mit Dankesworten an Katrin Bormüller für ihr langjähriges Engagement und die Hoffnung auf eine weiterhin erfolgreiche Arbeit nun unter Leitung von Carmen Jondral-Schuler im Sinne der Menschenrechte.



Joachim Rodenkirch (l.) ehrt Katrin Bormüller (2.v.l.) für ihre langen Verdienste und gratulierte Carmen Jondral-Schuler zur neuen Leiterin der IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich im Beisein von Matthias Boehning (z.r.) und Valerio Krüger (g.r.), beide IGFM (Fotos: Theresia Rodenkirch).



Gruppenfoto anlässlich der Verabschiedung von Katrin Bormüller.